

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Seil“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 19. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Große Woche der Außenpolitik.

Eine Reichstagsrede Stresemanns. — Die kommende Entwaflungsnote.

Herr Stresemann hat gestern die angekündigte große außenpolitische Rede im Reichstag gehalten.

Diese Rede war sehr maßvoll. Nicht nur aus außenpolitischen Gründen, Herr Stresemann muß darauf Rücksicht nehmen...

Im Rahmen der Besprechung der Handelsvertragsverhandlungen wies Stresemann auf die kleine Zollvorlage hin...

Herr Stresemann will die Räumung der nördlichen Zone erreichen. Das wollen wir auch. Er weiß dafür keinen anderen Weg als den, den die Reichsregierungen vor der Regierung des Rechtsblocks bisher eingeschlagen hat.

Das gilt für die Entwaflungsfrage wie für die Sicherheitsfrage. Seine Darlegungen zur Sicherheitsfrage waren ein Kolleg für die Deutschnationalen um Freitag-Loringhoven und Everling.

In seinen Darlegungen über den Völkerbund bezeichnete er ein Zusammenarbeiten Deutschlands mit den alliierten Mächten im Völkerbund solange als nicht zweck-

voll, als die schwebenden Streitfragen nicht erledigt seien, vor allem, solange die nördliche Zone nicht geräumt sei.

Der Gehalt dieser Rede ist: Fortführung der Außenpolitik, die von den republikanischen Regierungen betrieben worden ist.

Ein offizielles Dementi.

Kein Garantieangebot für die Ostgrenzen.

WIB. meldet: Ausländische Zeitungen bringen Meldungen, wonach die deutsche Regierung kürzlich den alliierten Regierungen zu verstehen gegeben haben soll...

Die Entwaflungsnote der Alliierten.

Ueberreichung in dieser Woche.

London, 18. Mai. (WIB.) Wie Reuter erfährt, könne angenommen werden, daß die Note der Alliierten in der Frage der Entwaflung Deutschlands im Laufe dieser Woche in Berlin überreicht werden wird.

Die französische Antwortnote an Deutschland auf die letzten deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt, die der britischen Regierung bereits mitgeteilt ist...

Schwere Bedingungen.

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die aus England stammende Meldung, daß die Note der Alliierten in der Entwaflungsfrage bereits am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin überreicht werden wird...

Bürgermeisterwahlen in Frankreich.

Erfolge der Linken.

Paris, 18. Mai. (WIB.) Bei den gestern in den meisten Gemeinden Frankreichs vorgenommenen Bürgermeisterwahlen sind viele Radikale und Sozialisten gewählt worden.

In Frankreich, wie in vielen anderen Staaten, ist der Gemeinderatsvorsitzende zugleich Bürgermeister und Chef der Gemeindeverwaltung.

Sicherheit und Völkerbund.

Zu französischer Auffassung.

(Von einem besonderen Pariser Korrespondenten.)

Der Entwurf der französischen Antwortnote auf die Vorschläge der deutschen Regierung über die Sicherheit ist fertiggestellt.

Durch den Tod Eberts und die Wahl Hindenburgs wurde für Frankreich die Frage aufgeworfen, ob die Vorschläge, so wie sie im Februar von der deutschen Regierung übermittelt worden waren, aufrechterhalten werden können.

Zwar zeigte man sich deshalb in den führenden politischen Kreisen stark erstaunt, weil man doch weder gewisse frühere Erklärungen des neuen Reichspräsidenten, noch vor allem die Forderungen seiner begeisterten Anhänger...

Allerdings würde man in den Linkskreisen, der Niederlage von Marx zum Trotz, doch nicht genügend Vertrauen in die Stärke der republikanischen Parteien Deutschlands haben, wenn nicht der feste Glaube vorhanden wäre, daß Deutschlands Arbeiterchaft im Notfall jeden monarchistischen Putsch...

Allerdings wird das Ergebnis des 26. April doch nicht ganz spurlos bleiben. Die gleiche Antwort, die Deutschland erhalten hätte, wenn Marx gewählt worden wäre...

Zwar wird sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als ein logisches Resultat der unmittelbaren Entwicklung betrachten, aber sie wird ihn nicht als Vorbedingung zum Abschluß eines Sicherheitspaktes stellen...

der französischen Regierung in der Frage des Verhältnisses Deutschlands zum Völkerverbund angewandt wird, sich nicht über die Grundansichten der Kammermehrheit täuschen zu lassen, die den Völkerverbund als solchen über jeden Pakt stellt und die sicherlich keinen Pakt gutheißen würde, wenn er irgendwie als eine Schwächung der Autorität des Völkerverbundes erschiene.

Der Bloc National, der sowohl gegen den Pakt, als auch gegen die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund ist, würde sich im gegebenen Augenblick nicht scheuen, ein Jögern Deutschlands, in den Bund einzutreten, gegen die ganze Außenpolitik der Linken auszubringen. Keines der von ihm ausgesprochenen Argumente könnte gefährlicher wirken als gerade dieses, wenn es ihm durch die kommenden Ereignisse etwa gegeben werden sollte, gerade weil es auf die Linke noch stärkeren Eindruck macht als auf die Rechte.

## Eine Ministeranklage — um 94 M.!

### Zum Freispruch des Genossen Hermann Thüringen.

Zu dem bereits gemeldeten Freispruch des früheren thüringischen Ministers Genossen Hermann schreibt uns noch der Verteidiger des Freigesprochenen, Genosse Kurt Rosenfeld:

Der frühere thüringische Innenminister Genosse Hermann war bekanntlich im Januar 1923 plötzlich verhaftet worden, weil er die Urkundenfälschungen (!) begangen haben sollte. Von dieser Anklage ist er glänzend freigesprochen worden. Jetzt handelt es sich noch um zwei weitere Anklagen: 1. um eine sogenannte Beilegung von Urkunden und 2. um Untreue, angeblich begangen durch Auszahlung von Papiermarkbeträgen, die in Goldmark 93,95 Mark (!) ausmachen, an einen früheren Beamten.

Die erste Anklage beruht darauf, daß Genosse Hermann ein Aktentück mit Beschwerden über außerordentliches Benehmen eines aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Regierungsrats nicht in den Geschäftsgang gegeben, sondern — nach Besprechung mit den beiden zuständigen Referenten — in den in seinem Dienstzimmer befindlichen Schreibtisch gelegt und später versehentlich mit anderen Schriftstücken in seine Wohnung genommen hatte. Von der Anklage der Aktentückung hatte schon das Schöffengericht unseren Genossen freigesprochen, der Staatsanwalt hatte aber Berufung eingelegt, und es mußte deshalb nochmals auch über diesen Punkt verhandelt werden. Trotzdem dabei immer klarer wurde, daß ein Minister das Recht haben muß, selbständig zu bestimmen, wo ein Aktentück aufzubewahren sei, beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als sechs Wochen Gefängnis oder 1500 Mark Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft in Weimar aber sprach frei, indem sie erklärte, daß die Verwahrung eines Aktentückes im Amtsräum, noch dazu nach Verständigung mit den beiden zuständigen Referenten, keine Aktentückung im Sinne des Strafgesetzes war.

Die zweite Anklage stützte sich darauf, daß jener Beamte, über den Beschwerden eingegangen waren, im Laufe von Verhandlungen zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt bestimmt worden war gegen die Verpflichtung des Staates, ihm noch über den Zeitpunkt seines Ausscheidens hinaus Geldbeträge zu zahlen. Daraufhin hatte der Angeklagte, ohne daß der Etat oder ein Gesetz ihm hierzu ausdrücklich ein Recht gab, Umzugskosten — für einen von jenem Beamten anzufertigenden Geschenktwurf — drei Monatsgehälter im Gesamtbetrage von sage und schreibe 93,95 Goldmark zur Auszahlung bringen lassen. Darin sollte, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Weimar, die Untreue liegen. Wegen dieses Deliktes war Genosse Hermann sogar in erster Instanz zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden, inwieweit hatte er Berufung eingelegt, um einen Freispruch durchzusetzen.

In der Verhandlung über diesen wesentlichen Punkt der Anklage konnte von der Verteidigung unter Beweis gestellt werden, daß in zahlreichen Fällen der Reichs- und thüringischen Staatsverwaltung ähnliche Vereinbarungen mit bereits ausgeschiedenen Beamten getroffen waren. Insbesondere ist jener Fall bemerkenswert, in welchem der Großadmiral von Tirpitz als Staatssekretär des

Reichsmarineamts den Leiter der Kaiser Werft durch Gewährung seines Gehalts sogar auf Lebenszeit dazu bestimmt hat, sofort aus den Diensten des Reichs auszuschcheiden. Dieser Mann bezieht sein volles Gehalt ohne jede Gegenleistung noch heute. Ohne daß Tirpitz unter Anklage gestellt worden wäre!

Genosse Hermann sollte verurteilt werden, weil er ohne etat-rechtliche und ohne sonstige gesetzliche Grundlage 94 M. hat zahlen lassen! Wie die Reichsregierung die bekannten 700 Millionen an die Papierindustriellen zahlte, ohne daß aber Anklage erhoben worden wäre!

Keiner der zahlreichen in zweitägiger Verhandlung vernommenen Zeugen — mehr oder weniger rechtsstehende Ministerialbeamte — konnte auch nur einen Zweifel dahin äußern, daß etwa dem Genossen Hermann zugutruhen sei, jene Zahlungen in Kenntnis ihrer Rechtswidrigkeit geleistet zu haben. Und trotzdem Anklage wegen Untreue! Und trotzdem ein Antrag des Weimarer Staatsanwalts auf Verurteilung zu sechs Wochen Gefängnis oder 1500 M. Geldstrafe!

Das Gericht fand auch in diesem Punkte das richtige Urteil: Es sprach frei! Die Begründung, daß nicht einmal eine Schädigung des Staates erwiesen ist, geschweige denn das Bewußtsein des Angeklagten, zum Nachteil des Staates gehandelt zu haben, war für den Weimarer Staatsanwalt ein schwerer Schlag. Es gibt also noch Richter in Weimar!

Die Sozialdemokratische Partei und Genosse Hermann können mit Stolz und Genugtuung auf diesen Prozeß zurückblicken. Von all den ungeheuerlichen Verleumdungen und Verunglimpfungen der Partei und unseres Genossen ist nichts, gar nichts übrig geblieben.

Aber die Hege hat ihre Schuldigkeit getan. Während der von Jarres und Stresemann veranlaßten Militärdiktatur konnte der militärische Jurist die Staatsanwaltschaft beeinflussen, die Verhaftung des Ministers und die Anklageerhebung durchsetzen. Gleichzeitig sorgte eine wilde Beeinflussung der gesamten Reichspresse dafür, daß in ganz Thüringen und in ganz Deutschland eine Panikstimmung über die „sozialistische Verworfenheit“ ausbrach. Ganz wie mit der Barmat-Hege, die auch nur inszeniert wurde, um die Reichspräsidentenwahl zu beeinflussen. Wer entscheidet jetzt den Freigesprochenen für die Unbill, die er erlitten?

## Die Grubenkatastrophe in Dorstfeld.

### Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: Das neue große Grubenunglück auf Zeche Dorstfeld lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die großen Gefahren, denen die Bergleute bei ihrer schweren Arbeit ausgesetzt sind. Ist die Reichsregierung bereit, eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks herbeizuführen und dem Reichstag so schnell wie möglich einen eingehenden Bericht vorzulegen? Was hat die Reichsregierung getan, um dem Beschluß des Reichstages vom 19. Februar 1925 (gesetzliche Sicherheiten anlässlich des Unglücks auf „Minister Stein“) zu entsprechen?

Außerdem ist dem Reichstag eine von allen Parteien mit Ausnahme der Böhmischen und Kommunisten unterzeichnete Interpellation folgenden Wortlauts zugegangen: Der Kohlenbergbau im Ruhrrevier, das 10 Proz. des Gesamtkohlenvorkommens in Deutschland umfaßt, ist durch die Abfahrtschneise schwer gefährdet. Während in den anschließenden niederländischen und belgischen Kohlengebieten die vorhandenen und im Bau begriffenen Wasserstraßen eine billige Transportmöglichkeit in die bisher von der Ruhrkohle belieferten Abfahrtsgebiete — Süddeutschland, Schweiz, Italien — gewähren, ist die Reichsbahn nicht in der Lage, durch Neuanlagen und Umbauten der bestehenden Bahnen, durch Ermäßigung der Tarife usw. den heimischen Bergbau konkurrenzfähig zu erhalten.

Wir fragen an, ob der Reichsregierung diese Notlage des Wirtschaftsgebiets im äußersten Westen des Reiches bekannt ist, und ob sie geneigt ist, durch eine großzügige Verkehrspolitik, insbesondere auch durch Förderung des Baus einer Wasserstraßenverbindung zum Rhein, den wichtigen Grenzbezirk lebensfähig zu erhalten?

## Hilfe für die Opfer.

Dortmund, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk westliches Westfalen, erläßt folgenden Aufruf: Einer erneuten schweren Grubenkatastrophe im Dortmunder Bergbau auf Zeche Dorstfeld sind wieder 44 tote und 25 schwerverletzte Bergleute zum Opfer gefallen. Die meisten Betroffenen sind Familienväter. Wieder haben durch dieses Massenunglück in eine große Anzahl Familien Trauer und Not Einzug gehalten. Die beste Teilnahme ist, wenn wir die ärgste Not nach unserem Können lindern helfen. Als erste Hilfe hat der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei allen betroffenen Familien bereits einen Betrag überwiesen. Wer sich an diesem Hilfswerk beteiligen will, überweise seine Spenden an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk westliches Westfalen, Postfachnummer 3278, oder auf das Konto Franz Klupsch und Sattler bei der Commerz- und Privatbank in Dortmund. Für Liebesgaben im voraus besten Dank.

## Sektgelage und Blutprobe.

### Eine Verteidigung der Staatsanwaltschaft.

Folgende amtliche Mitteilung wird verbreitet:

Kürzlich ging durch die Presse die Mitteilung, daß die Verhaftung von Julius Barmat durch den Gerichtsassessor Kuzmann bei einem großen Sektgelage in einem Berliner Restaurant vorbereitet worden sei. Diese Mitteilung ist, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ erfährt, unrichtig.

Auch der weitere Angriff gegen die Staatsanwaltschaft, der das Verschwinden einer Blutprobe zum Gegenstand hat, entbehrt der Begründung. Zwar ist es richtig, daß von Julius — nicht Henry — Barmat eine Blutprobe entnommen worden ist, und daß sie auf bisher unauflösbare Weise verschwunden ist. Indes steht die Staatsanwaltschaft diesem Vorgang völlig fern. Die Blutprobe ist in der Charité entnommen worden und aus dem Laboratorium der Klinik obhanden gekommen. Die Behauptung, daß die Kerze der Gebrüder Barmat von der Staatsanwaltschaft kontrolliert worden seien, ist unrichtig. Im übrigen ist sofort durch die Kerze eine neue Blutprobe entnommen und diese ordnungsmäßig untersucht worden.

Dieses Dementi enthält einmal die Bestätigung der höchst rätselhaften Tatsache, daß die Blutprobe verschwunden ist. Die Staatsanwaltschaft versichert, sie stehe diesem Vorgang fern; wir wollen ihr hierin Glauben schenken.

Anders hinsichtlich des Sektgelages. Der Schwerpunkt der Erwiderung des „Preussischen Pressedienstes“ auf die Anfrage des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ scheint bewußt auf das Wort „vorbereitet“ gelegt zu sein. Daß die Verhaftung von Barmat nicht bei einem nächtlichen Sektgelage beschlossen und vorbereitet wurde, ist ohne weiteres anzunehmen. Der Sinn der Anfrage des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ war vielmehr folgender: Ist es richtig oder falsch, daß Assessor Kuzmann und einzelne seiner Mitarbeiter in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1924, die der Verhaftung in Schwabenwerder voranging, bis gegen 3 Uhr morgens bei Sekt in einem Weinstal der Friedrichstadt gefessen haben? Darauf kommt es an!

## Die Flucht aus der Kommunistischen Partei.

### Auch in der Schweiz.

Genf, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunistische Partei hat einen ihrer prominentesten Führer verloren. Emil Dprecht (Jürid) ist mit der Begründung aus der Partei ausgetreten, daß sie keine positive Arbeit für die Arbeiterklasse leistet. Dprecht ist zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

Frauenwahlrecht in Italien. Die italienische Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeindevahlen einräumt.

## Großstadtfrühling.

### Von Bernhard Faust.

Er ist kränklicher, bescheidener und schüchterner als der Frühling draußen auf dem Lande, und seine Liebe ist stiller und verschämter. Aus den Blumen im Fenster und dem Rasen enger Gärten der Hinterhöfe grüßt er freundlich, in die Werkstatt ist er getreten, zögernd und behutsam, und hat uns zugewinkt, er hat die Greise und die Mütter, die Kranken und das Kind, das der Winter in nasse Mauern gesperrt hatte, an die Rasenfläche am Strande unten hingeführt und wie ein tiefes weißes Leichentuch in die Sonne gelagert. Er ist mit den Kindern in die Anlagen gegangen und hat mit ihnen im Sande gespielt, daß hohe Staubwolken weit hinflogen und die Kleinen lachten und die Mütter schrien, oh! Er ging fein hüftum durch Straßen spazieren, mit einer verwelkten Blume im Knopfloch und schwenkte verwegene sein Stöckchen. Und wenn abends die Fabrikttore sich weit öffneten, und die Sirenen heulten, da stand er unten und wartete, und hat den Müdels leise zugeflüstert, daß sie vergnügt erröteten, dem Alten da die Hand gedrückt und ist abends mit den Genossen in die Versammlung gegangen.

Dort hat er sich erst ein wenig Mut angetrunken, ist dann ans Bänkchen getreten, und hat zaghaft und unsicher zu ihnen gesprochen, mit jener Unsicherheit und Zögerlichkeit, die lastende und suchende Liebe ist: „Seht Genossen, wenn euch eure gemeinsamen Sorgen im Winter hier zusammenführten, und ihr euch keinen Rat wußtet, und die Not und der Jammer immer mehr wuchsen, ach ich weiß es, da habt ihr oft an mich gedacht, und ich danke euch dafür. Und wenn ich auch arm bin und schäbig und dürftig vor euch stehe, ich möchte euch zu ein bißchen Sonntags- und Frühlingsglück helfen, und...“ So hat er bis hierher gesprochen, dann ist er verlegen geworden und die Stimme hat ihm versagt, und er hat sich unbeholfen und verschämt und hilflos umgesehen, lächelnd und schmerzhaft müde, bis jemand ganz begeistert schrie „Prost! Genosse Frühling!“ und viele Hände sich grüßend ihm entgegenstreckten. Spät abends erst ist er durch die Anlagen hingegangen, unbehaglich und hater dem Rande entgegenwachsend, und sah ich es recht? zu ihm glücklich hingeneigt die Liebste am Arm. Der Flieder duftete, fern bedeckte die Stadt.

Heute morgen kam meine Tante zu mir hereln und stammelte hiech und entseht: Herr Frühling ist in Schutzhaft genommen worden, ach Gott, ach Gott, was das für eine Welt ist! ach Gott, ach Gott... Herr Frühling... ach... Frühling... Schüchtern... Ich bin verzweifelt fortgesetzt und habe ihn gesucht. Hinter einem prächtigen, welken, hohen Mitter fand ich ihn wieder, in einer Schär lachender Damen, er hatte weiße Tennissocken an und bewegte und verneigte sich elegant. Er küßte ihnen die Hände und brach ihnen kostbare Blumen von blühenden Beeten. Und sein Haar glänzte. Als er mich sah, wurde er unsicher und hob

verstohlen die Achseln und kam ängstlich zu mir, als er unbedachtet blieb, und küßte mich vorübergehend, „ach und zu komme ich wieder...“ Wie ein Gedächtnis er weiter. Ich war erobert, tobte und jahre ihm wütend nach: „Ich danke schön! Herr Frühling.“

## Hochnotpeinliche Untersuchung.

Es fand der Graf von Reventlow, An Weisheit schier gigantisch, Bei Hindenburgern einen Fiob, Der dünkt ihn alefantisch.

Durch Analyse ward ihm klar, Daß diesem Militärromann Der Jinkiste Ebert war Des deutschen Rechts Gemähromann.

Des weitern in Erscheinung trat, Daß unser Herr Präside Für Krieg leht keine Meinung hat, Wogegen mehr für Friede.

Und drittens raunt man früh und spät Morris, daß augenblicklich Des Volkes Souveränität Scheint Hindenburgern schicklich.

Und ist es denn die Möglichkeit?! Es scheint beinahe, wie wenn Er hielt, den er schwer, den Eid — —! Ja, Graf, was dachten Sie denn?

Terentias.

## Die Inbetriebnahme des Isarkraftwerks.

Nach fünfjähriger Bauzeit ist nunmehr die Groß-Wasser-Kraftanlage der Mittleren Isar, die größte in Deutschland soweit vollendet, daß in den drei großen Kraftwerken die Elektrizitätsversorgung aufgenommen werden kann. Die Mittlere Isar bildet mit ihrer Jahresleistung von 480 Millionen Kilowattstunden die eigentliche Grundlast des Wertes, da das Wasserkraftwerk nur eine Jahresleistung von 160 Millionen Kilowattstunden besitzt. Das erste Wert versorgt weite Gebiete auch außerhalb Bayerns (Sachsen, Thüringen, Württemberg). Neben dieser energiewirtschaftlichen Bedeutung ist von hohem Interesse auch die wasserbautechnische Durchführung. Bei der Mittleren Isar ist von der bisherigen Art der Wasserkraftbedienungen, kurze gefällreiche Flußstrecken in entsprechende kleine Seitenkanäle für Kraftausnutzung zu bringen, abzuweichen. Es wurde das natürliche Gefälle der Isar in einem 34 Kilometer langen Kanal zusammengefaßt und durch Schaffung künstlicher Stufen die größte Ausnutzung erreicht. Der Kanal, der bereits unterhalb Münchens von der Isar abzweigt, führt das Wasser in einer Entfernung von 10—13 Kilometern von der Isar. Es gelang trotz des Flachlandcharakters des ganzen Landes, Stufen in Höhe von 11, 26 und 25 Metern abzuwerten. Eine vierte Stufe mit 21 Meter Gefälle wird später angefügt, so daß der Kanal eine Gesamtlänge von 73 Kilometer hat.

Durch diese Kraftanlage der Mittleren Isar wird die Isar unmittelbar unterhalb Münchens auf einer Strecke von 50 Kilometern während 8—9 Monaten des Jahres ohne Wasser sein. Da gerade in diesem Teil der Isar die Münchener Abwässer eingeleitet wurden, war der Bau einer besonderen Kläranlage für diese Abwässer notwendig, der demnächst dem Betriebe übergeben wird. Diese neue Kläranlage wird die größte dieser Art in Europa. Die biologische Reinigung dieser Abwässer erfolgt in großen Fischteichen von 233 Hektar Fläche und 7 Kilometer Länge. Dabei werden jährlich rund 2200 Zentner Fische gewonnen.

Der Einfluß des Deutschen auf das moderne Hebräisch. Im Zusammenhang mit den neuen Kulturbestrebungen in Palästina ist der außergewöhnliche Vorgang zu beobachten, daß eine tote Sprache wieder zu einer lebendigen, zu einer Umgangssprache wird. Das Hebräisch wird heute in Palästina auch von vielen Nichtjuden gesprochen, seine Kenntnis hat in den letzten Jahren auch außerhalb Palästinas stark zugenommen. Nicht nur zahlreiche wissenschaftliche Werke, sondern auch Klassiker aller Sprachen und moderne Autoren sind ins Hebräisch überetzt worden. Sprach- und kulturgeschichtlich ist es nun außerordentlich interessant, daß, wie Ludwig Blau (Budapest) in der „Deutschen Literaturzeitung“ hervorhebt, diese moderne hebräische Sprache, die sich naturgemäß von dem alten Hebräisch vielfach unterscheidet, von keiner anderen Sprache so tief beeinflusst erscheint, wie von der deutschen. Weder das Aramäische im Altertum noch das Arabische im Mittelalter haben dem Hebräisch ihr eigenes Gepräge so scharf aufgedrückt wie das moderne Deutsch dem modernen Hebräisch. Auch die Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelpunktes für das neue Judentum in der jetzt begründeten Universität Jerusalem wird daran zunächst nichts Wesentliches ändern. Ist doch die Wissenschaft vom Judentum in Deutschland begründet worden, und wird hier vor allem gepflegt; auch die jüdische Abteilung der bereits auf 82 000 Bände angewachsenen Universitätsbibliothek in Jerusalem besteht zum großen Teil aus deutschen Büchern.

Der Münchener Maler Paul Klee ist im Alter von 54 Jahren in München gestorben. Er hat der „Jugend“ Jahre hindurch ihr künstlerisches Gepräge gegeben. Professor Klee war Mitglied der Münchener Sezession.

Die Auführungen der Großen Volkoper im Theater des Westens, die am 21. Mai enden, verdrängen bis dahin noch eine Reihe interessanter Werke. Zunächst die Opern von George Ballois, der am Dienstag „Rigoletto“ singt, und am Freitag als Scamilo in „Carmen“ auftritt. Dann kommt eine Waisin der Opern „L'opéra“ mit dem „Garbier von Seville“ (am 24. Mai) und „Rigoletto“ (am 28. Mai) unter Leitung Eglito Langa.

Ein Dujonal-Archiv möchte die Witwe Ferruccio Ruffoni dem deutschen Staat stiften: mit den Handgezeichneten und Originalen, den Instrumenten und Bildern des Meisters, vor allem aber mit seinen Musikalien, z. B. der einzigartigen „L'opéra“ Sammlung.

Die internationale Opernkonferenz, die seit Freitag in Paris tagt, nahm den Bericht über die Ausbreitung des Operntums in den verschiedenen wissenschaftlichen Instituten entgegen. Im ganzen sind 120 wissenschaftliche Gesellschaften aus 23 verschiedenen Staaten auf der Konferenz vertreten. Die Konferenz erörterte u. a. die Frage der Schaffung von Salons in Opern, durch die der Verkehr der Opernwelt erleichtert und vereinfacht werden soll.

# Das Martyrium Höfles.

Zimmer wieder erschütternde Aussagen.

Der Höfle-Untersuchungsausschuss vernahm am Montag vor- mittag den

Staatsanwaltsoberdirektor Bullg (Moabit)

Über die Frage der ärztlichen Organisation in Moabit. Die Dienst- ordnung schreibt vor, daß bei lebensgefährlichen Erkran- kungen die Angehörigen benachrichtigt werden müßten. Der Zeuge hat Dr. Thiele am Sonntag gefragt, ob die Benachrichtigung der Angehörigen nötig sei; Dr. Thiele habe, woran der Zeuge sich genau erinnert, diese Frage verneint. Erst in der Nacht zum Montag seien die Angehörigen benachrichtigt worden und der Geistliche ge- holt worden.

Auf Fragen des Abg. Dr. Weyl (Soz.) erklärt der Zeuge, daß sich Dr. Thiele bei ihm wiederholt mündlich über die Härte des betreffenden Erlasses beklagt habe; einen Antrag auf Milderung des Erlasses habe aber Dr. Thiele nie gestellt.

Am Sonntag abend habe Dr. Thiele die Ueberführung in ein Krankenhaus nicht für nötig erachtet, weil der Kranke auf dem Transport sterben könne. Wenn Dr. Thiele vor dem Ausschuss behauptet habe, er habe wiederholt die Ueberführung befürwortet, so lüge er. Dr. Thiele habe noch am Sonnabend und Sonntag vor- mittag den Zustand Höfles nicht für lebensgefährlich gehalten. Der Zeuge gibt auf Befragen durch den Abg. Wester (Ztr.) zu, daß er am Sonnabend über die Verschlimmerung im Befinden Dr. Höfles zu spät benachrichtigt

wurde. Um 3¼ Uhr wurde Dr. Höfle bewußlos gefunden, und erst um 4 Uhr 50 Minuten ist der Zeuge davon benachrichtigt worden. Die Dienstordnung schreibt vor, daß der Oberdirektor von allen wichtigen Vorkommnissen in der Anstalt „sofort“ benachrichtigt werden muß. Deshalb Dr. Thiele erst so spät am Sonnabend im Bazarrett erschienen ist, kann der Zeuge nicht aufklären. Dr. Störmer habe gesagt, es bestehe starker Verdacht einer Vergiftung, aber ausdrücklich erklärt, es liege keine Lebensgefahr vor. Am Sonntag habe Dr. Thiele erklärt, der Zustand sei ernst, weil die Bewußtlosigkeit anhalte. Über die Frage des Zeugen, ob die Angehörigen benachrichtigt werden sollten, hat Dr. Thiele ausdrücklich verneint. Für den Zeugen ist es ein „schwerer Gebanke“, daß einer seiner Beamten oder Pfleger Dr. Höfle die Tabletten über- bracht hätte. Auf Fragen des Abg. Quast-Faslem (Ztr.) gibt der Zeuge seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der oft erwähnte Erlaß von den Ärzten als Beeinflussung empfunden wurde.

Sachverständiger Professor Lewin fragt, ob die Verteilung der Medikamente ordnungsmäßig vor sich gegangen sei. Der Zeuge kann nicht sagen, ob die Anstalt direkt die Erlaubnis zum Halten einer Apotheke habe; sie sei eben da. Die Medikamente würden aus der benachbarten Moabiter Apotheke gekauft und unter Verschluss aufbewahrt. Auch ein besonderer Gießschrank sei da, wie in jeder Apotheke. Die Schließmittel ständen nicht repariert im Gießschrank, sondern in dem allgemeinen Arzneischrank. Von einer besonderen Erlaubnis zur Führung einer Apotheke weiß der Zeuge nichts. Außer Luminol, Veronal und Pantopon sei auch Morphium da; der Pfleger bekomme so und so viel Ampullen und Tabletten, von letzteren einige mehr als gerade verordnet seien. Jede einzelne Tablette zu peruchen, sei unmöglich, wenn auch über Zu- und Abgang Buch geführt würde.

Der Sachverständige bemerkt, auch ihn, der doch viel mit solchen Stoffen umgehe.

komme ein gewisses Gräueln an, wenn er aus den Verzeichnissen ersehe, wie leichtfertig hier mit solchen starken Mitteln umgegangen sei, deren Dosisierung gefehlich vorgezeichnet sei.

Die weitere Klärung der von dem Sachverständigen angeregten Fragen soll im Ausschuss in einer besonderen Ueberprüfung am Dienstag erfolgen, zu der auch Dr. Thiele hinzugezogen werden soll, der in den nächsten Tagen einen vierwöchigen Urlaub antritt. Die medizinischen Sachverständigen und Ausschussmitglieder werden am Dienstag vormittag 8½ Uhr sich nach Moabit zur Besichtigung des Bazarretts und der Apotheke begeben.

## In der Nachmittagsession wurde der

### Wachmeister Rieh

vernommen; der den Dr. Höfle ständig seit dessen Einlieferung gesehen hat und häufig in dessen Zimmer gekommen ist. Das erste Mal, als Dr. Höfle von dem Zeugen gesehen wurde, machte dieser auf ihn einen gesunden Eindruck. Vom April ab fiel Rieh auf, daß Dr. Höfle abnahm, obwohl die Nahrungsaufnahme gut war. Oberinspektor Schmidt hat, wie der Zeuge be- fundet, sich jeden Tag nach Höfles Befinden bei Rieh erkundigt, und Rieh sagte ihm nun, der Zustand könne nicht allein vom Alkohol herühren. Der „Dämmerzustand“ Dr. Höfles, wie der Zeuge sich ausdrückt, dauerte fort.

Von Dienstag ab sei, so lange es Rieh beobachten konnte, der immer nur bis 3 Uhr Dienst hatte, das Bett Höfles nicht gemacht worden.

Ob Laken oder Hemd beschmutzt waren, weiß der Zeuge nicht, nur einmal sah er ein zerfissenes Hemd.

Daß Dr. Höfle dieses dem Arzt gezeigt habe mit dem Bemerkten, er sei bestimmungslos gewesen, davon ist dem Zeugen nichts bekannt. Am Sonnabend kurz vor 3 Uhr wurde ein Paket ge- bracht; der Zeuge ging mit in die Zelle und befundet, daß

Dr. Höfle tatsächlich den Eindruck eines Sterbenden gemacht habe.

Gegenüber dem Zustand bei der Visite am Vormittag sei ein bedeu- tender Unterschied gewesen. Der Zeuge ist durch den Staats- anwaltsassistenten Duden vernommen worden, ebenso wie andere Beamte. Einer der vernommenen Kollegen hat dem Zeugen, wie er auf Befragen durch den Abg. Hoffmann (Komm.) mittelst, erzählt, Staatsanwaltsassistent Duden habe zu diesem gesagt: „Für Sie wäre es besser, wenn Sie Zeentrumsmann oder molisch wären.“ (Der Beamte hatte auf die Frage nach dem Befinden erklärt, er coangelisch.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag vormittag 11 Uhr verlagert. Schluß 5 Uhr.

## Schließen auf der Flucht

... in den Haushaltsausschuss.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Montag stand die seit längerem zurückgestellte Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern. Vor Eintritt in diese Beratung erbat der Reichsfinanzminister v. Schlieben das Wort, um an Hand eines den Mitgliedern des Ausschusses zuge- stellten Finanz-Exposés ein Bild der gegenwärtigen Kassenlage und des voraussichtlichen Ausgabebedarfs des Reichs in den Jahren 1925 bis 1930 zu geben. Seine Darlegungen liefen darauf hinaus,

er könne sich der finanziellen Ansprüche aus den Reihen der Regierungsparteien nicht mehr erwehren

und müsse von dem Haushaltsausschuss verlangen, daß er allen anderen Ausschüssen gegenüber ein Nachwort spreche. Herr von Schlieben erklärte u. a. wörtlich: „Es erscheint mir nicht angängig, daß die Ausschüsse des Reichstags in dieser für die ganze künftige Finanzgebarung so überaus kritischen Zeit völlig unabhängig voneinander arbeiten, und jeder für sich allein Beschlüsse fasset, welche in ihrer Gesamtwirkung die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs jetzt oder in späterer Zeit zu gefährden geeignet sind. Bei aller Anerkennung der mit den einzelnen Anträgen verfolgten Ziele müssen die Wünsche doch auf ein ertägliches Maß zurückgeschraubt werden, und es tut dringend not, daß der Haushaltsausschuss sich alsbald eingehend mit diesen Dingen beschäftigt und die Beträge bestimmt, über die keinesfalls hinausgegangen werden darf.“

# Die Neuregelung der Lohnsteuer.

Das Steuerrecht bleibt. — Nur die Sozialdemokratie gegen die Ueberbelastung der Massen.

Die Lohnsteuer ist die sicherste Steuerquelle des Reiches. Neben der Umsatzsteuer bringt sie auch den größten Ertrag. Die Mehreinnahmen aus diesen beiden typischen Massensteuern haben im Jahre 1924 den erheblichsten Teil des Zwei-Milliarden-Ueberschusses des Reiches erbracht. Von Monat zu Monat stieg die Einnahme aus der Lohnsteuer, weil infolge der steigenden Nominal- löhne die Belastung der einzelnen Lohnsteuerpflichtigen ständig zunahm. Auch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums im Dezember 1924 von 50 auf 60 M. monatlich änderte daran nichts. Immer stärker wurde deshalb das Verlangen der Lohnsteuer- pflichtigen nach Ermäßigung der Lohnsteuer, die das ohnedies ge- ringe Einkommen erheblich schmälert und soziale und wirtschaftliche Schädigungen zur Folge hat.

Trotzdem hat die Rechtsregierung keine Veranlassung gesehen, von sich aus eine Ermäßigung der Lohnsteuer vorzuschlagen.

Ihre Steuergesetzentwürfe enthalten für jede Steuer, die den Besitz trifft, eine Ermäßigung. Nur für die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht. Die Ermäßigung der Lohnsteuer wurde so von Anfang an zum Schacherobjekt gemacht. Es sollte der Anschein erweckt werden, als ob die Regierungsparteien die Vorlagen der Reichs- regierung verbessern wollten, um so leichter die Entlastung des Be- sitzes durchsetzen zu können. Diese Handlungsweise läßt die unsoziale Gesinnung der Rechtsregierung ohne weiteres erkennen. Sie ist zugleich die Ursache für das durchaus ungenügende Entgegenkommen an die Lohn- und Gehaltsempfänger.

In mehrtägigen Beratungen hat der Steuerausschuss des Reichstags beschlossen,

daß vom 1. Juni ab das steuerfreie Existenzminimum von 60 Mark auf 80 Mark monatlich (18,60 Mark wöchentlich) her- aufgesetzt werde. Es soll ferner die Ermäßigung des Abzugs von 10 Proz. bei Einkommen unter 250 Mark monatlich für das zweite und jedes weitere Kind um zwei Prozent eintreten, statt wie bisher ein Prozent. Bei Einkommen über 250 Mark monat- lich wird diese Ermäßigung erst vom dritten Kind an gewährt. Außerdem wird künftig auf Antrag bei Verdienstaussfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ein Rechtsanspruch auf Er- stattung zweifelhafte Steuerbeträge durch die Finanzämter gewährt werden.

Das ist das ganze Zugeständnis, das die bürgerlichen Parteien den so schwer belasteten Lohn- und Gehaltsempfängern gemacht haben! Bleibt es bei den jetzigen Löhnen, so wird selbst nach den zu hohen Angaben der Reichsregierung diese Ermäßigung höchstens eine Mindereinnahme von rund 300 Millionen Mark für das ganze Jahr bedeuten. Also nur wenig mehr, als die Reichsregierung durch den Verzicht auf die halbe Vermögenssteuer freiwillig preisgegeben hat. Rechnet man hierzu den Ausfall durch die Milderung der Ein- kommensteuer, der Erbschaftsteuer und der sonstigen Kapital- steuern, so kommt man zu der Feststellung,

daß den bestehenden Schichten ein Mehrfaches von dem an Er- mäßigung freiwillig gewährt wurde.

was die Sozialdemokratie in hartnäckigem Kampf der Rechts- regierung und den bürgerlichen Parteien für die Lohn- und Gehalts- empfänger abringen mußte.

In Wirklichkeit wird dieser Ausfall von 300 Millionen nicht ein- treten. Die Löhne müssen sich den Preisen anpassen und den arbei- tenden Schichten wenigstens die kümmerliche Existenz ermöglichen. Daher wird der Ausfall wesentlich geringer sein, als ihn die Regierung schätzt, zumal ihre Angaben auf absolute Richtigkeit keinerlei Anspruch erheben können. Da selbst die Regierungsparteien sich dieser Erwägung nicht entziehen konnten, war die Anregung ent- standen, die Einnahme aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark jährlich zu begrenzen und die Regierung zu verpflichten, wenn dieser Betrag überschritten wird, eine entsprechende Ermäßigung vorzunehmen. Aber selbst das ist von der Regierung bekämpft, von den bürgerlichen Parteien preisgegeben worden. Es besteht deshalb erneut die Gefahr, daß die Lohnsteuer die veranschlagten Beträge wesentlich überschreiten wird und

mit der Bekämpfung des Hungers die Entlastung des Besitzes bezahlt

wird.

Die Sozialdemokratie hatte die Forderung gestellt, erstens das steuerfreie Existenzminimum auf 100 Mark monatlich (24 Mark wöchentlich) zu erhöhen, zweitens die prozentualen Ermäßigungen

Der Vorsitzende des Ausschusses, Genosse Heimann, bemerkte auf diese Darlegungen, daß die Rolle, die der Reichsfinanzminister dem Haushaltsausschuss zuweisen wolle, zwar für die Regierung erwünscht und bequem und für den Haushaltsausschuss ehrenvoll sei, aber

die Verantwortung für die Finanzgebarung des Reichs doch in unzulässiger Weise von der Regierung auf den Haushaltsaus- schuss verleihe.

Der Haushaltsausschuss sei zu einer Nachprüfung aller Ausschuss- beschlüsse, die eine finanzielle Auswirkung hätten, schon ein außer- lich vollkommen außerstande. Aber ganz abgesehen davon erscheine das System, nach dem der Finanzminister vorgehen wüßte, falsch und ungeeignet. Es sei Pflicht der Regierung, in den ein- zelnen Ausschüssen durch ihre Kommissare ihren Standpunkt be- sonders in allen finanziellen Fragen mit dem größten Nachdruck vertreten zu lassen. Setzen diese Kommissare sich nicht durch, so obliege dem Minister die Aufgabe, die Regierungsparteien zu der Verantwortung zu erziehen, die mit der Regierungsgewalt ver- bunden ist.

Es entspann sich eine mehrstündige Debatte, in der alle Redner, mit Ausnahme der Kommunisten, dem Standpunkt des Vorsitzenden beitraten. Selbst der Sprecher der Deutschnatio- nalen, der Abg. Hergt, war der Ansicht, daß die Einheit unserer Finanzgebarung in Gefahr sei. Trotzdem mußte man sich dagegen wenden, daß dem Haushaltsausschuss die Rolle unter den Aus- schüssen zugewiesen werde, die der Reichsfinanzminister innerhalb des Kabinetts hat, nämlich die des absoluten Vetos. Redner verlangte mehr Initiative von der Regierung!

Das Finanz-Exposé selbst wurde dem ständigen Unterausschuss zur Nachprüfung überlesen und man beschloß, an den Bericht des Unterausschusses eine finanzpolitische Aussprache im Plenum des Haushaltsausschusses anzuknüpfen.

Japan räumt Sachalin. Aus Tokio wird gemeldet: Durch Unter- zeichnung der erforderlichen Protokolle wurde die Uebergabe Sachalins an die Sowjetregierung vollzogen.

Die Sowjetregierung hat gestattete, daß japanische Flugzeuge Sibirien überfliegen dürfen; sie lehnt jedoch die Ausdeh- nung der Flüge bis nach Moskau ab.

für die Familienangehörigen von je einem Prozent durch Jesse Ermäßigungen von je 10 Mark bzw. 20 Mark monatlich (2,4 Mark bzw. 4,80 Mark wöchentlich) zu erheben und drittens den Steuerfuß für die unständigen Arbeitskräfte von 4 auf 2 Proz. zu ermäßigen. Es kann nicht bestritten werden, daß

diese Forderungen sich im Rahmen des Erfüllbaren und Möglichen halten. Die jetzige Finanzlage des Reiches gestattete diese Ermä- gigung, die unerträglich steuerliche Ueberbelastung der Massen macht sie notwendig. Der Reichswirtschaftsrat hat das anerkannt, denn er sprach sich ebenfalls für ein Existenzminimum von 100 Mark monat- lich aus. Das war auch die Forderung sämtlicher Richtungen der Gewerkschaften. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ging über diese Forderung sogar noch hinaus, indem er verlangte, daß die Ermä- gigung für jedes Kind zwei Proz. beträgt.

Angeht die Einmütigkeit der Stellung der Gewerkschaften aller Richtungen war die Hoffnung begründet, daß nun endlich das steuerliche Unrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern erheblich gemildert würde. Der Zustimmung der Sozialdemokratie konnte man in jedem Fall gewiß sein. Und mußte nicht die Zustimmung der bürgerlichen Regierungsparteien ebenfalls leicht zu erreichen sein, da die parlamentarischen Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die weitestgehenden Forderungen aufgestellt hatte, in deren Reihen lagen?

Und hatten nicht gerade diese Parteien heilige Eide geschworen, daß ihnen nichts so am Herzen liege wie der Abbau des Steuer- unrechts gegenüber den Massen?

Diese Hoffnungen sind schmachlich getäuscht worden. Das Steuerrecht bleibt. Die Ermäßigung der Lohnsteuer ist so ge- ring, daß immer noch eine Steuerpflicht bleibt auch dort, wo der Lohn nicht einmal ausreicht, den Hunger zu stillen und die Arbeits- fähigkeit zu erhalten. Das Steuerrecht bleibt aber besonders im Vergleich zu der Steuerleistung der übrigen Gruppen. So hartnäckig die Regierung und die Regierungsparteien der Ermäßigung der Lohnsteuer widerstreben, so entgegenkommend sind sie bei der Er- mäßigung der Steuerlasten aller übrigen Gruppen. Und wenn ent- sprechend den Forderungen der Regierung auch noch die Bier- und Tabakbesteuerung erhöht wird, dann wird die Gesamtsteuerlast der Massen nicht kleiner, sondern größer sein.

Im Kampf gegen das Steuerrecht stand und steht die Sozial- demokratie allein.

Die bürgerlichen Parteien verstehen unter „Entlastung der Wirtschaft“ Entlastung der Unternehmer. Von ihnen ist für die Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger Verständnis nicht zu erwarten. Hätte es sonst vorkommen können, daß der Sprecher der Zentrumspartei die Forderung nach einem Existenzminimum von 100 Mark monatlich als ein „Erstziel“ bezeichnete, das nur „stapfenweise“ zu erreichen sei? Ebenjowenig aber haben die Lohn- und Gehaltsempfänger etwas von den Kommunisten zu erwarten. Sie haben den Antrag gestellt, den Lohnabzug zu be- seitigen und statt dessen die allgemeine Einkommensteuer auch für die Lohnsteuerpflichtigen einzuführen. Wäre es ein Vorteil, wenn dem Arbeiter, Angestellten oder Beamten der Steuerbetrag künftig vierteljährlich statt wöchentlich oder monatlich abverlangt würde? Wir sagen nein. Die Kommunisten haben ferner ver- langt, daß Einkommen unter 3600 Mark jährlich vollständig steuerfrei sind. Es wäre schön, wenn man das durchsetzen könnte.

Wenn aber schon eine Steuerfreiheit von 1200 M. nicht zu erreichen ist, so ist es nutzlos, aus agitatorischen Gründen 3600 M. zu verlangen.

Die Beschlüsse des Steuerausschusses sind allerdings noch keine endgültigen Entscheidungen. In der kommenden Woche dürfte die Frage der Lohnsteuer auch das Plenum des Reichstags beschäftigen. Doch ist also die Möglichkeit gegeben, die unzulängliche Ermäßigung der Lohnsteuer zu verbessern. Die Proteste aus den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die der Empörung Ausdruck ver- leihen, sind zahllos. Die Sozialdemokratie wird es als ihre Pflicht ansehen, ihr bei den Beratungen Ausdruck zu geben. Sie wird er- neut versuchen, die Forderungen durchzusetzen, die allen Lohn- und Gehaltsempfängern gemeinsam sind. Sie wird durch die Tat be- weisen, daß eine soziale Steuerpolitik und die gerechte Verteilung der Lasten abhängig sind von einer starken sozialdemokratischen Partei.

## Das marokkanische Abenteuer.

Wachsende Opposition bei den französischen Linksparteien.

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Opera- tionen in Marokko nehmen einen Umfang an, der bei der Linken wachsendes Befremden erregt und selbst bei einem Teil der Radikalsocialisten neuerdings auf Opposition führt. So hat der neugewählte Gemeinderat von Lyon, der am Sonntag Herrlot als Bürgermeister wiedergewählt hat, eine Entschließung ange- nommen, in der die Regierung aufgefordert wird, jede Politik koloni- aler Eroberungen, die eine Quelle europäischer Konflikte sei, ab- zulehnen. Genosse Renaudel, der am Sonntag in der Poing über die politische Lage sprach, hat in unzweideutiger Schärfe er- klärt, daß Frankreich nicht zu gleicher Zeit Völkerverbundspolitik machen und sich in das gefährliche Abenteuer einer kolonialen Eroberungs- politik einlassen könne.

Aus einem am Montag vom „Deuvre“ veröffentlichten Artikel geht einwandfrei hervor, daß die amtlichen und halbamtlichen Mel- dungen über die Vorgänge in Marokko nur einen schwachen Ab- bild zeigen, was in Wirklichkeit in Marokko vorgeht scheint. Vor allem sollen die französischen Verluste bei den letzten Kämpfen weit größer gewesen sein als in den amtlichen Berichten bisher zugegeben wurde. Die vom französischen Haupt- quartier in Fez ausgehenden amtlichen Berichte lassen sehr deutlich durchblicken, daß es Abd el Kerim gelungen ist, die französische Opera- tion zum Stehen zu bringen. Aus Frankreich selbst sind in den beiden letzten Wochen sehr beträchtliche Verstärkungen nach Marokko abgegangen, und in den südransikanischen Häfen dauern die Truppenverladungen in unverminderter Stärke an.

Die „Informations“ teilt am Montag in einem Lagebericht mit, daß die Erfahrungen der beiden letzten Wochen die Notwendigkeit ergeben hätten, den Krieg gegen Abd el Kerim nach europäischer Art zu führen. Vor allem müsse schwere Artillerie und die anderen Mittel der modernen Kampftechnik eingesetzt werden. Das Blatt deutet weiterhin an, daß, wenn die französischen Truppen auch bisher die Grenze der spanischen Zone nicht überschritten haben, dies sich doch wahrscheinlich im weiteren Verlauf der Operation als not- wendig erweisen werde; auf diplomatischem Wege sei darüber bereits mit der spanischen Regierung verhandelt worden.

# Streikbrecherpflicht der Beamten!

## Eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Amärier wird uns geschrieben: Wie bekannt, brach im Frühjahr 1924 auf einigen Eisenbahnstationen Stuttgarts und Umgebung ein Arbeiterstreik aus. Die Löhne waren, wie selbst vom Eisenbahndirektionspräsidenten zugegeben wurde, zu niedrig. Die Gewerkschaften sahen sich genötigt, die Führung zu übernehmen. Zwischen ihnen und der Eisenbahnverwaltung kam schließlich ein Vergleich zustande, wonach die Streikenden restlos wieder eingestellt werden und keine Maßregelungen stattfinden sollten. Nur die Stuttgarter Gewerkschaftsführer wurden wegen angeblicher Verletzung des § 110 StGB. (Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufforderung dazu) angeklagt. Sie hatten ihre Beamtenmitglieder aufgefordert, ihren Dienst in der bisherigen Weise weiter zu versehen und abgesehen von Notstandsarbeiten, wie Lebensmittelbeschaffung usw.

keine Arbeit zu verrichten, die bisher von Arbeitern ausgeführt wurden.

In dieser Stellungnahme hielten sie fest, als der Präsident der Reichsbahndirektion in einem Aufruf an die Beamten appellierte, jede ihnen übertragene Arbeit zu versehen. Als Beförderung im Sinne des § 110 StGB. wollte der Präsident den Aufruf nicht aufgeführt wissen. Das Schwurgericht in Stuttgart entschied, daß trotzdem eine Gesetzesverletzung vorliege, nämlich des Reichsbeamtengesetzes, das in seinem § 10 vom Beamten Gehorsam fordere.

Aufforderung zum Ungehorsam liege selbst dann vor, wenn in Wort und Schrift an der Hand von staatswissenschaftlichen Werken nachzuweisen versucht werde, das an die Beamten gerichtete Verlangen jede Arbeit zu verrichten, als ungesetzlich, ungerechtfertigt hinzustellen. Dem Beamten stehe in dieser Beziehung eine Prüfung nicht zu. Drei Stuttgarter Gewerkschaftsführer wurden zu Geldstrafen verurteilt. Gegen das Stuttgarter Urteil legten die Verurteilten Revision ein.

### Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts

hat diese Berufung in der Sitzung vom 17. März d. Js. verworfen. Aus der umfangreichen Begründung können wir folgende Stelle zitieren:

„Es wird zugegeben, daß die Angeklagten zunächst in gutem Glauben gehandelt haben. Aber nachdem ihnen der Aufruf des Präsidenten zur Kenntnis gekommen sei, mußten sie sich der Möglichkeit bewußt sein, zu irren. (Die Angeklagten haben das bestritten. D. V.) Sie haben für den Fall, daß doch eine Pflicht der Beamten zur Uebernahme von Streikarbeit bestehen sollte, auf der an die Beamten gerichteten Aufforderung beharrt. Das Schwurgericht hat bei jedem der Angeklagten ein mit bedingtem Vorbehalt begangenes Vergehen gegen § 110 StGB. angenommen, daß das Schwurgericht dabei in einem Rechtsirrtum befangen gewesen wäre, sei aus dem Urteil nicht entnommen.“

Wenn auch das Schwurgericht das Vorliegen einer von der Obrigkeit getroffenen Anordnung verneint habe, so habe es doch die Frage, ob zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert worden sei, bejaht. Nach dem Reichsbeamtengesetz sind die Beamten zur Leistung von „Streikarbeit, d. h. jeder Arbeit“ verpflichtet.“

Hierzu muß doch bemerkt werden, daß es bisher wohl keinen Beamten gegeben, der die Dienstpflicht, die dem Beamten durch seine Anstellung erwächst, nicht dahingehend verstanden hat, daß er vom Staat oder von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ein Amt,

d. h. einen begrenzten Kreis von Geschäften übertragen erhalten hat. § 24 R. B. G. regelt die Uebertragung anderer Geschäfte dahin, daß er in kein anderes Amt von geringerem Umfange und geringerem Dienstfeinkommen gesetzt

werden darf. Dieser § 24 ist jetzt so gut wie aufgehoben. Hat die Personalabbauperordnung hier schon eine Lücke gerissen, so ist die Reichsbahngesellschaft erheblich weitergegangen. Sie fordert überhaupt vom Beamten, daß er jede Gesellschaftsarbeit pflichtmäßig übernehme. Sie stützt sich dabei auf das Reichsbeamtengesetz und den in dasselbe übernommenen § 10 des Reichsbeamtengesetzes. Im (amtlichen) Kommentar Roser zur Personalabbauperordnung für das Reichsbahnpersonal ist in Anmerkung 4 zu § 4 auf Seite 34 bis 36 ausführlich über die Frage einer Verpflichtung der Beamten zur Leistung von Arbeiterdiensten die Rede und insbesondere auf Seite 36 ein Urteil des Schwurgerichts Stuttgart vom 1. Oktober 1924 wegen teilweise durch die Presse begangenen Staatsvergehens gegen § 110 StGB. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz) in einem kurzen Auszug mitgeteilt.

Diese Anmerkung im Roser'schen Kommentar sprüht Bände. Heute sind die Dinge soweit gediehen, daß bei längerer Beschäftigung eines Beamten im Arbeiterdienste, soweit er auf Kündigung angestellt ist, die Gesellschaft sich berechtigt und den Beamten genügend disqualifiziert glaubt, daß sie ihn in das Arbeiterverhältnis mit Verlust seiner wohlverworbenen Beamtenrechte versetzen kann.

### Das ist die letzte Konsequenz

dieser Auslegung des § 10 des Reichsbeamtengesetzes, wie sie jetzt durch das vorliegende Urteil des Reichsgerichts als künftige Norm zu gelten hat.

Welche Bedeutung die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft diesem Urteil beimißt, geht aus einem Erlaß vom 4. Mai 1925 hervor, der an alle Reichsbahndirektionen gerichtet ist und in dem folgender Satz den Schluß bildet:

„Daß die Beamten für die Dauer eines vorübergehenden Notstandes nach dem Gesetz verpflichtet sind, Streikarbeit zu leisten, d. h. solche Arbeiten zu verrichten, die zur Dienstpflicht von Arbeitern, Angestellten oder Beamten gehören und deren Leistung von diesen auf Grund einer Arbeitseinstellung verweigert wird.“

Dieses Urteil ist nach seiner Begründung und in seinem Ergebnis von größter grundsätzlicher Bedeutung für das Personalwesen. Wir erlauben daher, durch Ueberweisung von Abdrucken des Urteils an die äußeren Stellen dem Personal von der Entscheidung Kenntnis zu geben und auch in den Unterrichtsstunden die Frage zum Gegenstand mündlicher Erörterung zu machen. Den Zentralorganisationen der Eisenbahnergewerkschaften haben wir hieron unter Uebermittlung eines Abdruckes des Urteils Kenntnis gegeben.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung.

Der Generaldirektor, gen. Stieler

In Wahrnehmung der Geschäfte des Generaldirektors.“ Dieses Urteil wird noch lange ein Gegenstand des Streites sein. Seine Bedeutung wird den Beamten, Angestellten und Arbeitern, insbesondere denen der Eisenbahn, erst voll bewußt werden, wenn das Lohnniveau sich weiter bis zur Unerträglichkeit senken wird.

Die Reichsbahn-Gesellschaft braucht jetzt keine Technische Ratschläge mehr. Ihre Beamten sind verurteilt, Streikbrecherdienste zu leisten. Dennoch sollte die Reichsbahn sich weniger auf diese Gesetzeskonstruktion verlassen, sondern mehr darauf bedacht sein, eine vernünftige Personalpolitik zu betreiben, wenn sie sich auf alle Fälle gegen Streiks sichern will. Der Bogen muß reissen, wenn er dauernd zu scharf gespannt wird.

### Unkraut auf dem Baumarkt.

Der Gründer Wilhelm Schwante.

Seine erste Gründung war wohl die „Berliner Holzverwertung und Rohholz-Großhandlung, Inh.: Wilhelm Schwante, Berlin N. 4, Invalidenstr. 13.“ Ob die „Walderverwertungsgesellschaft Schmidt u. Co. G. m. b. H., Plagholzhandlung Berlin-Mahlsdorf, Treptowstr. 35/42“, von Schwante ebenfalls „gegründet“ oder nachdem von ihm „übernommen“ und „umgestellt“ wurde, ist nicht genau bekannt. Jedenfalls hat er auch eine

### „Mittelstands-Bau-Vereinigung Berlin G. m. b. H.“

in Charlottenburg, Grolmanstr. 35, und Mahlsdorf, Treptowstr. 35/42 gegründet. Diese pompöse Firma, deren Inhaber und Direktor Herr Wilhelm Schwante ist, suchte auf ihren Briefköpfen den Anschein zu erwecken, als sei sie zu „Finanzierungen und Ausführung von Siedlungsbauten“ kapitalkräftig. Sie empfiehlt sich außerdem zur Instandhaltung und Verwaltung größerer Häusergruppen.

Die Aktiengesellschaft für Bauausführungen, Bülowstr. 90, hat nun die „Mittelstands-Bau-Vereinigung“ mit Ausschachtungsarbeiten in der Voltastr. 47/48 beauftragt. Den organisierten Bauarbeitern scheint die Firma bereits bekannt zu sein. Sie suchte daher auf dem Arbeitsnachweis 40 Arbeitstöße zusammen zur Verrichtung der Ausschachtungsarbeiten. Die Arbeiter, die teilweise seit Monaten arbeitslos sind, freuten sich auf die Aussicht, nun wieder Geld zu verdienen und gingen an die Arbeit. Der Stundenlohn sollte 72 bis zu 90 Pf. betragen.

Die „Mittelstands-Bau-Vereinigung G. m. b. H.“ hat in ihrem Bureau in der Grolmanstr. folgenden vertrauens-erweckenden Spruch angeschlagen, weil außer ihren Briefbögen doch noch irgend etwas vorhanden sein soll, das sie als vertrauenswürdige Firma erscheinen lassen könnte:

„Behüt uns Gott vor Sturm und Wind und Menschen, die nicht ehrlich sind.“

Wer wollte behaupten, daß die Firma oder gar ihr Inhaber Herr Wilhelm Schwante nicht ehrlich sei? Etwas deshalb, weil die Firma in „Zahlungsschwierigkeiten“ kam, als am Donnerstag der erste Lohn tag herangekommen war und den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß ihnen kein Lohn gezahlt werden könne und auch keine Sicherheiten dafür gegeben seien! Der Mitinhaber der Firma, ein Herr Schwarz, ist zweifellos ehrlich. Denn er stellte den Arbeitern am Sonnabend, den 16. Mai, folgende Bescheinigung aus:

„Der Arbeiter (folgt Name) war bei uns vom 7.—14. 5. beschäftigt und wurde wegen Zahlungsschwierigkeiten entlassen.“

Der Lohn wurde nicht gezahlt, auch die Invalidenmarken nicht geleistet. Die Papiere wurden nicht ordnungsmäßig zurückgegeben.

(Stempel: M.-Bauvereinigung.)

J. B. Schwarz.

Die Aktiengesellschaft für Bauausführungen, für die die Arbeiten verrichtet wurden, zahlt der „M.-Bauvereinigung“ nichts mehr, so daß die Arbeiter um ihren ersten Wochenlohn geprellt und wiederum arbeitslos sind. Sie klagten zwar vor dem Generobericht und erhielten auch ein Versäumnisurteil, da die Firma in dem Termin am Montag nicht vertreten war, doch ob und wann sie ihren Lohn erhalten, ist so sehr fraglich, daß sie sich sagen müssen, kein Gott kann sie vor solch ehrlichen Unternehmern behüten, wenn sie nicht dafür sorgen, daß ihre Organisation, der Baugewerksbund, sie davor bewahren kann.

Einsweilen trösteten sie sich damit, daß sie nicht auch noch Kaution stellen mußten wie der Chauffeur der Firma, die zwar noch kein Auto, sondern nur ein „Eigenes Pferd“ hat. Denn auch der Chauffeur soll seit 1. Mai seinen Lohn erhalten haben und wie es mit der Rückzahlung seiner Kaution steht, ist infolge der mangelnden Sicherheiten leicht zu erraten. Er wird dafür wohl Mitinhaber der Firma werden dürfen.

Es wird nicht gerade leicht sein, das Unkraut auf den Baumarkt auszurotten. Um so mehr müssen alle Arbeiter, die irgendwie mit Bauarbeiten beschäftigt sind, sich an ihre Organisation halten und dabei mithelfen.

### Die Betrogenen.

Ein Beamter schreibt uns: „Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden hatten mit Sicherheit auf eine Erhöhung ihrer Löhne und Bezüge zum 1. April d. J. gerechnet. Sie hofften dabei wenigstens überall auf die Friedensläge zu kommen. Die Hoffnung hat getrogen, denn es fehlen die Mittel!“

Fehlen sie wirklich? Der Haushalt des Reiches schließt für 1924 mit einem Ueber- schuß von 660 Millionen Mark ab. Ein Bruchteil würde genügen, um die Bezüge zunächst, wenigstens der schlechtestbezahlten Arbeiter und Beamten auf die Höhe des Existenzminimums zu bringen. Der Reichsfinanzminister von Schlieffen aber sagt: „Das geht nicht!“ Wohl aber geht es, die Einkommensteuer derjenigen, die über 8000 Mark jährlich verdienen, von 20 auf 15 Proz. herab- zusetzen. Ein Beispiel dafür, wie dies wirkt: Vor mir liegt die Steuerquittung eines Steuerpflichtigen, der im letzten Vierteljahr ein Einkommen von rund 3300 Mark zu versteuern hatte. Etwa 280 Mark waren ihm davon als Lohnsteuer bereits abgezogen worden. Als weitere Einkommensteuer hätte er nach dem alten Satz von 20 Proz. noch etwa 160 Mark zu bezahlen gehabt. Die

Ermäßigung auf 15 Proz. aber brachte ihm 66 Mark ein, so daß das Reich einem Steuerzahler mit jährlich über 13 000 Mark Einkommen 266 Mark schenkt! Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter aber ist nichts übrig — sagt die Reichsregierung!

„Weniger Beamte und Angestellte, diesen aber dann ausreichende Befoldung“ hieß es, als die über den Abbau beurlaubte Beamtenzahl beschleunigt werden sollte. Und nun? Vom 2. Oktober 1923 bis zum 31. Dezember 1924 hat das Reich 114 198 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut, d. h. 24,5 Proz. der vorhandenen Zahl. Dabei geht der Abbau noch weiter; auf die ausreichende Befoldung aber warten die Beteiligten noch immer. Und doch weist die gegenwärtig geltende Beamtenbefoldung noch 13 Gehaltsstufen auf, die monatlich weniger als 100 Mark betragen, 29 weitere bleiben noch unter 150 Mark zurück.

Eine Erhöhung soll trotzdem nicht möglich sein. Dafür winkt uns aber eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung durch die in Aussicht stehenden Agrarzölle. Der Arbeiter und kleine Beamte wird sich bei Zeiten darauf einrichten müssen, den Riemen noch enger zu schnallen, denn wenn die Agrarier Geld brauchen, muß er natürlich warten. Das ist die wohlverdiente Danksagung für alle diejenigen unter ihnen, die sich nicht genug tun konnten in Schwerten der schwarzweihroten Fahne, die jenen Männern die Steigbügel gehalten haben, denen sie jetzt ihr Schicksal verdanken.“

### Graphische Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Eine Mitgliederversammlung besaßte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenversammlung für den Verbandstag am 28. Juni in Hamburg. Die Versammlung war mit den vom Vorstand empfohlenen Kandidaten einverstanden. Die Anhänger Roskaus schlugen noch vier Kandidaten vor und zwar Kronzlin, Karl Meyer, Hermann Meyer, Böhlke und Rosen- plenter, worauf auch unsere Genossen mehrere vier Kollegen in Vor- schlag brachten. Da in der SPD-Fraktion Personenmangel besteht, konnten sie nur vier Mitglieder in Vorhina bringen, darunter zwei „Sympathisierende“. Als Roscher der SPD. fungiert das ehemalige Mitglied Krumrey, der der Kollegenchaft in den einzelnen Be- trieben Beistand leistet und für seine Freunde Propaganda macht, die er auch in der „Koten Fahne“ betreibt. Er faßt dort vom Klassenkampf und wehrt gegen die Reichsstaatspolitik, weh jedoch offenbar nicht, daß seine Freunde alle auf dem Boden des Tarif- vertrages stehen. Einer davon, Hermann Meyer, aus der Reichs- bankdruckerei, drängt die Organisation ständig, doch unbedingt ein Tarifvertrag abgeschlossen wird. Die verantwortlichen Stellen der Organisation lehnen jedoch den von der Direktion der Reichsbank- druckerei gewünschten Tarifvertrag ab, weil er den berechtigten Forderungen der Beschäftigten nicht entspricht. Nun soll ausge- rufen werden, daß seine Freunde Kollegen Meyer auf dem Ver- bandstag gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften „Opposition“ machen. Die SPD-Deute empfehlen in ihrer Ver- legenheit in der „Koten Fahne“ Kandidaten, die auf der Vor- schlagsliste des Vorstandes und auf dem Boden der Amsterdamer Inter- nationale stehen. So den Kollegen Robert Keinke, der sich in der Verammlung öffentlich gegen die Praktiken der Kapedisten ge- wandt hat. Auch der als SPD-Kandidat proklamierte Kollege Stache wird sich wundern, wie er zu dieser zweifelhaften Ehrgung gekommen ist. Die Kollegen Bach ist ebenfalls höchst überflüssiger- weise auf der Vorschlagsliste der SPD. gekommen, da sie bereits auf der Liste des Vorstandes steht. Es ist eine der üblichen kommuni- stischen — Gepflogenheiten, Personen für sich zu reklamieren und sie so als Kommunisten zu stempeln, obwohl sie mit der Gesellschaft nichts zu tun haben wollen. Als „Sympathisierende“ ist der Kol- lege Rosenplenter mit aufgestellt, um die vier Vorschläge zur Kandidatenliste vollzumachen. Doch haben ihm die Kommunisten erklärt, daß er von ihnen keine Stimme bekommt.

Kollegen und Kollegen! Lacht euch durch die SPD-Mache nicht verblüffen! Bei der Wahl sind die Namen Kronzlin, Karl Meyer, Hermann Meyer, Böhlke (ein halbes Jahr Mit- glied) und Rosenplenter auf dem Stimmzettel zu streichen.

### Reichskonferenz der Seeleute.

Hamburg, 18. Mai. (W. B.) Die gestern hier abgehaltene Reichskonferenz der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Seeleute beschäftigte sich eingehend mit der Frage eines Reichsschiffahrtsgesetzes und der Bildung eines Reichsschiffahrtsamtes, durch die u. a. der Schiffbau sowie alle mit der Seeschifffahrt zusammenhängenden Probleme unter entscheidender Mitwirkung der Seeleute überwacht werden sollen. Eine entsprechende Entschließung, die sofort den maßgebenden Instanzen unterbreitet werden soll, wurde einstimmig angenommen.

SPD-Fraktion Bergmann G. B. Rosenthal, Morgen, Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, Rummelplatz, bei den Wäntzen (Bohne), Hauptstraße. Erscheinen ist Pflicht! Der Fraktionsvorsitzende.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Erbus Salmann; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Rosenthal; Dr. John Schmalz; Lokales und Sonstiges: Reich; Schrift: Bergmann G. B.; Sieder: Salmann in Berlin; Berlin: Bergmann G. B. G. Berlin; Druck: Bergmann G. B.; Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 6, Invalidenstr. 1. Stern 2. Reaktionen und „Unterhaltung und Wissen“.

## Kraftrad und Gummi

sind aufeinander angewiesen. Versagt die Bereifung, tritt Sturzgefahr ein. Der für das Kraftrad speziell konstruierte

# Continental

## Cord-Block

ist zuverlässig, griffig und elastisch; auf ihm fährst Du sicher.

(Fahr nach der „Continental-Strassenkarte“)

## Für nur 12 Pfennig 2 Teller

köstlicher Suppe erhalten Sie aus Maggi's Suppen-Würfeln. Die Zubereitung ist leicht, die Kochzeit kurz, die Auswahl groß. Es gibt 26 Sorten: Blumenkohl, Ger-Aubeln, Erbs mit Sped, Grünlern, Rognin, Pilz, Dampfschwanz, Reis, Windfor usw. Verlangen Sie bitte die gelb-roten Würfel

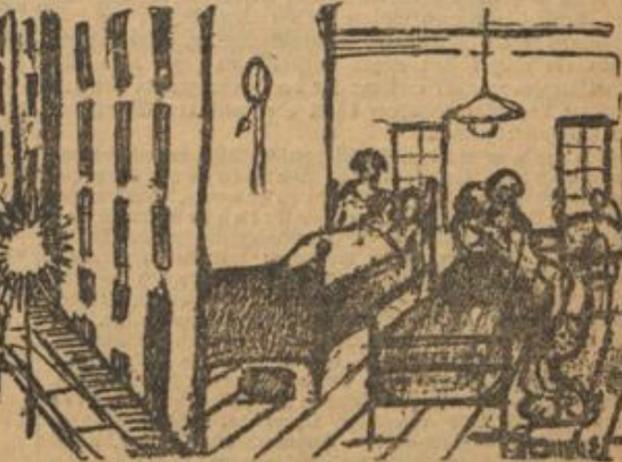
# MAGGI'S Suppen.



„MAGGI'S gute, sparsame Küche“



Berliner Kinder in NOI



Die Stadt Berlin unterhält in Buch eine Kinderheilanstalt. Dort ist eine besondere Abteilung für geschlechtskranke Kinder.

berichtet Schoenfeld über die Ausbreitung von Gonorrhoe und Quies unter den Kindern Pommerns.

Erstreckenden Umfang gewinnen die Krankheiten, wenn sie in geschlossenen Anstalten, Waisenhäuser, Ferienkolonien, Erziehungsheime hineingetragen werden.

auf Einbringung eines Bodenreformgesetzes vor. Der weitestgehende ist der der Sozialdemokratischen Partei.

Die Stadt der tausend Schmerzen.

Sie liegt im Herzen der Riesennacht, zwischen der nördlichen Friedrichstraße und der Stadtbahn, dem Schifferbauerdamm und dem Reusen Tor.

Kein Bett für sich allein.

Nach einer noch unveröffentlichten Statistik des sozialpolitisch hochverdienten bisherigen Direktors der Berliner Ortskrankenkasse, Albert Rohm, haben 1922 mehr als 19 Proz., 1923 mehr als 15 Proz. der kontrollierten Kranken kein Bett für sich allein gehabt.

Verwahrlosung als Folge der Wohnungsnot.

Dr. Langer bezeichnet die Mietskasernen als ideale Brutstätten für Geschlechtskrankheiten, die Mietskasernen, wo Kinder mit Erwachsenen zugleich ein Bett benutzen.

Geschlechtskrankheiten unter Kindern.

Dr. Erich Langer, Oberarzt in der Dermatologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Berlin, berichtet, daß die Geschlechtskrankheiten unter Schulmädchen seit der Weltkriegszeit sich vermehren.

In den frühen Vormittagsstunden sind die Straßen um die Chorität besetzt von den Scharen Leidbeglatter, die in den Polikliniken Heilung und Linderung ihrer Schmerzen suchen.

Nachts liegen sie schlaflos und sehnend inbrünstig den Morgen herbei. Draußen aber laßt das Leben mit wildem Zucken seinen irrflüchtigen Taumel tanzen.

Die Durchlegung der Klosterstraße. Die Bezirkskörperschaften des Bezirks Mitte haben die vom Magistrat angeregte Durchlegung der Klosterstraße zu dem einstweilen überhaupt noch nicht bestehenden Rolandufer einstimmig abgelehnt.

Schnock.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Svend Fleuron.

(Aus dem Dänischen von Thyra Jastlein-Dobrenburg.)

Der Rückenfächer wird entfaltet und hebt sich hoch empor ... begierig folgen ihre Augen dem kleinen, behenden Burschen.

Ein Blüßstrahl jagt den anderen in immer kürzeren Zwischenräumen.

Schnock fühlt, wie die Spannung und Ekstase der Raubgier über sie hereinbricht — alles das, was dem Ergreifen der Beute unmittelbar vorangeht, und in dem zu vergehen sie unfähig liebt.

Der kleine Drache ist von der Mottenjagd allzusehr gefangenommen. Sorglos läßt er seine Rückenflossen in einem lieblich leuchtenden Farbton spielen, während sein silber-schimmernder Bauch alle Farben des Regenbogens aus dem Wasser heroorzaubert.

Der Weiberich im Schiffsbohm hört das Blättern — und das Krachen der aufeinanderschlagenden Kiefer. So herzhast wurden sie zugeklappelt, daß es dem Vogel war, als vernehme er den hilflosen Seufzer des Opfers und die dankbare Zufriedenheit des vielerwerbenden kleinen Räubers.

Ja, sie war die Wildtipe des Wassers — durch Geschicklichkeit und Schlauheit, durch wätsche Ueberfälle erjagte sie sich ihre Beute. Selten vermochte sie ihrem Beuteleiter von vorn beizukommen.

Ihre Jagdgründe waren unendlich reichhaltig; sie brauchte sich nicht anzustrengen, in Ruhe und Frieden konnte sie sich ihre Beute auswählen. Und je größer diese war — je heftiger sie Hunger und Wutlust in sich aufflammen fühlte, desto größere Gewalt und Kraft legte sie in den Sprung.

Falke einen Fehlgreif tun kann, so war auch sie dazu imstande! Dann ward sie verlegen — wie jedes Raubtier; sie wiederholte nicht den Sprung, sondern machte sich schleunigst aus dem Staube.

Wenn aber die Beute in ihrem hundertjährigen Mause zappelte und deren bebende Rückenflosse ihr um die Ohren klatschte, dann richtete sie sich langsam, mit einem eigentümlich zögernden Genießen, aus ihrer gekrümmten Angriffsstellung auf. War sie hungrig, so verschlang sie ohne Umschweife ihren Fang. Sonst liebte sie es wohl, wie die Katze mit dem Opfer zu spielen, mit ihm im Mause umherzuschwimmen, es zu wenden und zu drehen, und Stundenlang darauf herumzutauzen, ehe sie sich einschlefen konnte, ihm zu Leibe zu gehen.

Sie stopfte sich voll, sie fraß — und von dem ewigen Fressen wurde sie groß.

Wie die See aus sah.

Im Bick, wo sie zwischen Köhricht und Schilf lebte, hatte ein Schwarm Barsche seine Heimat. Sie waren etwa ebenso groß wie sie, aber viel dicker und älter. Namentlich ihr Anführer, nach dessen Maßnahmen die ganze Schar sich richtete, war ein breitbäuchiger, turmrückiger Barsch, der die Bedeutung der Verteidigungswaffe, die er in seiner starken, stachelgespitzten Rückenflosse besaß, wohl kannte.

Er hatte die eigentümliche Fähigkeit, seine Farbe zu wechseln, so daß sie jederzeit mit der Beleuchtung im Wasser und auf dem Grunde im Einklang stand. Es gab Tage, da erschien er kupfergrün, sein Messingschimmer war verschwunden; zu anderen Zeiten wieder ließ er die schwarzen Flammenblitze an den Seiten wie die Streifen eines Zebrafelltes hervortreten, die dem Bauch den gelben Vollmondglanz des Herbstes verliehen. Das deutete auf gut Wetter — ... da kam Leben in das Wasser!

Ihnen allen gemeinsam aber waren die rauen, gefährlichen Panzerschuppen, die ihre möhrenroten Flossen dicht umschlossen — und ebenso die runden, goldenen Augen mit der erdbeerfarbenen Pupille; sie lagen wie auf Rissen und rollten außerhalb des Kopfes umher, wodurch die Fische nach oben wie nach unten sehen konnten.

Die Barsche gaben als ausgeprägte Raubfische Schnock nichts nach, sie kamen ihr bei den Kleinfischen ins Gebege und stürten oftmals ihre Jagd; hätte sie nur die Kraft, sie hätte schon längst auch unter ihnen reinen Lisch gemacht.

Eines Abends, als sie so hungrig war, daß sie alles unterkähte, launerte sie auf eine Gelegenheit, um den dunkel-

farbenen Anführer anzufallen; aber der Reifer, der sich in der Klemme wühlte, setzte sich mit dem Kraftaufwand einer Bulldogge zur Wehr. Das Blättchen schien sich eben zu seinen Gunsten zu wenden, als Schnock sich durch einen kühnen Nachsprung hoch in die Luft seinen Wänden entzog. Seitdem schwammen sie immer in gebühlichem Abstand, sich gegenseitig anstielend, aneinander vorüber; Schnock aber begriff sehr wohl, daß der gestreifte Herr ihr nicht gnädig gelonnen war.

Und je größer sie wurde, je mehr sie sich als der großmächtigen Herrscher fühlte, der seine Zahnwaffen einzig und allein zu dem Zweck bekommen hat, um anderen den Garau zu machen, desto größer wurde ganz instinktiv ihr Haß gegen den Turmrückigen. Sie waren ja in ihrer Veranlagung so gänzlich verschieden!

Sie war sprühend, wild und rücksichtslos in ihren Angriffen und gab sich ihrem Fängerrausche hin, bis ihr schwindelte; sie trug ihre Haut zu Markte und warf sich in ohnmächtigem Grimm ihrer Raublust in die Arme. Der schlaue Barsch irrte sich nur selten, war vielmehr auf der Hut und in seinem Benehmen immer kühl und beherrscht. Und doch war er zu jeder Zeit — in ebenso hohem Grade wie sie — zum Ueberfall bereit; aber er verstand es meisterhaft, die Gelegenheit wahrzunehmen, damit der Streich gelänge. Häufig raste er auf sie zu, doch plötzlich hielt er inne und überlegte, um dann wie ein Hund sie zu beschnuppern.

Eigentlich war sie aus dem Backfischalter noch nicht heraus, schlotterig und ohne Mark und nicht rosch genug im Wenden. Es war ihr mit genauer Not aufgegangen, wo die Großen ihres eigenen Geschlechts sich aufzuhalten pflegten und wo sie deshalb auf der Hut sein mußte; sonst war sie mit nennenswerten Erfahrungen nicht belastet.

Als junges Tier war sie nie in den tiefen See gegangen, sondern hatte sich kluglich an das stille Wasser gehalten; an Gräben und den Ufermorast des Bicks, wo ihre Kräfte im Verhältnis zu der Umgebung ausreichten, und wo sie instinktiv empfand, daß ihre großen Feinde hier auf Grund laufen müßten, wenn sie sie verfolgten. Hier fand sie Schutz zwischen Köhricht und Winstenkengeln.

Aber draußen war etwas, etwas Großes und Starkes, etwas ewig Unruhvolles — und das zog.

Sie unternahm jetzt längere und immer längere Ausflüge, und eines Tages, als das Wasser besonders leicht und klar war, begab sie sich auf eine lange Reise von dem einen Ende des Sees zum anderen. (Fortsetzung folgt.)

### Ein Wüstling.

#### Hochmals die Rote-Kreuz-Wache am Schleifischen Bahnhof.

Großes Aufsehen erregten im vorigen Jahre die Enthüllungen über dunkle Vorgänge bei der Dienststelle des Roten Kreuzes am Schleifischen Bahnhof, die zur Verhaftung des Roten-Kreuz-Kommissars Julius Jeschke führten, und in deren Verlauf auch noch weitere Verfehlungen des Sanitätskolonnenführers Rüssen aufgedeckt wurden. Der letztere war schon vor einiger Zeit wegen Verfehlungen gegen männliche Angehörige abgeurteilt worden; die bei ihm in großen Mengen aufgefundenen Liebeskorrespondenzen bildeten aber noch den Gegenstand weiterer Strafverfolgungen.

Jeschke wurde erneut dem Schöffengericht Mitte vorgeführt, um sich wegen Vornahme unethischer Handlungen durch Gewaltanwendung an einer Minderjährigen, sowie wegen Betruges, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten. Wenn auch in der Dienstwohnung Jeschkes Organe mit weiblichen Personen, die er zusammen mit einem Freunde Dr. Anders vorgekommen hat, zur Sprache kamen, so ließ sich nicht nachweisen, daß er mit den seiner Obhut anvertrauten Missetätigen des Roten Kreuzes strafbare Handlungen vorgenommen hat. Er hatte die Leitung der Kindertransporte, die über Berlin gingen und welche verschiedene Züge von Mädchen als Führer. Bei einer derartigen Gelegenheit hatte ihm ein Beamter des Bahnhofs zu einer Fahrt nach Helgoland seine 15-jährige Tochter anvertraut. Dieses Amt väterlicher Obhut hat Jeschke jedoch in freventlicher Weise mißbraucht. In Helgoland angekommen, nahm er das junge Ding in eine Diele mit, machte es mit Süßwein betrunken und verging sich dann auf seinem Zimmer an dem Kinde. Bei der Rückkehr auf dem Bahnhof in Berlin verabschiedete sich das Mädchen von dem Wüstling, der bezeichnenderweise sich kurz vorher verlobt hatte, mit den Worten: „Ich hoffe, Sie niemals wiederzusehen.“ Einen Monat gelang es ihr auch, sich Jeschke fern zu halten. Durch einen Trick wußte dieser aber, das Kind an sich zu locken. Er bat nämlich eines Abends den Vater, ihm seine Tochter zur Erledigung einiger dringender Schreibmaschinensarbeiten zur Verfügung zu stellen. Wenn auch freudig, so ging das Kind hin, da die Scham es abhielt, sich dem Vater zu offenbaren. Jeschke versuchte nun wieder, das Mädchen in seine Gewalt zu bringen. Die Vorgänge im Zimmer hatte eine Angestellte des Roten Kreuzes, der sich Jeschke auch schon mit ungesetzlichen Anträgen genähert hatte, aufmerksam gemacht und die Zeugin beobachtet die Vorgänge durch das Schlüsselloch. Das Gericht hatte die schmerzliche Frage zu prüfen, ob der Angeklagte mit Gewaltanwendung gehandelt hatte, oder ob das Kind, wie es der Angeklagte darzustellen versuchte, den Künsten eines Verführers ins Garn gelaufen sei. Er behauptete nämlich, daß alles im Einverständnis mit dem Kinde geschehen sei. Das Gericht glaubte jedoch der Zeugin, die den besten Eindruck machte, im vollen Umfange. Der zweite Teil der Anklage betraf Fälschungen, die Jeschke begangen hatte, indem er falsche Urteilungen über Auslagen für das Rote Kreuz ausgestellt hatte. Es handelt sich dabei nur um geringe Beträge. Jeschke war übrigens vor seiner Anstellung als Rote-Kreuz-Kommissar Oberzollsekretär gewesen, und hatte beim Postamt Neutölln Amtsuntersuchungen begangen, die seine Ertüchtung und Beurteilung zur Folge gehabt hatten. Während Staatsanwaltschaftsrat Polzin Justizhausstrafe gegen den Kindesverführer beantragte, vertrat Rechtsanwalt Dr. Halpern den Standpunkt, daß eine Gewaltanwendung nicht einwandfrei nachgewiesen sei. Das Schöffengericht hielt den Angeklagten für schuldig, billigte ihm aber trotz des schändlichen Vertrauensbruchs und seines unmoralischen Verhaltens mildernde Umstände. Die Strafe lautete auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. Sechs Monate kamen auf die Untersuchungshaft in Anrechnung. Der Haftentlassungsantrag des Angeklagten wurde abgelehnt.

### Ein unheimlicher Keller!

#### Die Hausbewohner fordern polizeiliche Untersuchung.

Bei dem Explosionsunglück, das am Mittwoch vergangener Woche im Heizingkeller des Hauses Prenzlauer Allee 87 passierte und bei dem der zwanzigjährige Sohn des Hauswarts ums Leben kam, konnte, wie wir damals schon berichteten, die Feuerwehr die Ursache der Explosion nicht einwandfrei feststellen. Die Heizinganlage war intakt; die Feuerwehre stellte lediglich einen starken Geruch von verbranntem Lack fest und folgerte daraus, daß eine Explosion irgendeiner Lackerdämmungsluftigkeit stattgefunden habe. Die sich nunmehr zweifelsfrei ergeben hat, ist das Unglück auf die Explosion von Granatzündern und Sprengkapseln zurückzuführen. In demselben Keller, in dem sich der Heizkessel befindet, hatte bis vor kurzem eine Meisenhandlung ihre Lagerräume. Die Mieter hatten Gelegenheit, festzustellen, daß auch Granaten und andere Munition ausgeschleudert wurde. Kurz nach dem Unglück fand die Polizei einen Woschkübel voll mit Zündern und Sprengkapseln in dem Keller und so ist die Vermutung zur Gewißheit geworden, daß der junge Mensch bei seiner Heizerfähigkeit sich einige Stücke angeeignet und damit verbotenerweise handelt hat, wobei die Explosion erfolgte. Wertwürdigerweise hat die Polizei die aufgefundenen Munitionsvorräte aber erst am Tage nach dem Unglück in Sicherheit gebracht. Die Mieter des Hauses sind dadurch stark heunruhigt worden. Sie sind der Auffassung, daß auch jetzt noch in den ausgedehnten Kellerräumen irgendwo gefährliche Munition versteckt liegt, die durch irgendwelche Zufälligkeiten zur Explosion gebracht, das ganze Haus gefährden könnte. Die Polizei hat sich den Anträgen des Hausbesizers und der Mieter auf eine nochmalige Revision des Kellers bisher verschlossen. Die Mieter sehen in der Pflicht in die Öffentlichkeit einen letzten Ausweg. Sie verlangen unter allen Umständen die restlose Klärung der etwas dunklen Munitionsangelegenheit.

### Zusammenstöße mit Kommunisten.

Die Kommunisten veranstalteten am gestrigen Nachmittag anlässlich der Ueberführung des in der Festungshaft in Gallmargestorbenen Sohnes des Landtagsabgeordneten Menzel eine Demonstration. Um 3 Uhr sammelten sich die Abteilungen des sogenannten Roten Frontkämpferbundes sowie größere Mengen der Frauen und Jugend am Steintor Bahnhof, wo der Zug mit der Leiche des Verstorbenen ankam. Vor dem Hause der kommunistischen Zentrale fand eine Trauerfeier statt. Auf dem Rückweg zum Anhalter Bahnhof, von wo aus der Sarg nach Halle übergeführt wurde, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. So war die Schutzpolizei an der Wödenstraße aufgeboten, gegen die Kommunisten vorzugehen. Als an der Charlottenstraße stärkere Abteilungen des Frontkämpferbundes versuchten, die Bannmeile zu durchbrechen, wurden die Züge durch Bereitschaften der Schutzpolizei aufgelöst und abgedrängt. Gegen 6 Uhr bewegte sich ein Zug von etwa 600 Kommunisten, vom Anhalter Bahnhof kommend, nach der Lindenstraße. Vor dem Hause des „Bormärts“ wurde ein kleiner Spottakt veranstaltet. Als neue Erregungsfaktoren im Wettbewerb tief man dreimal im Rhythmus „Hui Deibel“. In der Hollmannstraße kam es dann zu einem Zusammenstoß mit einem Auto des Polizeiüberfallkommandos. Ein Demonstrant wurde verhaftet, während die anderen Miene machten, das Auto zu stürzen. Hier entwickelte sich eine kurze Schlägerei, die aber ohne erheblichere Folgen blieb. Es sollen eine größere Anzahl Siftierungen vorgenommen worden sein.

### Der Raubüberfall auf der Stationskaffe am Zoo.

Zum zweiten Male beschuldigte sich das Landgericht II mit dem angeblichen Raubüberfall auf der Stationskaffe am Zoo. Wie erinnerlich war der Eisenbahndirektor Münch am 1. Januar

in dem Kassenraum der Stationskaffe am Zoo gefesselt vorgefunden worden. Man war durch einen Brand im Kassenraum aufmerksam geworden. Münch behauptete, daß eine Firma, die mit der Eisenbahndirektion in Geschäftsverbindung steht, und für die er bereits früher Gelder hatte auszahlen müssen, am Neujahrstage kurz vor Dienstschluß angerufen hätte, ob er eine Summe von 60 000 Mark auszahlen könne, für die angeblich schon eine Anweisung der Behörde vorliege. Es seien dann zwei Männer gekommen, das Geld abzuholen und hätten den Raub ausgeführt. Um die Tat zu verdecken, hätten sie im eisernen Ofen einen Brand anzulegen versucht, indem sie vor und in demselben die Kassen- und Geschäftsbücher häuften. Das Schöffengericht hatte in der Erzählung des Angeklagten einen erdichteten Roman erblickt, durch die Selbstfesselung und die Verbrennung der Bücher und Belege habe Münch seine Unterschlagungen verdecken wollen. Gegen die erlante Strafe von zwei Jahren Zuchthaus hatte Münch durch Rechtsanwalt Kameda Berufung eingelegt. Auch vor der Berufungsinstanz blieb Münch bei seiner ursprünglichen Darstellung. Das Gericht kam jedoch zu einer Verwerfung der Berufung, so daß es bei der Strafe von zwei Jahren Zuchthaus bleibt.

### Professorkundgebung

Freitag, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Pagenhofer-Ausschank (Vordrauererei), Fildelstraße 2-3.

Zagordnung:

### Der Aufwertungsbeitrag.

Der Verrat der Deutschnationalen an den kleinen Gläubigern und Sparern.

Referenten: Die Mitglieder des Reichstags: Hugo Heimann, Berlin — Dr. Paul Hertz, Berlin Wilhelm Keil, Stuttgart.

Bezirksverband Berlin der SPD.

### Soll Berlin ohne Frischobst bleiben?

#### Ein Kapitel zum Kampf gegen den Straßen- und Markthandel.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit und Berlin, wie alle Großstädte, werden von Frischobst überflutet, das seine Lagerung verträgt. Es liegt im Interesse der Volksgesundheit, dafür zu sorgen, daß kein Pfund des Obstes der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wird. Eine hierfür verantwortliche Stelle gibt es leider nicht. Wenn aus diesem Grunde Behörden und Kommunen der Weiterleitung der Obstmengen größere Aufmerksamkeit widmeten als bisher, so könnte das von der Bevölkerung nur begrüßt werden.

Ein sehr wichtiger Faktor, wenn nicht gar der wichtigste, ist in dieser Beziehung der Straßenhandel. Als ältestes Gewerbe, hat er sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem Bollwerk entwickelt, hat aber ebenso auch ein Heer von Feinden gegen sich. In neuerer Zeit sind es die Einzelhandelsvereinigungen, sehr häufig in Verbindung mit den Handels- und Industriekammern, die versuchen, den kleinen Straßenhändlern ihre Existenz freilich zu machen. In Berlin treffen in der Hochaison täglich Hunderte von Waggons mit je ca. 100 Ztr. Frischobst und Gemüse ein. Nach einer Statistik, die auf der Tagung der Obstgroßhändler wiedergegeben wurde, wurden durch den Straßenhandel etwa 70 bis 80 Proz. der angerollten Obstmengen umgesetzt. Diese Tatsache beweist die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Straßenhandels zur Gemüts- und es wäre zu erwarten, daß jede kleinliche Einschränkung des Straßenhandels vermieden wird. Seit längerer Zeit führen die Straßenhändler einen harten Kampf um ihre Existenz. Heber die Protestveranstaltungen, welche durch ihre Organisation, den Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender in Berlin, einberufen, wurde an dieser Stelle wiederholt berichtet. Es kann nicht angehen, daß ein Gewerbe, welches in steuerlicher und volkswirtschaftlicher Beziehung alle Voraussetzungen erfüllt, einfach erdrückt werden soll. Genau wie gegen den Straßenhandel, wird in letzter Zeit gegen den Markthandel Sturm gelaufen. Die kleinen selbständigen proletarischen Existenzen, welche als schnellster Weiterleiter von Waren, ebenso auch als preisregulierender Faktor sich Beliebtheit bei der Bevölkerung erworben, sollen erdrückt, existenzlos gemacht werden. Derartige Anträge liegen im Reichstag und auch in den einzelnen Landtagen vor. Ebenso haben verschiedene Handelskammern in schärfster Form gegen den Straßen- und Markthandel Stellung genommen.

Die Straßen- und Markthändler werden im gegebenen Moment die Bevölkerung zum öffentlichen Protest durch ihre Organisation, den Reichsverband, anrufen und erwarten weitestgehende Unterstützung.

### 2 Millionen Fahrkarten am Sonntag.

Der sommerlich warme Sonntag brachte einen Ansturm von Ausflüglern auf die Verkehrsmitel. Im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr der Reichshauptstadt sind ungefähr 1,8 Millionen Einzelfahrten unternommen worden; dazu kamen noch 350 000 Fahrten auf Zeitkarten, so daß die Zahl von zwei Millionen überschritten worden ist. Besonders stark war der Freibadverkehr: nach Radeburg wurden 80 000 Fahrten unternommen, nach Nicolaissee zum Freibad Wannsee 50 000, nach Friedrichshagen 40 000, nach Rahmsdorf 20 000 usw. Auf den weiteren Strecken, die noch mit Sonntagsrückfahrkarten benutzbar sind, so z. B. auf der Steintor-Bahn (nach der medienberühmten Seemplatte) verkehrten Vorzüge von fast unübersehbarer Länge. Fast alle rückfahrenden Ausflüglern waren mit Hildebrüchchen, so mit Hildebrüchchen beladen, die sie als Trophäe des herrlichen Sonntags heimbrachten.

### Spiel- und Sportplatz auf dem Tempelhofer Feld.

Der Plan, einen Teil der unbebauten östlichen Hälfte des Tempelhofer Feldes für Spiel und Sport zu sichern, hat seit Jahren das Bezirksamt Neutölln und später den Magistrat Berlin beschäftigt. Die Bemühungen haben endlich zu einem Ergebnis geführt, und der Magistrat kann jetzt den Stadtverordneten einen Entwurf des dort

### Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 19. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 6.30 Uhr abends: Humoristisches Funkalloriel (Georg Bamberg). 7-7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7 Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Dr. Schweers: „Mutterchutz und Säuglingsfürsorge“. 4. Vortrag: „Neurologie des Hebammenwesens“. 7.30 Uhr abends: Abteilung Literatur. Dr. Max Freyhan: „Das moderne Drama“. 1. Vortrag. „Einleitung: Von Ibsen, Hauptmann zu Wedekind und Steinberg bis zu den Neuesten“. 8 Uhr abends: Sanderpieler. Abteilung: Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. XVIII. Veranstaltung: „Wintermärchen“, von Shakespeare. Musik von Humperdinck. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. Berliner Funkorchester. Leontes, König von Sizilien; Friedrich Kayllor; Hermione, seine Gemahlin; Elso Heims; Memillius und Perdita, Kinder des Königs; Antigonus, Camillo, Cleomenes, Dion, vornehme Sizilianer; Paulina, Antigonus Gemahlin; Emilia, Kammerfrau der Königin; Polyxenes, König von Böhmen; Floritzel, sein Sohn; Archidamus, am Hofe des Königs; Antolykus, ein Spitzbube; ein alter Schäfer; sein Sohn; Herren vom Hofe und sizilianische Edelleute; Hofdamen; ein Beamter und mehrere Gerichtsdiener; ein Kerkerverwalter; ein Matrose; Mops und Dorca; Schärferinnen; Schäfer; Knechte. Die Zeit als Chorus. Szene: Sizilien und Böhmen. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

zu schaffenden Spiel- und Sportplatzes vorlegen. Die Begründung sagt, daß im Bezirk Neutölln bisher nur 223 000 Quadratmeter Spielfläche vorhanden waren, das sind pro Einwohner dieses Bezirkes nur 0,8 Quadratmeter. Teile dieser viel zu geringen Spielfläche werden in absehbarer Zeit den Spielern entzogen werden, weil sie Bauland sind. Schon vor Jahren versuchte das Bezirksamt Neutölln, einen Teil des Tempelhofer Feldes zur Verwendung als Spielplatz zu pachten. Jetzt hat die Stadt Berlin einen Streifen der östlichen Hälfte gepachtet, der bei 500 Meter Breite einen Flächeninhalt von rund 760 000 Quadratmeter hat. Nach dem vom Bezirksamt Neutölln aufgestellten Entwurf soll zunächst der südliche Teil des zu schaffenden Sportplatzes, das Gelände zwischen Ringbahnstraße und Grüner Weg, ausgebaut werden. Geplant ist eine stadionsartige Anlage und drei andere Übungsflächen. Für diese Übungsflächen ist Tenneboden vorgesehen und nur der Innenraum der Kampfbahn soll Rollen erhalten. Die Kosten der ganzen Anlage sind auf 700 000 bis 800 000 M. veranschlagt. Für das laufende Rechnungsjahr sollen zunächst 100 000 M. verausgabt werden. Beabsichtigt wird, die Arbeiten baldigst in Angriff zu nehmen.

### Familiendrama in Kolonie Grunewald.

#### Mord- und Selbstmordversuch eines Kommerzienrats.

Der 48 Jahre alte Kommerzienrat Adolf Kühn in der Ilmenauer Str. 11 in der Kolonie Grunewald hat am Sonntagabend versucht, seine Frau und sich selbst durch Revolver-schüsse zu töten. Kühn ist der Leiter der Chemischen Agrikulturwerke, C. A. Kühn, Berlin-Grunewald, die sich mit der Herstellung des bekannten Bakteriendüngers „Nitragin“ beschäftigen. Am Sonntagabend gegen 7 Uhr hörten Hausangestellte aus den Wohnräumen mehrere Schüsse fallen. Sie eilten hinzu und sahen beide Ehegatten schwer verletzt am Boden liegen. Kommerzienrat Kühn hatte seine Frau durch drei Schüsse und danach sich selbst durch zwei Kopfschüsse schwer getroffen. Die beiden Verletzten wurden in das West-Sanatorium gebracht. Der Zustand der Frau Kühn hat sich trotz der gefährlichen Verletzungen gebessert, so daß man hoffen kann, sie am Leben zu erhalten. Die Vermundungen ihres Ehemannes sind jedoch so besorgniserregend, daß man an seiner Wiederherstellung zweifeln muß. Für die furchtbare Tat fehlt zunächst jede Erklärung.

### Bannerweibe der Reichsbannerkameradschaft Kreuzberg.

Die Kameradschaft Kreuzberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beging am Sonntag das Fest der Bannerweibe. Die Republikaner dieses Bezirkes hatten es sich nicht nehmen lassen, recht auffällig an diesem Tage die Reichsflagge zu zeigen. Besonders die Raunungsstraße tat sich hierbei in glänzender Weise hervor. In den Mittagstunden sammelten sich die Kameradschaften auf dem Mariannenplatz zum gemeinsamen Umzug. Die Beteiligung war sehr gut, hatten sich doch etwa 3000 bis 3500 Reichsbannerkameraden eingefunden. Mehrere Musikkapellen begleiteten den stattlichen Zug, der oft lebhaftere Ovationen auslöste. Trotz der frohen Stimmung gedachte man hierbei innerlich eines teuren Toten: Erich Schulz! Dieser Blutzunge der Republik, der am Sonnabend vor der Wahl des Reichspräsidenten sein Leben für die demokratische Idee ließ, war tatkräftiges Mitglied der Kameradschaft Kreuzberg... Auf dem Platz vor der Melancthon-Kirche wurde die Bannerweibe vorgenommen. Der Festrédner, der demokratische Landtagsabgeordnete Riedel, zeichnete die Geschichte der schwarzrotdünen Fahne. Der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert war es, der unter diesen Farben das Deutsche Reich vor dem Zerfall bewahrte. Nach Beendigung der Weibe zog der Zug, der unterstützt wurde durch zahlreiche Kameraden aus der Provinz, zum „Bock“, wo sich ein kameradschaftliches Bekannensein angeschlossen. Hier sprach noch der frühere Reichspräsidentenminister Genosse Robert Schmidt. Erste und heitere Darbietungen füllten den Nachmittag und den Abend aus. Die Kameradschaft hat am Sonntag bewiesen, daß die schwarzrotdünen Farben auch im Bezirk Kreuzberg immer zu finden sein werden.

**Bockspart Jungfernhelbe.** Das Bezirksamt Charlottenburg teilt mit: Das Schwimmbad hat den Betrieb für dieses Jahr wieder aufgenommen. Die Einrichtung ist durch den Bau zahlreicher Gerderbenzellen vervollständigt worden. — Im Gartentheater werden voraussichtlich von Pfingsten ab regelmäßig Theateraufführungen, Konzerte und sportliche Veranstaltungen dargeboten werden.

**Ueber die Anträge der Oesterreichischen Schulreform.** hält der Direktor der Oesterreichischen Bundesregierung in Wiener Reichshaus, Dr. E. Zelar, am 19. abends 7 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13, einen Vortrag. Jedermann eingeladen, Unkostenbeitrag erbeten.

**Der Botanische Garten in Berlin-Dahlem** ist am Samstagabende und am 1. und 2. Augustabende von morgens 10 Uhr bis 7 Uhr abends bei freiem Eintritt geöffnet. Die Schaugewächshäuser sind von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Kinder unter 6 Jahren haben freien Zutritt.

**Die Anträge der Oesterreichischen Schulreform** behandelt Genosse Dr. E. Zelar, Direktor der Oesterreichischen Bundes-Erziehungsanstalt in Wiener Reichshaus, am Dienstag, 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstr. 13, in öffentlicher Versammlung. Außerdem sprechen Genosse Richard Schärster über „Berliner Schulreform“ und Lehrer O. Kölling über: „Der Kampf um die Grammschule“. Jedermann eingeladen. Einberufer: Bund oesterreichischer Schulreformer.

**Wetter für Berlin und Umgegend.** Hochbarnd weiter, trocken und warm bei klarem östlichen Winden. — Für Deutschland. Im Westen stichweise Gewitterregen und im Osten weiterhin trocken.

### Ungeheurer Waldbrand.

#### Mehrere Dörfer bedroht.

Am Montag brach im Friedrichswalder Forst zwischen Aldamm und Gollnow bei Steftin, im südlichen Teil des Kreises Raugard ein Waldbrand aus, der sich infolge des starken Windes mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Der Wind trieb das Feuer eine Strecke von etwa 13 Kilometer in einer Breite



— und macht frohe Stimmung.

von etwa 8 bis 9 Kilometer vor sich her, ohne daß es bisher zum Stehen gebracht werden konnte. 3000 Morgen Kiefernwald sind bisher dem wütenden Element zum Opfer gefallen. Der Wert des Schadens ist noch gar nicht abzuschätzen. Gewaltige Mengen von Gruben- und Langholz sind dem Brande zum Opfer gefallen. Ueber die Entstehungsurache konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Nachmittags fünf Uhr hatten die Flammen bereits die Nähe des Dorfes Hornstruck an der Straße Alt-damm-Göllnow erreicht, wo man infolge der drohenden Gefahr daran ging, die Häuser zu räumen. Inzwischen waren Militärkommandos aus Alt-damm, Stettin und Stargard eingetroffen, die im Verein mit den Feuerwehren und Hilfsmannschaften der umliegenden Orte des Feuers Herr zu werden versuchten. Leider ist der Erfolg dieses Beginns infolge der riesigen Ausdehnung des Feuers und bei dem ungeheuren Umfang der Waldbestände in jener Gegend in Frage gestellt. Eine weitere Meldung besagt: In Gefahr sind auch die bereits geflohenen, viele Hunderttausende Mark Wert darstellenden Häuser, die aus dem Raupenfraßgebiet stammen. Das Feuer hat schon die Chaussee Alt-damm-Göllnow erreicht und bei Arminswalde bereits auf dem Waldesrand westlich dieser Chaussee übergegriffen. Die Chaussee ist für den Verkehr gesperrt. Dies dürfte der größte Waldbrand sein, der in Deutschland in den letzten Jahren gemeldet hat.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

**Uchtung, Kaffierer!**  
Mit dem 31. Mai d. J. verlieren die 50-Rentenmark-Scheine vom 1. November 1923 ihre Gültigkeit. Die 20-Billionen-Scheine vom 5. Februar 1924, die 10-Billionen-Scheine vom 1. Februar 1924 und die 5-Billionen-Scheine vom 15. März 1924 gelten ebenfalls nur bis zum 5. Juni d. J. — Es ist deshalb notwendig, daß sich die Kaffierer dieser Scheine rechtzeitig entledigen.

Zusätzlich wird um Einfindung der fälligen Abschlagszahlungen dringend gebeten.  
J. H. Alex Pagels

- 1. Kreis Verwalt. Betr. Kreisamt für die Arbeiterwohlfahrt und Arbeiterbildung, Mittwoch, den 20. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Hofmann, Rindenschtr. 8, Konferenz der Arbeiterwohlfahrt. Vortrag des Genossen Stadtrat Reichel.
- 2. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 3. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 4. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 5. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.

## Heute, Dienstag, den 19. Mai:

**Abendveranstaltungen** Dienstag, 8 Uhr, Reichliche Gesellschaft, Rindenschtr. 1. Vorbereitung für das Sommerfest. Band 51 der Anstalt für Arbeiterbildung. — Gruppe Tempelhof-Rindenschtr. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Rindenschtr. 10. Vortrag des Genossen Reichel. — Gruppe Tempelhof-Rindenschtr. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Rindenschtr. 10. Vortrag des Genossen Reichel. — Gruppe Tempelhof-Rindenschtr. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Tempelhof, Rindenschtr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.

## Morgen, Mittwoch, den 20. Mai:

- 1. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 2. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 3. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 4. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 5. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.

## Frauenveranstaltungen morgen, Mittwoch, den 20. Mai:

- 1. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 2. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.
- 3. Kreis Tempelhof, Rindenschtr. 10. Am Dinnelochstr. 10. Vortrag des Genossen Reichel.

## Sport.

### Bogen im Großen Schauspielhaus.

Nach dem Großen Schauspielhaus hatte am Sonntag der „Qualitätsring Bunching“ seine Anhänger zur Premiere gerufen. Der Besuch war in Anbetracht des schönen Wetters recht schwach. Die Rämpfe selbst zeigten einige gute bogensportliche Leistungen. Sämtliche Rämpfe gingen über zehn Runden, vier Unzen und harte Bändgen. Friedemann war Fabriques weit unterlegen und mußte nach zehn Runden eine Niederlage einstecken. Der Köhler Domjörgen fertigte Rauconduit in der vierten Runde ab, so daß der Kampf wegen Unfähigkeit Rauconduits, der in den ersten Runden gutes technisches Können bewies, mit der Siegerklärung für Domjörgen abgebrochen wurde. Der Revanchekampf Wiegert gegen Egrel enthielt sehr. Wiegert konnte Egrel durchaus nicht bestimmen und verpaßte oft Gelegenheiten, bei günstigen Stellungen entscheidende Schläge zu führen. Egrel war Wiegert technisch durchaus überlegen. Das Urteil, ein absolutes Fehlurteil, daß dem Sieg Wiegerts nach Punkten verkündet, wurde vom Publikum mit minutenlangem Gähnen und Pfeifen aufgenommen. Den Schlachtkampf bildete das Treffen Diener gegen Alles. Obgleich dauernd im Angriff konnte Diener keinen entscheidenden Sieg herbeiführen, sondern mußte sich mit dem wohlverdienten Punktsieg begnügen. Der Franzose war außerordentlich hart und zeigte gute Technik. Der Beifall über den Sieg Dieners war begreiflicherweise sehr groß.

**Weltmeister Diener, Groß-Frankreich, Sowjet-Deutschland und Vleemolen-Holland** sind die Teilnehmer des am Dinnelochstr. 10. Mai, nachmittags 7 Uhr, auf der Olympia-Radrennbahn zum Vortrag gelangenden Vierländerkampfes. Dies ist eine Belegung, wie sie Berlin seit Jahren nicht gesehen hat. Vor allem interessiert der erste Start Diener in Berlin. Durch die Verpflanzung des französischen Weltmeisters Grallin, des Rotaders der Olympia-Radrennbahn Samwell und des nordholländischen Händlers in die Frage der Meisterschaft auf das Beste gelöst. Die genannten vier Fahrer bestritten drei Runden über 30, 30 und 60 km. Den kleinen Vierländerkampf bestritten vier ebenfalls sehr gleichwertige Fahrer. Die Rennen begannen um 7 1/2 Uhr.

Die Vorkämpfe im Juteschuh am 22. Mai bringen folgendes Programm: Kurt Krause gegen den Franzosen Klemen, den Belgier Egrel; Richard Kauzals, der deutsche Weltmeister, gegen Europameister Vines; Erich Brandl gegen den Ex-Weltmeister Marcel Thomas und Harry Stein gegen den spanischen Weltmeister Melchior Ferrand. Schiedsrichter im Ring: Ex-Weltmeister George Carpentier.

# Arbeiter-Sport

## Das Frankfurter Stadion.

### Die Stätte der Internationalen Arbeiter-Olympiade 1925.

Im Frankfurter Stadtwald auf dem Gelände der ehemaligen Militärartillerie-Anlage geht eine öffentliche Sportanlage ihrer Vollendung entgegen, die an Ausmaß, Einrichtung und landschaftlicher Schönheit eine der hervorragendsten Stätten für Leibesübungen in Deutschland zu werden verspricht und als Festort der Internationalen Arbeiter-Olympiade im Juli ihre eigentliche Weihe erhalten soll.

Die Anlage umfaßt ein Gelände von 39 Hektar und enthält in zweckmäßiger Gliederung eine Kampfsportbahn von 2,30 Hektar Flächeninhalt, eine Spielwiese nebst Zuschauertribüne und Zuschauertribünen für turnerische Aufführungen im Flächeninhalt von 4,80 Hektar, eine Radsporthahn von 3 Hektar Fläche und eine große wasser-sportliche Anlage mit Schwimmbad, Licht- und Luftbad, Rutschschlitten, Planschbecken und Sandbädern von insgesamt 3,25 Hektar Flächeninhalt. Die einzelnen Anlagen sind auf verschiedenen Höhenlagen in vorhandene Waldbestand gartenkünstlerisch eingeordnet, so daß jede für sich ein landschaftlich geschlossenes Bild bietet und das Ganze eine ideale Vereinigung von Naturpark und Sportstätte darstellt. Ein prächtiges Bild gewährt vor allem die große Kampfsportbahn, die eine Laufbahn von 500 Meter Länge, eine Kurstrecke von 130 Meter Länge sowie Spielflächen für Wettkämpfe im Fußball, Rugby, Hockey und Schlagballspiel in den gütigen Normalgrößen, ferner die Plätze und Einrichtungen für leichtathletische Wettkämpfe usw. enthält und auf Sitz- und Stehplätze etwa 40 000 Zuschauer faßt. An der nördlichen Längsseite der Kampfsportbahn erhebt sich das 125 Meter lange Hauptgebäude, das in seinem Mittelbau zahlreiche Loggien und Zuschauerplätze, im Innern eine Reihe sportlich notwendiger Räume enthält, und dessen Mittelbau nach der Arena zu eine Festspielbühne anliegend darstellt. Die Rückfront der ganzen Gebäudeanlage, ebenfalls in Loggien und Zuschauerplätze aufgeteilt, fällt nach der großen Festwiese, deren Flächeninhalt etwa 14 000 Personen hinreichend Raum zu turnerischen Aufführungen bietet, und deren Böschungen rund 40 000 Zuschauer fassen. Auf die Festwiese mündet vom Haupteingang des Stadions her eine breite Zuschauertribüne, die eine geordnete Bewegung der größten Turmasse ermöglicht. Die wasser-sportliche und Badeanlage enthält in der Mitte einer im Zuge des Haupteingangs zum Stadion liegenden Längsachse ein 30x60 Meter großes Rutschschlittenbecken mit einer Wassertiefe von 0,70 bis 1,40 Meter und ein 22x22 Meter großes Planschbecken für Kinder, umgeben von etwa 100 Quadratmeter leicht ansteigender Fläche für Sandbäder und zwei Laubengängen im Halbrund. Die organische Verbindung beider Becken vermittelt eine große Fontäne, die zugleich der Bormärmung des Wassers durch Lufttemperatur und Sonnenschein dient. Nach Südwesten schließt sich in mittlerer Höhe die eigentliche Sport-schwimmbahn an, ein Becken von 188x22 Meter, das außer der eigentlichen Schwimmbahn ein tiefes Sprungbecken enthält und mit Unterwasserbeleuchtung ausgestattet wird.

Die Zuschauertribüne der Schwimmbahn, für etwa 6000 Personen berechnet, führt dann hinauf zur Höhenlage des äußeren Umganges der Radrennbahn, die in Ellipsenform als 400 Meter lange und 10 Meter breite Rutschbahn und Steherbahn gebaut wird. Ein fünf Meter breiter Tunnel vermittelt von der Auffahrstraße den Zugang zur Innenfläche der Rennbahn, die außerhalb der Rennbahn für Radspiel oder sonstige Aufführungen benutzt werden kann. Treppen und Dämme der Radsporthahn werden etwa 27 000 Zuschauer fassen.

Entsprechend der auf Massenveranstaltungen und Massenbesuch berechneten Anlage des Stadions ist auch der Schaffung der notwendigen Zufahrts- und Abgangsstraßen besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Straßenbahn verkehrt bis zum Haupteingang des Stadions, wo Schienenanlagen für die Aufstellung einer großen Zahl von Straßenbahnzügen hergestellt werden. Der Zugang- und Abgangsverkehr erfolgt für Autos und Wagen, Radfahrer und Fußgänger getrennt auf entsprechend ausgestatteten Straßen und Wegen, ebenso wird von den nahegelegenen Eisenbahnstationen der Verkehr in besonderen Straßenanlagen nach und vom Stadion geleitet werden.

Die Internationale Arbeiter-Olympiade findet danach in Frankfurt a. M. eine neuzeitliche Sportanlage, die weitgehenden Ansprüchen gerecht zu werden vermag.

## Anbuden in Charlottenburg.

Am Sonntag veranstalteten die freien Schwimmer Charlottenburgs ihr Anbuden im herrlich gelegenen Volkshaus Jungfernheide. Unter klarem blauen Aether und von der lachenden Sonne begrüßt, versammelten sie sich um 1 Uhr nachmittags am Lützenplatz. Zu gleicher Zeit und am gleichen Ort versammelten sich zum Familienausflug die freien Turner Charlottenburgs. Unter Musik ging um 1/2 Uhr der Abmarsch zur Jungfernheide vonstatten. Nach Ankomst im Volkshaus Jungfernheide nahmen sämtliche Schwimmer Aufstellung am Strande. Nach dem Gesang des alten Schwimmerliedes nahm der Vorsitzende das Wort. Legebant seine Ausführungen war der Wunsch, es möge sich die Erkenntnis Bahn brechen bis zur kleinsten Arbeiterhütte, daß jeder in Kapitalisten scheidende im eigenen und im Interesse der Arbeiterklasse sich durch sportliche Betätigung gesund erhalten muß. Denn nur in einem gesunden Körper wohnt ein gelinder Geist. Nach abermaligem Gesang vollzog sich der Aufmarsch zur Laufbrücke und nach dem Signal des technischen Leiters stürzten sich weit über 100 der besten Schwimmer beiderlei Geschlechts in die erfrischenden Fluten. Die ernste und erfolgreiche Arbeit aller Funktionäre zeigte hierbei ihre Früchte. Ganz wenige suchten das flache Wasser für Nichtschwimmer auf. Im Wasser wurde dann ein kräftiges Hoch auf den Arbeiter-Turn- und Sportbund und den Verein ausgebracht. Bis zum Dunkelwerden blieb alt und jung zusammen und gemeinsam ging's dann den engen Mauern der Stadt zu. Alles in allem, ein wohlgeplanter Sonntag. Jeder Arbeiter, die neben der Pflege der Kameradschaft und Gefelligkeit körperliche Erfrischung sucht, sei uns willkommen. Badebecken für den Verein sind Montag und Donnerstag von 5 bis 8 Uhr. Sammel-

punkt an den Vereinsstellen, dort Aufnahme neuer Mitglieder und Auskunft. Zuschriften werden an den Vorsitzenden Karl Schulze, Charlottenburg, Dandelmännstraße 18, erbeten.

## Olympia-Auswahlkämpfe der Schwimmer.

Am 7. Juni bringt die Schwimmerpartei des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund Kreisverbandsauswahlkämpfe zur Durchführung. Die olympischen Auswahlkämpfe erstrecken sich a) für Männer: Freistil 100, 400, 1500 Meter, im Brustschwimmen über 100, 200, 400 Meter, Seitenschwimmen 100 Meter, Rückenschwimmen 100 Meter, Kunstsprünge und Turmsprünge; b) Frauen: Freistil 100 Meter, Brustschwimmen 100, 200 Meter, Rückenschwimmen 100 Meter, Kunstsprünge, Turmsprünge; c) Wasserballspiel: a) Männer: 2x7 Männer 2x7 Minuten; b) Frauen: 2x7 Frauen 2x5 Minuten (Spießberechtigt sind nur die Kreisbesten Mannschaften). Die Auswahlkämpfe sind offen für die Mitglieder aller Organisationen, die der Zentralkommission für Arbeiter-Turn- und Körperpflege angeschlossen sind und im Ostdeutschen Verband 1. Kreis (Berlin-Brandenburg), 12. Kreis (Ost- und Westpreußen), 15. Kreis (Pommern) und 16. Kreis (Pfort-Bauhin) ihren Sitz haben. Meldungen müssen bis zum 20. Mai an den Kreiswiderwart M. Eckert, Berlin, Beuelstr. 15, gelangen. Die jeweils 12 Besten haben die Berechtigung, an den Reichsauswahlkämpfen am 4. und 5. Juli teilzunehmen. Soweit heute bereits Meldungen vorliegen, ist zu ersehen, daß auf der herrlich angelegten Schwimm- und Sprunganlage des Wasser-sportplatzes Pflanzensee sich einwandfreie und spannungreiche Kämpfe der Arbeiterschwimmer abwickeln werden. Die Anlage selbst untersteht dem Bezirksamt Wedding und wird den hierzu notwendigen Anforderungen in jeder Beziehung gerecht. Für die Unterbringung der Zuschauer ist, da man mit einer großen Beteiligung der gesamten Arbeiterpartei rechnet, in weitestem Maße Sorge getragen. Eintrittskarten sind schon heute an der Kasse des Wasser-sportplatzes sowie bei allen Vereinsfunktionären zu haben.

## Kanusport.

Die Vorgänge auf dem Wasser, hervorgerufen durch die Fahrweise nationalstiller Ruderer, mülten den Arbeiter-Kanusportler Veranlassung geben, sich noch fester als bisher in ihren Kanuvereinen zu organisieren. Es ist nicht einmal, sogar des öfteren vorgekommen, daß Paddler, die ein bestimmtes Abzeichen am Boot nicht führten, von den feudalen Rudervereinen als Fremde betrachtet, gerammt oder sonstwie beschädigt und so in Lebensgefahr gebracht wurden. Es wurde dann behauptet, sie befänden sich im „Training“ oder im „Wettkampf“ mit einem anderen Boot. Wettkämpfe dürfen nur an den dazu bestimmten Plätzen ausgetragen werden. Die Arbeiter-Kanufahrer lehnen den friedlichen Wettkampf innerhalb ihrer Reihen nicht ab; um so mehr aber das Jagen nach Wert- und logenannten Ehrenpreisen. Ihr hauptsächlichstes Bestreben geht dahin, den nach schwerer Arbeit in Bureau und Werkstatt gequälten Körper in Luft, Licht und Sonne zu erfrischen und sich an der gerade jetzt ihre ganze Schönheit entfaltenden Natur auf froher Wanderschaft zu erfreuen. Nachstehend aufgeführte Vereine, die über eigene Bootshäuser verfügen, nehmen jederzeit noch Mitglieder auf: Freie Kanufahrer Berlin e. V., Bootshaus an der Dahme und Gruppe Teget-Heiligenkreuz, Gesellschaft: Fritz Polke, Berlin SO 26, Oranienstr. 35; Pflanzenseer Ruderclub, Bootshaus an der Unterhavel, Vereinsanschrift: F. Tähler, Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 60; Kanuabteilung der freien Schwimmer Charlottenburg, Bootshaus an der Unterhavel, Vereinsanschrift: M. Rohloff, Charlottenburg, Rehringstr. 4a.

Der Turn- und Sportverein Fichte hatte am 14. Mai in seiner Generalversammlung die Gelegenheit, über eine von Anhängern der Luzerner Sport-Internationale eingebrachte Resolution abzustimmen. Diese Resolution verurteilt die einseitige Schreibweise des „Nichts-Mittelungsblattes“, besonders zur Reichspräsidentenwahl und forderte die Ablegung des Schriftleiters, um nicht die Jugendigkeit zum Arbeiter-Turn- und Sportbund zu gefährden. Der streng sachliche Begründung der Resolution und dem durch nichts zu erschütternden Beweismaterial des stenographischen Protokolls der Einigungsverhandlungen in Leipzig hatte die Versammlung nur den üblichen Stand entgegenzusetzen, wobei man nicht vor den gemeinsten Beschimpfungen zurückschreckte. Durch die mündliche Berichterstattung des Vorsitzenden wurde der Beweis erbracht, daß die Mitglieder durch das Mittelungsblatt vollständig unzureichend und irreführend über die Kreisvertreterkonferenz in Leipzig unterrichtet worden sind. Selbst der Nachweis, daß die Aufforderung, Thälmann zu wählen, mit den in Leipzig gegebenen Verpflichtungen im Widerspruch steht und als glatter Wortbruch zu bezeichnen ist, vermochte keinen Eindruck zu erzielen. Eine lehrreiche Erklärung des verantwortlichen Schriftleiters genügt den „kritischen“ Fichtenern, die Resolution abzulehnen. Damit hat der Turnverein Fichte seine rein kommunistische Einstellung erneut bewiesen. Wie der Verein mit dem Bunde fertig wird, soll nicht unsere Sache sein, aber von uns wird man nicht verlangen können, ihn durch Veröffentlichung seiner Veranstaltungen zu unterstützen.

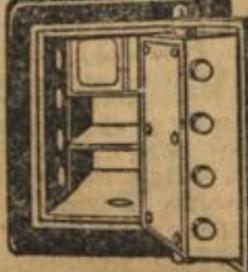
## Kartell-Verband für Sport und Körperpflege Groß-Berlin.

Von dem Vorsitzenden des Kartell-Verbandes für Sport und Körperpflege, Robert Dehlschläger, werden wir um die Aufnahme des folgenden erludt:

„Wie im vorigen Jahre, so wird auch jetzt wieder von den Ortsvereinen und anderen mehr oder weniger amtlichen Stellen versucht, die Vereine des Kartellverbandes zu veranlassen, gemeinschaftlich mit den Vereinen des „Reichsverbandes für Leibesübungen“ die „Berliner Turn- und Sport-Wache“ zu begeben. Wir stehen davon, daß vom 1. bis 31. Juni die Verbände für unsere Arbeiter-Sportbewegung in allen Reichsteilen aufstellt, ist es allen den 20. angeschlossenen Vereinen unterstellt, laut Beschlüssen der Zentralorganisationen, auch beidseitige Verhandlungen, mit hiesigen Vereinen gemeinschaftlich zu beenden. Wir machen Herrn Oberbürgermeister Dehlschläger, wie auch im Vorjahr, den Vorschlag: Die hiesigen hiesigen „Berliner Turn- und Sport-Wache“ wird, unter Mitwirkung der hiesigen in Frage kommenden hiesigen Stellen, getrennt von den hiesigen Vereinen, eine Wache mit hiesigen und die hiesige Wache mit den Arbeiter-Sportvereinen vereinigt. Sollten im kommenden Bezirk schon Arbeiter-Sportvereine vereinigt sein, unter Einwirkung obigen Beschlusses, so sind diese ungenügend einzustellen. Wir bitten hier in Berlin auf keinen Fall über die Beschlüsse unserer Zentralorganisationen hinwegzugehen. Vereine, die dem zum Beistehen, werden mit Ausschluß bestraft.“

# Qualität ist maßgebend

beim Kauf von Geldschranken, Tresoren, Wertgelassen jeder Art



## S. J. ARNHEIM

BERLIN N. 20  
BADSTR. 40/41

GEGR. 1833

GEGR. 1833

TELEFON: HANSA 35 45 345 1400



Die außenpolitische Debatte.

Rede des Reichsaußenministers Stresemann. — Handelsverträge, Räumungsfrage, Sicherheitspakt, Völkerbund.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Das Grubenunglück von Dorfeld.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten und gedenkt des furchtbaren Grubenunglücks bei Dorfeld, dem wieder 40 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind.

Abg. Neubauer (Komm.) verlangt die sofortige Behandlung einer Interpellation, in der schwere Vorwürfe gegen die Zehnderverwaltung erhoben werden und ihnen die alleinige Schuld an solchen Unglücksfällen zugeschoben wird.

Gegen die sofortige Behandlung der kommunistischen Anträge wird Widerspruch erhoben.

Die außenpolitische Debatte.

Das Haus tritt dann in die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans beim Auswärtigen Amt und bei der Reichskanzlei ein.

Abg. Dr. Hoetsch (Dnat.) berichtet über die Ausfuhrverhandlungen. Ein weiterer Abbau und weitere Zusammenfassungen unserer auswärtigen Vertretungen seien nicht mehr möglich.

Abg. Laubadel (Soz.) berichtet über die Ausfuhrberatungen bezüglich der Reichskanzlei.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Mit dem Haushaltsplan für 1923 haben wir neue Wege eingeschlagen. Ich habe mich in voller Übereinstimmung mit dem Haushaltsausschuß befunden, als ich erklärte, daß der Abbau des auswärtigen Dienstes nicht nur endgültig beendet sei, sondern unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen uns zum Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen.

Wir haben aber den Willen zum Sparen. Nachdem wir bereits im Vorjahre einen Abbau allein in der Zentralbehörde um nicht weniger als 26 Proz. durchgeführt haben, sind wir jetzt im Begriff, durch Schaffung einer zweckmäßigeren Organisation und einer wesentlichen Vereinfachung des technischen Dienstes eine weitere Ersparnis von etwa 100 Angestellten herbeizuführen.

Wenn wir aber in der Zentralbehörde eine so durchgreifende Sparmaßnahme durchführen, so kann ich um so weniger den gleichen Weg noch länger im Auslande verfolgen. Unser Auslandsdienst bleibt gegenwärtig noch weit hinter der Zahl der Auslandsvertretungen zurück, welche wir vor dem Kriege unterhielten.

Insbesondere sind die Interessen der deutschen Wirtschaft im Auslande noch völlig unzureichend berücksichtigt, was Sie ohne weiteres daraus erkennen, daß wir heute noch nicht die Hälfte der Vorkriegskonjunktur wiedererreicht haben.

Bevor ich auf die Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen Ländern eingehe, möchte ich mit einigen Worten der Lage des Auslandsdeutschums gedenken. Langsam und in schwerster Arbeit nur gelingt es dem deutschen Kaufmann, dem deutschen Techniker und allen den anderen Landesteilen, die sich draußen in der Welt als Pioniere des Deutschtums niedergelassen haben, sich von den schweren Schlägen zu erholen, die sie im Kriege und in der Nachkriegszeit trafen.

Mit innigster Teilnahme endlich verfolgen wir das Schicksal jener vielen Millionen Volksgenossen, die zwar durch die Bande des Blutes und der gemeinsamen Kultur mit uns unzertrennlich verbunden sind, die aber als Angehörige eines fremden Staates leben müssen, sei es als Folge einer langsamen historischen Entwicklung, sei es als Folge der Verträge von 1919. Die Regierung hat sich im August 1924 mit allen Kräften dafür eingesetzt, das Londoner Schutzprotokoll mit dem damit zusammenhängenden Gesetz zur Annahme zu bringen.

Auch diejenigen, die damals schwere soziale Bedenken gegen den Dawes-Plan vorgebracht haben, werden darüber keinen Zweifel hegen können, daß wir ohne dieses Ergebnis kaum eine sicher fundierte Währung besäßen und noch heute in gleicher Weise wie jahrelang vorher im Reich um unseren inneren Zusammenhalt und unsere Existenz ringen müßten.

Gegenüber völlig falschen Darlegungen möchte ich feststellen, daß auch der Herr Reichsfinanzminister in völliger Übereinstimmung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Durchführung des Dawes-Planes steht. Wir haben bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten. Die deutschen Zahlungen haben nach unserer Auffassung nichts mit den Fragen der Gerechtigkeit und Schuld zu tun. Sie sind die Last, die der Sieger kraft seiner Uebermacht dem Besiegten aufgezwingen hat.

Wir werden den Dawes-Plan in derselben Weise wie bisher auch in Zukunft durchführen. Parlamentarische Mehrheiten im Reichstag und die Zusammenlegung der Reichsregierung mögen wechseln, ich kann mir aber keine Konstellation vorstellen, die von dieser Richtlinie unserer Politik jemals abweichen könnte.

Ich vernehme mich gegen die in der deutschen Presse hier und da vertretene Auffassung, als wenn die Räumung des Ruhrgebietes und des Sanctionsgebietes zu dem in den Londoner Vereinbarungen festgelegten letzten Termin des 16. August irgendwie gefährdet sein könnte. Ich darf bemerken, daß der französische Ministerpräsident nach Beginn der Schwierigkeiten über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone spontan zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verpflichtung der französischen Regierung zur Räumung dieser Zone in keiner Weise durch diese Differenzen berührt werden könnte.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland ist eingeleitet worden durch den Vertrag von Rapallo. In der durch ihn geschaffenen Grundlage haben beide Länder seither als an einer selbstverständlichen Notwendigkeit festgehalten.

Wenn ich zu den uns benachbarten Ländern übergehe, gedenke ich zunächst Oesterreichs. Wie ich noch kürzlich anlässlich der Vorlage des Zusatzvertrages zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen an dieser Stelle ausgeführt habe, ist und bleibt Verstoß unserer Politik gegenüber Oesterreich, alles zu tun, um im Rahmen der bestehenden Verträge unsere Beziehungen zu dem benachbarten deutschen Brudervolk so eng wie möglich zu gestalten.

Daß die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich über die Aufhebung des Visazwanges und der damit verbundenen Gebühren nicht zu einem Erfolg geführt haben, bedauern wir außerordentlich.

Für die weitere Entwicklung unseres politischen Verhältnisses zu Italien wird hoffentlich der Geist der Verständigung vorbildlich sein, der bei den im einzelnen noch später zu erörternden Handelsvertragsverhandlungen beiderseits gezeigt worden ist.

Die Beziehungen des Reiches zur Tschechoslowakischen Republik charakterisieren sich durch ihre gleichmäßige Beständigkeit. Mit der Schweiz, den Niederlanden und mit Ungarn sind unsere Beziehungen un verändert gut und eingebaut durch traditionelles Vertrauen.

Handelsverträge.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit einer Reihe von Ländern sind bereits abgeschlossen. Mit mehreren Ländern sind sie im Gange, mit anderen Ländern sind Vorgespräche für den demnächstigen Beginn solcher Verhandlungen eingeleitet. In vielfacher Beziehung sind die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit weitgehend verschoben. Alle diese Verschiebungen erfordern eine

sehr eingehende und sorgfältige Prüfung der neuen Lage.

und so sehr es im Interesse der produzierenden Erwerbszweige erwünscht wäre, bald zu einer endgültigen vertraglichen Regelung auf lange Zeit zu kommen, legen die gegenwärtigen Verhältnisse doch nahe, ein gewisses provisorisches Versuchs stadium mit in Kauf zu nehmen, zumal die Unstabilität der Währungen in einigen anderen Ländern als weiterer Faktor der Unsicherheit dazu kommt. Es ist daher unermesslich, daß die Abmachungen zum Teil einen etwas provisorischen Charakter tragen.

Wir haben als Hauptplakatum bei den Handelsvertragsverhandlungen die Kaufkraft eines Sechzigmillionen vollen in die Waagschale zu werfen. Wenn ich die Bedeutung Deutschlands als zweitgrößtes Konsumgebiet der Welt hervorhebe, so tue ich das, um sogleich hinzuzufügen, daß wir bereit sind, allen Ländern den wirtschaftlichen Zutritt zu diesem Gebiet und die großen Verdienstmöglichkeiten dieses Marktes zu öffnen, wenn sie ihre Märkte in der gleichen lokalen Weise Deutschlands Kaufleuten und Erzeugnissen öffnen. Zwei Gesichtspunkte sind dabei für uns geltend: Gleichberechtigung und Meistbegünstigung. Daß wir bei solchen Verhandlungen auf die Interessen der eigenen Produktion und des heimischen Marktes sorgfältig Rücksicht nehmen, ist eine auch vom Handelsvertragsgegner zu achtende Selbstverständlichkeit.

Dem Reichstag geht in diesen Tagen die langermartete und schon viel erörterte

Zolltarifnovelle

zu. Wenn die Reichsregierung davon abgesehen hat, von dem Reichstag eine erneute Ermächtigung zu erbitten, so ist es geschehen, weil grundtätliche Bedenken gegen eine Ermächtigung geltend gemacht worden sind. Aber ich möchte wünschen, daß der Reichstag sich mit dem Wunsche der Reichsregierung vereint, die Novelle so bald als irgend möglich zu verabschieden. Wenn die Gründlichkeit Ihrer Beratungen der Wichtigkeit des Gegenstandes natürlich auch entsprechen muß, so bitte ich, dabei doch nicht zu übersehen, daß das Parlament sich in kurzer Zeit bei der großen Zolltarifnovelle mit den gleichen Fragen in einer viel größeren Tragweite wird zu befassen haben. Es ist unbedingt nötig, daß den deutschen Unternehmern das notwendige Rüstzeug für die bevorstehenden und die noch bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit der größten Beschleunigung in die Hand gegeben wird. Eine weitere Verzögerung würde wahrscheinlich mit nicht vermeidlichen Zugeständnissen oder Verzichten bei den Verhandlungen erkauft werden müssen, ja sogar den Abschluß von vorläufigen oder endgültigen Handelsverträgen mit wichtigen Ländern in Frage stellen.

Die Sie aus der Ihnen vorgelegten Novelle erkennen werden, bestehen die Vorschläge der Reichsregierung zum Teil in der teilweisen oder gänzlichen Wiederherstellung der während des Krieges außer Kraft gesetzten Zollsätze. Die Reichsregierung hat sich bei ihren Vorschlägen im allgemeinen eng an die Ratschläge des Reichswirtschaftsrates gehalten, und sich dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß ein Land in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sich von prohibitiven zollenden Zöllen freihalten muß. Die Ihnen vorgeschlagenen aufzunehmenden Sätze sind nichts Unabänderliches; wir lehnen es nicht ab, den interessierten Ländern im Vertragswege weitgehende Konzessionen innerhalb der uns durch die Lebensbedürfnisse unserer Wirtschaft gezogenen Grenzen zu machen, wenn wir bei ihnen das gleiche Entgegenkommen finden.

Wenn wir somit einerseits zu einem unseren Produktionsverhältnissen Rechnung tragenden möglichen Zollsystem einschreiten sind, so dürfen wir andererseits nicht übersehen, mit welchen schweren Lasten unsere Wirtschaft gegenüber der des Auslandes belegt ist. Diese Belastungen haben die Weltbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt stark behindert. Während nach einer unlängst veröffentlichten Statistik die Ausfuhr aller Länder im Weltdurchschnitt auf achtzig Prozent der Vorkriegszeit stand, betrug die deutsche Ausfuhr nur etwa vierzig Prozent der Vorkriegszeit.

Wir haben mit den Vereinigten Staaten von Amerika am 8. Dezember 1923 einen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag abgeschlossen, der auf dem Grundsatze uneingeschränkter, gegenseitiger Meistbegünstigung beruht. Der Vertrag hat in den Vereinigten Staaten von Amerika die parlamentarische Genehmigung bereits gefunden, allerdings mit einem Vorbehalt, der sich auf die Gleichstellung der Schifffahrt des anderen Teils mit der heimischen Schifffahrt bezieht. Die Reichsregierung wird den amerikanischen Vertrag nunmehr in Kürze auch dem deutschen Parlament vorlegen und ihm die Annahme empfehlen.

Ein Handelsvertrag ist ferner abgeschlossen worden mit England und zwar am 2. Dezember 1924. Auch dieser Vertrag gründet sich auf dem Grundsatze der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung. Er wird dem Reichstag und dem Reichstag in kurzem vorgelegt werden. Bei den Verhandlungen mit England hat die sechsundzwanzigprozentige Reparationsabgabe insofern eine wichtige Rolle gespielt, als das bisherige Erhebungsverfahren eine Differenzierung der deutschen Waren auf dem englischen Markt zur Folge hatte, mit dem vertragsmäßig gesicherten Grundsatze der Meistbegünstigung daher im Widerspruch stand. Wir glauben, in den sehr schwierigen, aber im Geiste beiderseitigen Verständigungswillens geführten Verhandlungen darüber einen Ausweg gefunden zu haben, der einerseits jede

derartige Differenzierung der deutschen Waren auf dem englischen Markt beseitigt, andererseits aber auch England im vollen Genusse seiner im Londoner Schutzprotokoll begründeten Reparationsansprüche beläßt.

Ein weiteres Handelsabkommen ist unterzeichnet worden mit Belgien. Auch diesem Abkommen liegt der Grundsatze der gegenseitigen Meistbegünstigung zugrunde. Belgien hat allerdings geglaubt, von diesem Grundsatze auf einem Gebiete, nämlich auf dem Gebiete der Zollsätze für eine Uebergangszeit von sechs und zwölf Monaten gewisse Ausnahmen machen zu müssen. Das Abkommen wird den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt, sobald die Zolltarifnovelle genehmigt ist.

Mit Griechenland haben schon vor einem Jahre Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden. Die Verhandlungen sind vor wenigen Tagen mit dem Erfolge abgeschlossen worden, daß uns Griechenland nunmehr die volle Meistbegünstigung zugestanden hat.

Auch mit Estland und Guatemala sind Wirtschaftsabkommen geschlossen worden. Die Verträge werden dem Reichstag in absehbarer Zeit zugehen. — Der Vertrag mit Nicaragua hat die Zustimmung des Reichstages beinahe bereits gefunden.

Der Weg zu einem definitiven Handelsvertrag mit Spanien kann nur über den Weg der Annahme des gegenseitigen Vertrages gehen. Diese Annahme allein bietet die Möglichkeit, in einem absehbaren, für den deutschen Weinstock erscheidenden kurzen Zeitraum zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Lage zu kommen. Eine Ablehnung des Vertrages würde dagegen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen und der Trübung der Beziehungen zu dem großherzigen spanischen Volke, das uns auch in schwerer Zeit nicht nur Neutralität, sondern Freundschaft bewahrt hat, vor allem den Nachteil haben, daß Deutschlands Kredit für die Führung von Handelsvertragsverhandlungen nicht nur in Spanien, sondern auch in anderen Ländern stark erschüttert werden würde. Ich kann deshalb auch im Interesse unserer gesamten außenpolitischen Beziehungen nur dringend bitten, daß die Zustimmung der Mehrheit dieses hohen Hauses zu diesem Vertrage alsbald erfolgen wird.

Ich komme nun zu den zurzeit schwebenden Handelsvertragsverhandlungen.

Am meisten sind die Verhandlungen mit Italien fortgeschritten. Am 10. Januar ist mit Italien in einem Notenwechsel festgestellt worden, daß für die endgültige Regelung der Handelsbeziehungen von beiden Seiten der Grundsatze der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung gilt. Die Verhandlungen mit Frankreich dauern bereits über sieben Monate, ohne daß dabei eine wenigstens provisorische Regelung erzielt werden konnte. Die Reichsregierung hätte es begrüßt, wenn auf der Basis der uneingeschränkten beiderseitigen Meistbegünstigung die Handelsbeziehungen mit Frankreich ebenfalls schnell in Gang gekommen wären, wie mit den Vereinigten Staaten, England, Italien und Belgien. Frankreich hat gegen diesen Grundsatze aber entschiedene Einwendungen erhoben. Immerhin ist es in den überaus langwierigen Verhandlungen von Oktober 1924 bis Februar 1925 wenigstens gelungen, gewisse allgemeine Grundzüge festzulegen, deren praktische Ausfüllung dem Gegenstand der gegenwärtigen und zukünftigen Verhandlungen bilden. Für später hat Frankreich den Grundsatze der Meistbegünstigung, wenn auch entsprechend der Lage seiner Gesetzgebung nicht de jure, so doch de facto angenommen. Für die nächsten neun Monate hat Frankreich allerdings ein etwas kompliziertes und für den Warenaustausch nicht sehr förderliches System von Differenzierungen vorge schlagen. Bei Handelsvertragsverhandlungen kommt es aber schließlich nicht so sehr auf Grundsatze, sondern wie bei jedem Handelsgeschäfte, auf die Gleichheit der Leistung und Gegenleistung an. So haben wir uns schließlich auf dieses System der gegenseitigen Differenzierung während einer Uebergangszeit eingelassen, nachdem mit absoluter Klarheit festgestellt war, daß das Ausmaß der gegenseitigen Zugeständnisse und Differenzierung sich die Wage halten müsse.

Besondere Schwierigkeiten bieten die Verhandlungen mit Rußland, da hier die Lösung für ein völlig neues Problem auf handelspolitischem Gebiet gefunden werden muß. Die Lösung des Problems wie die Handelsbeziehungen zwischen dem Lande mit Wirtschaft und Handelsfreiheit und einem Lande, in dem Wirtschaft und Innere und Außenhandel monopolistisch in den Händen des Staates sind, vertraglich festgelegt werden können. In wichtigen wirtschaftlichen Fragen konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die Verhandlungen darüber werden in diesen Tagen wieder aufgenommen.

Bei den Verhandlungen mit Japan ist eine weitgehende Einigung auf dem Boden der Meistbegünstigung bereits erzielt. Offen ist in der Hauptsache nur noch die Frage der deutschen Warenzölle nach Japan. Japan hat ein Farbeneinfuhrverbot erlassen, das sich in der Anwendung ausschließlich gegen Deutschland richtet.

Mit der Schweiz ist vor einiger Zeit ein Abkommen geschlossen worden, das in der Hauptsache die Handhabung der beiderseitigen Einfuhrverbote regelt. Ich begrüße es, daß das damalige Abkommen vor einigen Tagen erweitert und die beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen weiter abgebaut werden konnten.

Auch mit Schweden finden zurzeit Besprechungen über eine entgegenkommende Handhabung der Einfuhrverbote statt. Mit anderen Ländern sind Vorgespräche über die Regelung der Handelsbeziehungen im Gange. Ich nenne dabei, ohne vollständig sein zu wollen, nur die Türkei, Bosnien, Finnland und Estland. Außerdem schweben noch Verhandlungen mit Polen. Da die Haltung Polens den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages sehr schwierig macht, läßt sich der Ausweg der Verhandlungen noch nicht übersehen.

Räumungsfrage — Sicherheitsfrage — Völkerbund.

Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar von den alliierten Truppen nicht geräumt worden und ist noch heute besetzt. Bei dem Räumungskonflikt geht der Streit letzten Endes nicht um die Erfüllung oder Nichterfüllung einzelner Vertragsparagrafen, sondern um die Frage, ob es möglich ist, einem Kulturreich von 60 Millionen auf die Dauer Achtung und Gleichberechtigung zu versagen.

Unsere Nachrichten zufolge steht jetzt der Eingang der Note bevor, worin die alliierten Regierungen uns endlich die Gründe mitteilen wollen, die sie für die Nichträumung der Kölner Zone anführen zu können glauben. Man hat die Welt im Dezember wissen lassen, daß die Verfehlungen Deutschlands ja handgreiflich seien, daß schon vor Beendigung der militärischen Generalinspektion feststände, daß die Alliierten infolge dieser Verfehlungen die nördliche Zone nicht räumen könnten. Seitdem sind fünf Monate vergangen, ohne daß



die Alliierten bisher in der Lage gewesen wären, diese Note soweit zu formulieren, daß sie einrichtungsfähig wäre.

Wir kennen die Note nicht und stehen ihr deshalb in völliger Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber. Wollen die Alliierten lediglich die Erfüllung vertragsmäßiger Forderungen, dann wird die endgültige Vereingung der Entwaffnungsfrage nur noch die Beilegung bestehender Meinungsverschiedenheiten über die Vertragsauslegung sein. Deutschland hat die ungeheure Last, im Jahre 1919 wahrscheinlich nicht von vielen Menschen für durchführbar gehaltene Abrüstung bewährt. Den heute noch offenen Fragen kann lediglich die Bedeutung von Restpunkten zukommen, die bei lokaler Verständigungsberedtheit ein nemenswertes Hindernis nicht darzustellen brauchen. Leider sind auch im Inland bis in die jüngste Zeit hinein und bisweilen in einer Form, die wie eine öffentliche Anklage klingt, Beschuldigungen gegen die Reichsregierung erhoben worden, die einen völlig falschen Eindruck erwecken. Sie sind vielfach nicht das Zeichen eines christlichen Pazifismus, sondern das Zeichen einer geradezu psychopathischen Auffassung der Dinge. Glauben Sie nicht, daß ich, wenn ich die rein sachlichen Schwierigkeiten der noch offenen Entwaffnungsfragen als nicht unüberwindlich einschätze, dabei die außerordentliche seelische Belastung verkenne, welche die Entwaffnungsbestimmungen, auch ganz abgesehen von der ganzen Art und Weise des Vorgehens der Alliierten, dem deutschen Volke auferlegen.

Man hat uns auf eine seelische Folter gespannt, indem man die Aufhebung der Besatzung der nördlichen Rheinlande mit der Durchführung der Entwaffnung in Verbindung gebracht hat.

Wenn man glaubt, uns dadurch jeder Forderung gegenüber gefügig zu machen, so irtet man sich.

Wir wissen, daß das besetzte Rheinland unerhörtes ausgehalten hat und daß es in seiner Treue zu Deutschland dadurch nicht wankend geworden ist. Es wird auch Verständnis dafür haben, daß wir alles tun, um die Räumung sicherzustellen, aber nicht unseren eigenen Willen und unsere eigene Auffassung gegenüber dem, was uns zugemutet wird, a priori preisgeben.

Der von uns mit Bestimmtheit erwartete baldige Abschluß der Entwaffnungsfrage sollte aber nach meiner Ansicht nicht nur die sofortige Räumung der Kölner Zone zur Folge haben, sondern auch noch zu einem weiteren Ergebnis führen. Die einseitige Abrüstung Deutschlands ist nach dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages nicht ein Endzweck, sondern nur eine Vorleistung für die allgemeine Abrüstung.

Die übrigen Mächte werden zu einem Anspruch auf Belassung des gegenwärtigen Rüstungsstandes in Deutschland nur dann berechtigt sein, wenn sie das Problem der allgemeinen Abrüstung tatsächlich auslösen.

In dieser Richtung haben sie bisher so gut wie nichts getan.

### Sicherheitsproblem.

Angesichts des gegenwärtigen Standes der Rüstungsverhältnisse in Europa ist Deutschland als militärischer Faktor völlig ausgeschlossen. Wir können deshalb auch das Bestehen eines Sicherheitsproblems in dem Sinne, als ob andere Länder ein berechtigtes Bedürfnis nach Schutz gegen deutsche Uebergriffe hätten, unmöglich anerkennen. Ganz im Gegenteil kann Deutschland, das völlig entwaffnet stark gerüstet und durch militärische Bündnisse gesicherten Nachbarn gegenüber steht, mit Recht die Forderung auf den Schutz seiner Grenzen erheben.

Es ist bekannt, daß es der französischen Militärpartei im Frühjahr 1919 in Versailles nicht gelang, ihre Forderung nach Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein durchzusetzen. England und Amerika haben dieses ungeheuerliche Verlangen abgelehnt, haben aber damals die Zustimmung Frankreichs zu der in dem Versailler Vertrag aufgenommenen Regelung der Rheinlandfrage nur dadurch erreicht, daß beide Länder als Ergänzung dieser Regelung für eine gewisse Uebergangszeit einen besonderen Garantievertrag in Aussicht stellten. Diese Garantieverträge sind nicht perfekt geworden. In der großen Parlamentsrede hat der frühere Ministerpräsident Herriot Ende Januar bei der Erörterung der Räumungsfrage nicht die Entwaffnungsfrage als solche, sondern die mit dem Fortfall der Garantieverträge begründete allgemeine Sicherheitsforderung Frankreichs als das ausschlaggebende Moment hingestellt. Seit dem Herbst v. J. stand somit die Sicherheitsfrage überall im Mittelpunkt der politischen Ueberlegungen, wenn das in den öffentlichen Auslassungen der Regierungen auch zunächst nicht zum Ausdruck kam. Die entscheidende Frage, die überhaupt das Kernproblem unserer Beziehungen zu den Alliierten bildet, liegt darin, ob die Sicherheitsfrage unter den alliierten Westmächten allein oder unter Mitbeteiligung Deutschlands zu lösen ist. Der Standpunkt der deutschen Reichsregierung zu dieser Frage wird von dem Gesichtspunkt bestimmt,

daß eine Lösung dieser Frage ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland wäre.

Eine solche Lösung kann dem europäischen Frieden nicht dienen und muß Deutschland auf das Schwerste bedrohen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, dem labilen Zustand unserer Westgrenze durch eine klare Regelung ein Ende zu machen. Daher konnte die Reichsregierung, wie der Herr Reichskanzler wiederholt in Erklärungen ausgeführt hat, sich positiver Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage nicht verweigern. Sie konnte dabei an frühere Entschlüsse anknüpfen. Ich erinnere an den Vorschlag, den im Dezember 1922 der damalige Reichskanzler Cuno gemacht hat, und der dahin ging, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten verpflichten sollten, für ein Menschenalter ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmungen keinen Krieg gegeneinander zu führen. Bei der Erörterung dieses Vorschlags in der Öffentlichkeit hat die damalige Reichsregierung zu erkennen gegeben, daß sie bereit sein würde, sowohl die zeitliche Begrenzung auf ein Menschenalter als auch den Gedanken einer Volksabstimmung fallen zu lassen. Als dann die Regierung Cuno während des Ruhrstreiks im Mai 1923 das bekannte Reparationsangebot machte, wurde dabei die Bereitwilligkeit zu allgemeinen Frieden sichernden Vereinbarungen erneut zum Ausdruck gebracht und insbesondere auf den Abschluß allgemeiner Schiedsverträge hingewiesen. Endlich habe ich selbst als Reichskanzler im September 1923 in einer Rede in Stuttgart als neuen Gedanken den Abschluß eines Rheinpaktes zur Erörterung gestellt, durch den sich die am Rhein interessierten Staaten die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen Gebietszustandes gegenseitig zusichern hätten.

Die Anregungen, die wir neuerdings den alliierten Regierungen übermittelt haben, sind im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung der früheren deutschen Vorschläge.

Wir wollten mit der Kennzeichnung unserer Stellungnahme nicht ein Angebot machen, das ohne Änderung anzunehmen oder abzulehnen gewesen wäre, sondern eine Grundlage für Verhandlungen über die von mir gekennzeichneten Fragen schaffen. Die Grundgedanken und die Grenzen, bis zu denen Deutschland zu gehen bereit war, ergaben sich aus den Darlegungen unserer Botschafter, die in einem Memorandum niedergelegt worden sind und dessen wesentlichen Inhalt ich im Auswärtigen Ausschuss mitgeteilt habe. Sobald die Antwort der Alliierten oder einer der hauptinteressierten alliierten Mächte vorliegt, ist die Reichsregierung bereit, auch den Wortlaut dieses Memorandums zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Man hat es in der Öffentlichkeit so hinzustellen versucht, als wäre die deutsche Stellungnahme ein Ausfluß deutscher Verzichtspolitik, die moralische Werte aufgäbe, ohne eine Gegenleistung heimzubringen. Wenn diese Auffassung richtig wäre, so würden die Franzosen ja die größten Toren sein, wenn sie nicht sofort zugriffen und sich die deutschen Vorschläge zueigen machten.

In Wirklichkeit sind wir bis heute auch in der Frage des Garantiepaktes ohne Antwort seitens der alliierten Mächte, ohne Antwort seitens der französischen Regierung.

Der Tatbestand, den ich vorhin gekennzeichnet habe, daß die Sicherheitsfrage ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Problems ist, daß wir wünschen, daß er mit Deutschland gelöst werde und uns zu positiver Mitarbeit zur Verfügung stellen, bleibt bestehen. Ob dieser Tatbestand zu der friedlichen Verständigung führt, wird von der Haltung abhängen, die die Alliierten und insbesondere Frankreich uns gegenüber einnehmen. Es hat uns einigermassen in Erstaunen versetzt, daß bei Bekanntwerden unserer Anregungen ein Teil der ausländischen Presse sich in lebhaften und aufgeregten Protesten dagegen ergangen ist, daß unter Vorgehen eine aggressive Spitze gegen Polen enthalte. Die polnische Presse hat sich sogar zu der Behauptung verfliegen, daß wir auf eine plötzliche Teilung Polens ausgingen und das Ziel verfolgten, unsere Nachbarn im Osten zu überfallen. Was das schließlich deshalb, weil wir die östlichen Grenzen nicht in den angeregten Garantiepakt einbezogen haben.

Ich habe den Eindruck, als ob in letzter Zeit jene veraltete Kritik einer vernünftigeren Beurteilung Platz gemacht hat. Aus unserer Auffassung über unsere Ostgrenzen haben wir allerdings weder in der Öffentlichkeit noch bei den diplomatischen Unterhandlungen jemals ein Hehl gemacht. Es gibt niemand in Deutschland, der aufrichtiger anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schließt.

Eine gewaltsame Veränderung seiner Ostgrenze herbeizuführen, hat Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen.

Ich darf in dieser Beziehung nur auf die Ausführungen hinweisen, die der Herr Reichspräsident unter Bezugnahme auf seine Eigenschaft als militärischer Sachverständiger in dem bekannten Reuter-Interview gemacht hat.

### Völkerverbund.

Was schließlich die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund anlangt, so hat die deutsche Reichsregierung noch unter dem Kabinett Warz

in einer unter dem Vorsitz des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert abgehaltenen Kabinettsitzung die Grundzüge, von denen sie sich bei einem eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund leiten lassen würde, ausführlich in einem Memorandum an die im Völkerverbund vertretenen Mächte niedergelegt. Wir sind der Auffassung, daß das entwaffnete Deutschland nicht ebenso wie andere gerüstete Staaten irgend eine kriegerische Verwicklung auf sich nehmen kann. Die Darlegung der Note des Völkerverbunds zeigt, daß man auch in Genf die Tragweite unserer Bedenken nicht verkannt hat. Der Hinweis in der Note des Völkerverbunds auf die Einstufungsmöglichkeiten, die Deutschland als Ratmitglied bei allen wichtigen Entscheidungen haben würde, ist zweifellos von Bedeutung. Die Reichsregierung wird es sich angelegen sein lassen, in dieser Richtung noch eine weitere Klärung der Frage herbeizuführen.

Wenn im übrigen in den französischen Presse-Kommuniqués die Rede davon ist, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund überhaupt erst in Frage kommt, wenn die angeblichen Verletzungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage beseitigt seien, so möchte ich demgegenüber betonen, daß wir im Endergebnis diesen französischen Presse-Kommuniqués nur zustimmen können. Wie wir über das Versehen der Nichträumung der nördlichen Rheinlande und ihre Begründung mit den angeblichen Verletzungen Deutschlands denken, habe ich vorhin ausgeführt. Jedenfalls liegt es auf der Hand,

daß ein gedächliches Zusammenarbeiten im Völkerverbund überhaupt nicht möglich ist, so lange derartige akute Differenzen zwischen uns und den Alliierten ihre Lösung nicht gefunden und die Räumung der nördlichen Zone nicht durchgeführt worden ist.

Sie sehen, wie kompliziert die vor uns liegenden politischen Aufgaben im einzelnen sind und wie stark sie ineinander greifen. Das ist aber kein Grund, an der Möglichkeit einer befriedigenden Gesamtregelung zu zweifeln. Es kommt lediglich darauf an, daß sich alle beteiligten Regierungen dieses gemeinsamen Interesse stetig vor Augen halten und sich entschließen, im Geiste vertrauensvoller Verständigung zusammenzuarbeiten. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung es an diesen Voraussetzungen nicht mangeln lassen wird. Den Bekreudungen der Reichsregierung wird aber der Erfolg verlagert sein, wenn derselbe Geist, der sie befeuert, nicht auch bei den anderen Mächten vorhanden ist, die es in ihrer Hand haben, Europa den Frieden zu geben oder es weiter in dem Zustand der Verwirrung zu lassen, in dem es sich heute befindet und der zu dem Geist der Londoner Abmachungen in Gegensatz steht.

Gedenke man uns den Frieden und Gleichberechtigung, so wird die friedliche Entwicklung der Völker in einem friedlichen Deutschland ihre beste Stütze haben. (Beifälliger Beifall.)

Präsident Löbe teilt mit, daß die kommunistische Fraktion Mißtrauensvoten gegen den Außenminister Dr. Stresemann und den Reichskanzler eingebracht habe. Er schlägt Johann vor, die Aussprache zu vertagen auf morgen.

Das Haus stimmt dem zu. Die Aussprache soll unter allen Umständen am Mittwoch zu Ende geführt werden.

Ohne Aussprache in dritter Lesung wird nach der Gesehentwurf über das Ruhegehalt der Witwe des Reichspräsidenten angenommen.

Dienstag 12 Uhr: Weiterberatung.  
Schluß nach 6 Uhr.

# DUNLOP CORD

Vollendung der Reifentechnik.  
Höchste Leistung.

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

# JANDORF Extra-Angebot

Wirkwaren		Strumpfwaren		Badeartikel		Herrenartikel	
Bade-Anzüge für Kinder, Trikots mit farbigen Besatz Gr. 50 55 60 65 70 75 1.35 1.50 1.65 1.80 1.95 2.10	Sporthemden für Knaben, farbig Gr. 40 70 80 90 2.25 2.75 3.25 3.75	Damenstrümpfe gut verstärkt, feinfädig, schwarz und farbig . . . . . 0.58	Bade-Kappen aus farbigen Gummi, für Damen und Kinder . . . . . 0.58	Oberhemden farbig mit Kragen, Umschlagmanschetten . . . . . 4.90			
Bade-Anzüge für Damen, schwarze Trikots mit Ueberrock und farbigen Besatz Gr. 60 85 90 95 100 3.75 3.95 4.10 4.25 4.45	Sporthemden für Knaben, grün Gr. 60 70 80 90 2.15 2.65 3.15 3.65	Damenstrümpfe gute Qualität, mit Doppelsohle und Hocherese, schwarz und farbig . . . . . 0.95	Bade-Kappen aus bathfarbigem Gummi . . . . . 0.35	Oberhemden mod. feine Streifen, 2 Kragen und Umschlagmanschetten . . . . . 8.90			
Bade-Anzüge für Damen und Herren, schwarze Trikots mit weißem Besatz Gr. 80 90 100 1.95 2.25 2.45	Wanderhemden grün oder schwarz, mit farbigen Kragen und Manschetten Gr. 1 2 3 1.95 2.15 2.35	Damenstrümpfe prima Seidenflor, breit, Doppelrand, Doppelsohle Hocherese, viele mod. Farh. . . . . 1.65	Schwimm-Kappe aus gut. Gummi, feststehend . . . . . 0.95	Oberhemden weiß, Batist-rayé, mit 2 Kragen . . . . . 12.75			
Badehosen für Herren oder Knaben, Trikots, schwarz oder rot Gr. 3 4 5 0.95 1.10 1.25 1.50	Netzjacken für Herren, makofarbig. Gr. 3 4 5 6 0.80 0.90 1.00 1.15	Damenstrümpfe prima Kunstseide, ganz Mares Gewebe, farbig und schwarz . . . . . 2.90	Bade-Kappe hübsch garniert in vielen Farben . . . . . 1.25	Sportkragen aus gutem Rippi-Pique . . . . . 0.55			
Badehosen für Herren und Knaben, weiß mit farbigen Ärmeln Gr. 4 6 8 10 0.45 0.55 0.65 0.75	Kinder-Sweater farbig, mit viereckigem Halsausschnitt, halbtrem Aermel Gr. 40 45 50 55 1.35 1.50 1.65 1.80	Herrensocken farbig . . . . . 0.20	Taucher-Helm aus gut. Gummi, fest anlegend . . . . . 1.45	Stehumlege-Kragen gute Qualität . . . . . 0.65			
		Kindersöckchen farbig, mit gemustertem Wollrand . . Größe 1 (jede weitere Größe 0.10 mehr) . . . . . 0.55	Bade-Schuhe für Damen, Segelschuh mit Gummisohle . . . . . 1.95	Stroh Hüte Matelot form, Restgröße . . . . . 2.95			
			Frothier-Handschuhe aus gutem Krieseidstoff . . . . . 1.45	Stroh Hüte Matelot form, verschiedene Geflechte . . . . . 3.25			
			Badelaken für Kinder, aus gutem Krieseidstoff . . . . . 3.25	Ledergürtel gutes Vollleder mit Patentschnalle . . . . . 1.95			

Spangenschuhe weiß, Leinwandstoff, m. elegant. Absatz 5.90      Spangenschuhe schwarz Chromleder, 2 Knopf 6.90      Halbschuhe für Damen, braun Chromrind, Gitterspange 11.50      Schnürschuhe f. Damen, braun Chevz., Rahmenarbeit 10.50

Belle-Alliance-Str. ☆ Gr. Frankfurter Str. ☆ Brunnenstr. ☆ Kottbusser Damm ☆ Wilmersdorfer Str.



# Wir schaffen es nicht

bis zum 1. Juni.

Unserer Schätzung nach sind etwa achtzigtausend Einsendungen zu dem Preisauschreiben eingegangen. Es können aber auch einhunderttausend Einsendungen sein.

Seit dem 1. Mai hatten viele fleißige Hände tagelang zu tun, um allein die vielen tausend Briefe zu öffnen. Nun müssen die Einsendungen aber noch alle aufmerksam gelesen werden, und das erfordert selbstverständlich noch mehr Zeit.

Ungebulbige Einsender werden gebeten, nach Groß-Salze zu kommen und ihre Ein-

sendungen herauszusuchen, damit ihnen mitgeteilt werden kann, ob sie Aussicht auf einen der ausgeschriebenen Preise haben oder nicht.

Die anderen Einsender aber werden gebeten, Geduld zu üben.

Wir sind selbstverständlich bemüht, die Entscheidung so schnell wie möglich zu fällen, aber bei der Riesenzahl der Einsendungen werden doch noch einige Wochen vergehen, bis die ausgeschriebenen 100 Preise im Gesamtbetrage von 10 000,— Reichsmark zur Verteilung gelangen können.

# Helfen Sie bitte mit.

Pflegen Sie Ihre Füße mit den echten Kukirol-Präparaten, den am meisten gekauften Fußpflege-Präparaten und sorgen auch Sie zu Ihrem bescheidenen Teile dafür, daß die zahlreichen Maschinen in der großen Kukirol-Fabrik nicht zum Stillstand kommen. Also: kukirolen Sie fleißig mit den vielen Millionen, die damit nicht nur den mehr als 200 Beamten und Arbeitern der Kukirol-Fabrik einen Gefallen erweisen, sondern auch Ihren Füßen, die die Wohltat des Kukirolens nötig haben.

Kukirolen heißt bekanntlich richtige, also Kukirol-Fußpflege betreiben.

Für nur 2 Mark erhalten Sie in jeder Apotheke und Fachdrogerie, außerdem aber in den Drogen-Abteilungen aller großen Warenhäuser die neue Kukirol-Kurpackung, die die drei zur Kukirol-Fußpflege erforderlichen Präparate: Kukirol-Fußbad, Kukirol-Streupuder und Kukirol-Fühneraugen-Pflaster, enthält.

Machen Sie noch heute einen Versuch mit einer Kukirol-Kur.

Millionen kukirolen, und was Millionen für gut befinden, das wird auch Sie zustehenstellen.

Die Kukirol-Präparate werden selbstverständlich auch einzeln abgegeben.



## Diese Spezial-Maschine

allein füllt und schlicht in 24 Stunden sechzigtausend Beutel Kukirol-Fußbad. Acht weitere, ähnlich arbeitende Maschinen helfen bei der Herstellung der Riesemengen, die täglich von dem vielmillionenfach bewährten Kukirol-Fußbad versandt werden müssen.

Die in dieser Anzeige gedruckten Zeichnungen sind keine Phantastik-Produkte, sondern sind vielmehr nach Original-Photographien gezeichnet worden.

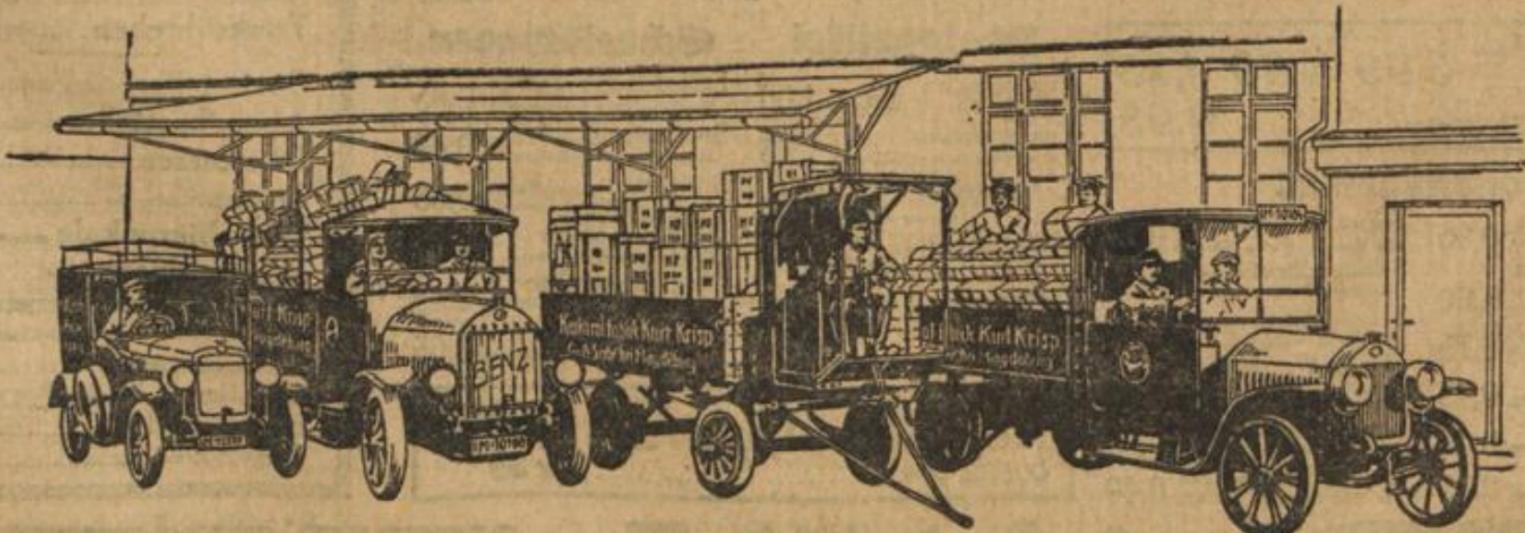
Die letzte Zeichnung stellt einen unserer Automobilzüge dar, kurz vor der Abfahrt zum Bahnhof.

Wir versenden jährlich viele Millionen Packungen unserer weltbekanntesten Präparate, und die hier abgebildeten, vollbeladenen Wagen zeigen den Versand der an einem einzigen Tage bestellten Kukirol-Präparate.

Dieser Tages-Versand beweist am besten die Güte unserer Präparate und die Leistungsfähigkeit unserer Firma.

Keine zweite Firma auf diesem Gebiete kann auch nur annähernd einen solchen, täglich wiederkehrenden Riesenversand nachweisen, der einen Jahresumsatz von mehreren Millionen Reichsmark bedeutet.

Verlangen Sie noch heute unsere neue, wichtige Druckschrift „Kukirolen Sie“. Diese enthält neben wichtigen Aufklärungen über die Notwendigkeit der Fußpflege auch einige Abbildungen unserer Fabrik und unseres Wohn-Automobils, der Welt-Reise-Billa Dr. Unblutig, die augenblicklich in Hamburg das Tagesgespräch bildet und auch dort neue Kukirol-freunde wirbt.



**Kukirol-Fabrik Kurt Krisp Groß-Salze bei Magdeburg**

# Wirtschaft

## Fünfter Deutscher Bauhüttenstag.

Rund 270 Teilnehmer hatten sich zum Fünften Deutschen Bauhüttenstag am 15. und 16. Mai in München eingefunden. Die Tagung eröffnete Fritz Paeplow, Vorsitzender des Deutschen Bauwerksbundes und des Aufsichtsrates des Verbandes sozialer Baubetriebe, Hamburg, mit einer Begrüßungsansprache, in der er auch kurz auf die Zukunftsmöglichkeiten der Bauhüttenbewegung einging. Die Geburtszeit der Bewegung, so führte Paeplow aus, geht zurück in jene Jahrhunderte, als die deutschen Dörfer entstanden, wo Kopf und Handarbeiter noch nicht getrennt waren in Gesellen und Werkmeister, Handwerker und Bauherrn, sondern sie zusammen eine Gilde (Bauhütte) bildeten, um Werke für die Allgemeinheit zu errichten. Wir wollen aber nicht nur an jene Zeit anknüpfen und fortführen, was damals aufhörte, sondern wir wollen im ganzen Bauhandwerk der Allgemeinheit dienen.

wollen das Bauwesen in allen seinen Gliedern reformieren. Dabei ist entsprechend der Not von heute unser spezielles Hauptziel: gute billige Wohnungen für die große Masse des Volkes, für die Armen. Unsere Bewegung wird das Banner der Sozialisierung vortragen und allen Arbeitern des Kopfes und der Hand in den übrigen Gewerben ein gutes Beispiel zeigen. Nach weiteren Begrüßungsansprachen und nach Vorführung von Filmen über Bauhüttenbetriebe hielt Finanzminister a. D. Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bauhüttenbetriebsverbandes Berlin-Brandenburg, ein Referat über

### „Die Bauhütten im Wirtschaftskampf“.

Die sozialen Bauhütten wollen, so führte er aus, als baugewerbliche Produktionsbetriebe ein neues Wirtschaftssystem herausführen helfen. Dabei erkennen sie durchaus die Leistungen des technischen und organisatorischen Fortschritts des kapitalistischen Wirtschaftssystems an, aber sie sind überzeugt, daß diese Fortschritte in viel besserer Weise gefördert werden können, als durch die 3000 Kartelle in Deutschland, deren Hauptaufgabe ist, auch den rückständigsten Betrieben eine Rente zu garantieren. Die Bauhütten sind aber nicht nur gemeinnützlich, indem sie die Verstaatlichung und Kommunalisierung von Betrieben durchaus billigen, sondern sie halten für weite Gebiete der deutschen Wirtschaft die freie Sozialisierung für das richtige Verfahren. Dafür steht namentlich der Wohnungsbau ein geeignetes Feld dar, wo die freie Sozialisierung zum Nutzen des ganzen Volkes angewendet werden kann. Niemals darf der Mensch Sklave des Betriebes sein. Wir suchen die soziale Frage im Zeichen der Wirtschaft zu lösen, indem wir das profitstüchtige Kapital durch soziales Kollektivkapital zu ersetzen suchen. Selbstverständlich sind wir für Demokratie, für ein konstitutionelles Verfassungssystem in unseren Betrieben. Infolgedessen wird in den Bauhütten nicht nur den Betriebsräten zur vollen Auswirkung verholfen, sondern es besteht noch ein Betriebsvorstand, in dem die Leitung und die Gewerkschaften aller in dem betreffenden Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten vertreten sind. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Belegschaft innerlich verbunden ist mit ihrem Betrieb, wodurch ein neuer Betriebsgeist entsteht, der die unmittelbare Wirkung davon ist die allgemeine Hebung der Arbeitsfreude. Lüdemann schilderte dann den schweren Kampf, den die Bauhütten gegen die privatkapitalistischen Unternehmer und ihre Syndikate zu führen hätten. Dabei betonte er besonders, daß die Bauhütten in keiner Weise Begünstigungen durch die Behörden und den demokratischen Staat verlangen, sondern nur die unbehinderte Zulassung zum freien Wettbewerb mit dem kapitalistischen System. In diesem Wettbewerb wollen die Bauhütten zeigen, daß sie mit weniger Mittel Besseres leisten. Ueber die Entwicklung der Bauhüttenbewegung gab Lüdemann folgende Zahlen: „Im Geschäftsjahre 1924 hatte der VSB 181 Betriebe mit 21000 Arbeitern und Angestellten, Eigenkapital 3 Millionen Goldmark, Stammkapital 2 Millionen, fremdes Kapital 8 Millionen, Anlage- und Umlaufmittel 11 Millionen, Gesamtumsatz 36 Millionen. 80 Proz. des Umlages fällt auf den Kleinwohnungsbau. Der Auftragsbestand am 31. Dezember 1924 betrug 10,3 Millionen. Seit ihrem Bestehen (5 Jahre) haben die Bauhütten insgesamt 52000 Wohnungen erstellt. Eigene Rohstoffbetriebe (Zement-

fabriken, Ziegeleien, Steinbrüche usw.) besitzt der VSB 41, Spezialnebenbetriebe (Eislerien usw.) 150.“ Lüdemann schloß unter großem Beifall mit dem Hinweis, daß wir in Deutschland nur dann zu der notwendigen gesteigerten Leistung unserer Produktion kommen, wenn wir den Betrieben das Gefühl und die Sicherheit geben, daß sie nicht für den Vorteil einiger Weniger, sondern für die Gesamtheit des Volkes arbeiten.

Ueber „Geldmarkt und Baugewerbe“ sprach Mor. der Geschäftsführer des VSB. Er beklagte, daß der Staat bei seinem Eingreifen in den Wohnungsbau auf halbem Wege stehen geblieben ist. Man baut nicht Wohnungen für die, die sie am dringendsten brauchen, sondern für die, die gleichzeitig Eigenkapital für den Bau aufbringen. Die Kosten für eine 70-Quadratmeter-Wohnung wechseln in den einzelnen Städten zwischen 7000 bis 13000 M. Gefordert muß werden, daß die gesamte Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wird. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, daß die sozialen Baubetriebe sich auch in finanzieller Beziehung gefestigt haben.

Mit großer Sachkunde schilderte Abg. Silberschmidt die Kräfte, die sich seit einiger Zeit sammeln zum „Sturm auf die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen“. Nach weiterer Aussprache, an der sich Bernh. Meyer von der Arbeiterbank, Berlin, Kimmert-Rünchen, Klement-Hamburg, Weyer-Solingen und Bauer-Regensburg beteiligten, wurde eine Entscheidung einstimmig angenommen, die sich entschieden gegen die Bestrebungen privatkapitalistischer Interessen auf Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen wendet, ferner bedauert, daß bis jetzt infolge der Zersplitterung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues kein einheitliches und großzügiges Wohnungsprogramm für ganz Deutschland aufgestellt werden konnte. Der Bauhüttenstag fordert, daß mit der Zersplitterung schnellstens gebrochen wird. Die bisherige Finanzierung des Kleinwohnungsbau hält er für völlig unzureichend. Er verlangt, daß das gesamte Einkommen aus der Hauszinssteuer dem Kleinwohnungsbau zugeführt wird. Aus dem Hauszinssteuereinkommen müssen dem Wohnungsbaumarkt ausreichende Zwischengeldkredite zur Verfügung gestellt werden. Vom Reich fordert der 5. Deutsche Bauhüttenstag, daß es die Regelung des Bau- und Wohnungswesens wieder selbst in die Hand nimmt und der Zersplitterung ein Ende bereitet.

Am Sonnabend fand eine geschlossene Sitzung des Bauhüttenstages statt, die sich mit Organisationsfragen und den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den sozialen Baubetrieben befaßte.

## Die Umgründung der Deutschen Werke.

Nachdem die bayerischen Betriebe der Deutschen Werke in selbständige Gesellschaften unter Beteiligung des bayerischen Staates umgewandelt worden sind, wurde jetzt auch die Kraftfahrzeugfabrikation der Deutschen Werke in ein eigenes selbständiges Unternehmen eingebracht. Es führt den Namen Deutsche Kraftfahrzeug-Werke U. G. und übernimmt sämtliche Geschäfte, die bisher das Werk Haselhorst in Spandau geführt hat. Der Vorstand besteht aus den bisherigen Direktoren des Werkes Haselhorst, Dienelage und Freist. Das Aktienkapital der Deutschen Kraftfahrzeugwerke fließt in den Händen des Reiches. Die Werksanlagen werden ebenfalls als Reichsbefehl erhalten und an die neue Gesellschaft lediglich verpachtet.

Die Erweiterung der Kapitalbasis, die durch die Umstellung der Deutschen Werke erreicht werden sollte, steht für die Deutschen Kraftfahrzeugwerke zunächst nicht in Aussicht. Die Motorradfabrikation, die ohne Kapitalerhöhung durchgeführt werden kann, wird weiter betrieben. Dagegen kann der geplante Serienbau billiger Kleinautomobile, deren bloßes Projekt die Privatindustrie zu dem Sturm gegen die Reichswerke veranlaßte, aus Mangel an Kapital vorläufig nicht aufgenommen werden. Die Privatinteressenten haben also erreicht, was sie wollten. Nachdem das Reich daran gehindert worden ist, die für diesen Zweck notwendigen Beiträge aufzubringen, sind die Deutschen Kraftfahrzeugwerke auf den freien Kapitalmarkt angewiesen, wenn es überhaupt zu der Aufnahme der Fabrikation von Serienwaren kommen soll. Vorläufig ist eine Kapitalerhöhung und eine Beteiligung der Privatindustrie nicht ins Auge gefaßt. Solange das nicht der Fall ist und das Reich kein Kapital gewährt, unterbleibt die Ver-

billigung und Vermehrung der Automobilproduktion, die sich die Deutschen Werke zum Ziel gesetzt hatten — und über die Produktionssteigerung und -verbilligung wird die Reichsregierung noch weiter schöne Worte machen.

Heiar. Bod. Hutfabrik. U. G. Berlin. Die Hutfabrikation scheint ein lukratives Gewerbe geblieben zu sein, was bei den außerordentlich hohen Preisen und niedrigen Löhnen der Haarhutindustrie auch nicht weiter verwunderlich ist. Der Berlin-Gubener Hutfabrik, die 14 Proz. Dividende neben sehr starken Reservereststellungen verteilt, folgt jetzt die H. Bod. Hutfabrik U. G. Berlin mit einer Dividende von 15 Proz. Auf ein Kapital von 660 000 M. wurde nach Abzug sämtlicher Kosten ein Rohgewinn von rund 280 000 M. erzielt, den man aber ruhig als Reingewinn ansprechen kann, weil die zu Abschreibungen verwendeten 114 000 M. keine notwendigen Abschreibungen, sondern Bildung stiller Reserven sind. Die Formen, das Inventar und das Fuhrwerk wird auf 1 M. zusammengeschrieben. Die niedrig bewerteten Grundstücke mit 5 Proz., die Maschinen mit 20 Proz. im Buchwert gesenkt. Die Hutindustrie zählt die schlechtesten Löhne in Deutschland. Die Belegschaften müssen sich die günstigen Abschlüsse der Hutindustrie merken.

Bergwerksgesellschaft Ibernia. Nach dem jetzt vorliegenden Abschluß dieser dem preussischen Staat gehörigen Grube soll für das Geschäftsjahr 1924 der Generalversammlung vorgeschlagen werden, den Betriebsgewinn von 3 292 064 M. mit 3 274 000 zu Abschreibungen zu verwenden und auf die Vorzugsaktien 4% Proz. Gewinnanteil, das sind 360 000 M., zu verteilen. Auf die Stammaktien kann eine Dividende nicht verteilt werden.

Das oberste Reichsgericht hat, das durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 30. April 1925 bis zum 15. Mai 1925 verlängert worden war, ist mit diesem Tage abgelaufen. Die Bergwerksbesitzer im Bereich des oberste Reichsgerichtlichen Bergbaubezirks mit Ausnahme der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben als Besitzer der konj. Heinitz-Grube haben sich nunmehr freiwillig zu einem neuen Syndikat zusammengeschlossen. Die Bergwerksgesellschaft wurde durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers dem oberste Reichsgerichtlichen Syndikat zwangsweise angegliedert.

Wolle darf nicht billiger werden. Die Preisrückgänge an den internationalen Wolsmärkten, die seit Anfang dieses Jahres allen Interessenten ungeheure Verluste verursacht haben, haben, wie „Die Textil-Woche“ meldet, dazu geführt, daß sowohl in deutschen als auch in englischen Wolstreifen die Wiedereinrichtung der im vorigen Jahre aufgelösten „Bawra“ lebhaft erörtert wird. Diese Gesellschaft wurde mit englischen Regierungsmitteln unter Beteiligung der australischen und südafrikanischen Züchter im Baujahr 1920 gegründet, um die plötzliche Abwärtsbewegung der Preise aufzuhalten; sie hat damals 2,6 Millionen Pfund aufgenommen und sie, ohne den Markt zu erschüttern, bis Anfang 1924 restlos abgesetzt.

Die Entwicklung des österreichischen Außenhandels zeigt in den beiden ersten Monaten gegenüber dem Vorjahre ein günstigeres Bild. Das Passivum in der Handelsbilanz betrug für Januar und Februar durchschnittlich rund 50 Millionen Schilling, ein Schilling gleich 0,60 M., gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 123 Millionen Schilling im Vorjahre. Die Berechnung erfolgte nicht nach dem bisherigen System der Werkschätzung, sondern auf Grund der Wertberichtigung des Importeurs bzw. Exporteurs. Auch der Vergleich der Mengenziffern zeigt eine bedeutende Abnahme der Einfuhr und steigende Tendenz der Ausfuhr in den beiden ersten Monaten dieses Jahres.

Starker Rückgang des französischen Außenhandels. Die Außenhandelsbilanz Frankreichs für das erste Viertel des Jahres 1925 weist sowohl in der Ausfuhr wie in der Einfuhr einen starken Rückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf. Die Einfuhr ist dem Gewichte nach von 18 auf 15,1 Millionen Tonnen, dem Werte nach von 13,5 auf 12,9 Milliarden Franc, die Ausfuhr von 14,9 auf 14,3 Milliarden Franc zurückgegangen.

**Fertige Herren-Anzüge u. Mäntel**  
Ersatz für Maßarbeit zu staunend billigen Preisen auf Teilzahlung!  
Potsdamer Str. 33, Ecke Lützowstr.

Mengenabgabe vorbehalten

# Reise-Artikel

Mengenabgabe vorbehalten



**Stadtkoffer**  
aus lamina gepresster Hartplatt, mit Schutzdecke, guten Schlössern und Metallgriff  
40 ..... 35 cm 2,50  
45 ..... 35 cm 2,75  
50 cm 3,25  
55 cm 3,00

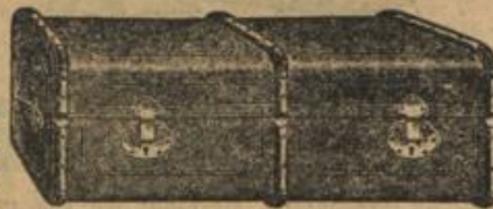


**Coupékoffer**  
stahlblechgehobler, starker Platte, mit 8 Schutzdecken aus echter Vulkanfaserplatte, 2 Schlössern und klappbarem Metallgriffen  
60 ..... 55 cm 3,50  
65 ..... 55 cm 4,50  
70 cm 5,50  
75 cm 6,50



**Coupékoffer**  
aus braun lamina-gepresster, wasserfest lackierter Hartplatt, mit 8 echten Vulkanfaser-Schutzdecken, 2 Sprungschlössern u. soliden Griffen  
55 ..... 60 ..... 65 ..... 70 ..... 75 cm lang  
6,50 6,90 7,25 7,75 8,25

**Bahnkoffer**  
mit umgebundenen Bändern und solidem Beschlägen, mit gutem Stoff bezogen und brauner Oelfarbe gestrichelt, mit Metalldeckelschlössern, vermessungsfähig, Schlössern, Schutzhack u. Einsatz  
80 ..... 27,00  
90 ..... 29,00  
100 ..... 32,00  
110 cm lang 36,00



**Damen-Taschen** *Taspenform* *Beutelform*  
Alpakasilber ..... 3,90 4,90 1,25  
**Geldbörsen** Alpakasilber ..... 0,95

## Toiletteartikel

Taschenrasierapparat mit einer Klinge, im Nickelst. 0,95  
Phönix-Rasierapparat schreib. verstellbar, in 5 Stufen, 1. Ladung, 2.50, 2.50, 2.50, 2.50, 2.50  
Garantierasierringel mit letzter weissen Borste, Stück 1,25, 0,95  
Seifendosen Zelluloid, Stück 0,75, 0,55, 0,45  
Zahnbürstenständer Zelluloid ..... Stück 0,60, 0,50, 0,40  
Zahnbürstenkocher Zelluloid ..... Stück 0,50, 0,35  
Schwammkörbe Zelluloid, für Wand und Wanne, 1,25, 0,85, 0,70  
Schwammbeutel prima gemullter Stoff ..... 1,20, 1,00, 0,85  
Toiletteseife feine, milde, ca. 125 Gramm, 5 Stück 0,75, 1 Stück 0,30  
„Hertie Wundermilch“ lauchleim, parfümierte Toiletteseife, großes Stück ..... 0,90 und 0,60  
Eau de Cologne hochkonzentriert, Doppelfl. 1,95, 1/2 Fl. 1,00, 1/4 Fl. 0,60  
Modedeparfüms feine, bekannter Markenherren Fl. 1,00, 0,75, 0,40

## Photoartikel

Trockenplatten 6x9 ..... Dornrad 1,00  
Trockenplatten extra Rapid, 9x12, Dornrad 1,55  
Celloidinpapier 6x9 ..... 10 Blatt 0,20  
Gaslichtpapier 9x12 ..... 10 Blatt 0,35  
Postkarten Celloidin und Gaslicht ..... 10 Blatt 0,45  
Holzstativ ..... 2,50

## Schreibwaren

Füllfederhalter Sicherheitshalter mit 14 Karät. Goldfeder u. Iridiumspitze 2,95  
Briefpapier Kassetten 25 Bogen, 25 Umschläge mit Seidenfalter ..... 0,48  
Briefpapier Kassetten 25 Bogen, 25 Leinwandumschläge mit Seidenfalter ..... 0,65  
Briefpapier-Blocks Quartformat, gute Qualität ..... 0,35  
Geschäftsumschläge in verschiedensten Farben, 500 Stück 2,45  
Papierservietten weiss, gekloppt u. gestreift, 100 Stück 0,65

**Rollfilm-Apparat 22<sup>00</sup>**  
GOERZ, 6x9

## Billige Angebote

für Gartenlokale, Gastwirtschaften usw.

Essbestecke *gebildet*, Paar 0,85 0,95  
Essbestecke *Alpaka*, ..... Paar 1,75  
Aluminium-Esslöffel ..... 0,10  
Alumin.-Kaffeelöffel ..... 0,06  
Alpaka-Esslöffel ..... 0,55  
Alpaka-Kaffeelöffel ..... 0,30  
Eismaschinen ..... 9,75 bis 30,-  
Eisschränke *in Ober- u. Unterbau* 47,50 bis 200,-  
Volksbadewannen  
vernickelt ..... 25,- 27,-  
Trinkröhrchen ..... 100 Stück 0,40  
Speiseteller Porzellan, dick ..... 0,30  
Abendbroteller Porzellan, dick 0,20  
Obertassen Porzellan, dick ..... 0,10  
Tassen Porzellan, dick ..... 0,20  
Weissbierpokale *gepresst* ..... 0,58  
Wassergläser *gepresst* ..... 0,08

In unserer Konfitüren-Abteilung:

Vanilleschokolade ..... 100 Gramm-Tafel 0,20  
Milch-Nusschokolade *100 Gramm* 3 Tafeln 0,95  
Blockschokolade ..... 500 Gramm 0,88  
Teegebäck *brüchig* ..... 0,95

# MERDMANN TIETZ

## Saint-Simon.

(17. Oktober 1760 bis 19. Mai 1825.)

Von Rastignac.

Saint-Simons Lehre ist am leichtesten durch jene Parabel verständlich, die er 1819 publizierte. Er legt den Fall, Frankreich verlor plötzlich seine fünfzig besten Physiker, Chemiker, Dichter, Maler, Bildhauer, Musiker, Literaten, Mechaniker, Ingenieure, Aerzte, Uhrmacher, Bankiers, Maurer, Tischler, Schlosser; kurzum die begabtesten Männer der Wissenschaft, Kunst und des Handwerks, „im ganzen die dreihundert besten Gelehrten, Künstler und Arbeiter Frankreichs.“ Das selbe Land verlor nun zu gleicher Zeit den Bruder des Königs, Herzöge, Herzoginnen, alle Großwürdenträger, Staatsminister mit und ohne Portefeuille, alle Staatsräte, Marschälle, Kardinäle, Erzbischöfe, Großvikare, Mönche, Präfecten und Unterpräfekten, „alle Richter und vor allem die zehntausend vornehmsten unter den Besitzenden des Landes“; hier insgesamt ein Verlust von dreihunderttausend Menschen. Frage ist nun: welcher Verlust ist größer: der von dreihunderttausend produktiven Menschen oder der von dreihunderttausend Nichtlern? Saint-Simon weist nach, daß nichts leichter sein würde, als die Pflichten des Bruders des Königs durch irgendeinen anderen Franzosen erfüllen zu lassen; daß viele Französinen ebenso gut die Honneurs machen können wie die Herzogin von Angoulême oder von Orleans; daß genügend Pfarrer vorhanden sind, ebenso brauchbar wie Kardinäle, Erzbischöfe und Großvikare; „und wieviel Angestellte wiegen unsere Staatsminister auf!“

Saint-Simons Kampf gilt dem Adel und der Geistlichkeit, weil sie die Drohen im Staate sind. Den Reichtum des Landes zu mehren, bedarf der Techniker, der Handwerker, der Kaufmann, der Gelehrte jeder Förderung. Er schlägt ein neues Eigentumsrecht und Gesetz vor, das so gestaltet sein soll, daß es produktiv wirkt: derart, daß es den Besitzer anspornt, die Produktion möglichst zu fördern. Er sieht den sich mehrenden Reichtum eines Landes nur im Zusammenhang mit dessen Industrie, die wieder in enger Verbindung sein soll mit der Wissenschaft. Saint-Simon glaubte, daß mit der französischen Revolution der Klassenkampf und die Klassengegensätze aufgehört haben, er erkannte nicht die Trennung des Volkes, die durch die Revolution bedingt war.

In dem vierbändigen Werk „Die Industrie“ erkennt Saint-Simon den Zwiespalt seiner Epoche in diesem: die politische und beschreibliche Verfassung steht im Widerspruch zur industriellen Entwicklung; noch ist die Industrie selbstherrlich organisiert, und zudem bilden Pfaffen und Adel einen Staat über dem wirklichen Staat: über der Klasse der Werttätigen. Da die Industrie die breite Basis des Volksganges ist, kann nur durch sie Reichtum erzeugt werden; dieser Reichtum jedoch kommt nur der Oberschicht zugute, denn „die Arbeit steht unter der Herrschaft des Eigentums.“ — Zu dem entscheidenden Schritt, der Enteignung bürgerlichen Eigentums, kam Saint-Simon nicht; erst seine Schüler, die Saint-Simonisten, die seine Lehren ausbauten und systematisierten, führten die Lehren ihres Meisters konsequent weiter.

Zu den wesentlichen Arbeiten Saint-Simons zählt die Schrift „Das neue Christentum“, die er kurz vor seinem Tode verfaßte. Die immer stärkere Hinwendung zu der Lage der Arbeiter in den letzten Jahren seines Lebens (angeregt durch den Kampf der Maschinenstürmer in England), ließ Saint-Simon eintreten für „eine möglichst rasche Verbesserung des Loses der ärmsten Klasse.“ Als Hauptstützen und Förderer dieses neuen Christentums proklamierte er „die Macht der Moral und der öffentlichen Meinung.“ Er wendet sich an die Besitzenden, sucht ihnen klar zu machen, daß ihr Glück und Wohlergehen aufs engste mit dem der arbeitenden Masse verbunden ist; ja, Saint-Simon geht sogar so weit und mahnt den König und den Adel, abgedankt zu sein der Pflichten, die das Christentum dem Mächtigen auferlegt: „alle Kräfte der möglichst raschen Steigerung des sozialen Glückes der Armen zu widmen!“

Kurze Zeit später starb Saint-Simon, dieser erste Vertreter sozialistischer Ideen in Frankreich. Er war ein gemäßigter Sozialist, der für die Aufrechterhaltung des Privateigentums eintrat, jedoch einschränkende Maßnahmen vorschlug, die er mit historisch soziologischen Argumenten und christlich-religiösen Einwänden fundierte. In der letzten Vorrede zum „kommunistischen Manifest“ schrieb Friedrich Engels: „Unter Sozialisten verstand man 1847 zweierlei Arten von Leuten. Einerseits die Anhänger der verschiedenen utopistischen Systeme, andererseits die mannigfaltigen sozialen Quackfäßer; in beiden Fällen Leute, die außerhalb der Arbeiterbewegung standen und die vielmehr Unterstützung suchten bei den „gebildeten“ Klassen.“

Saint-Simon gehörte zu den Utopisten, denn er versuchte die Gesellschaft mit Hilfe der gebildeten Klasse zu erneuern und glaubte überdies, allein durch Ideen, nicht aber durch die Rollen selbst,

## So siehste aus!



## Да здравствует Коммунизм!

(Es lebe die 3. Internationale.)

Aus der Mainnummer der „Pravda“: Das Idealbild eines revolutionären Proletariats, wie die russischen Volksgewissten ihn sich vorstellen.

eine stillere Gesellschaftsordnung zu schaffen. — Wie dem auch sei: er konnte in seiner Zeit keine Fragen klären, die erst Jahrzehnte später akut wurden. Und diese Tatsache rechtfertigt wieder einmal, daß der verführte Utopismus nichts anderes ist, als eine verfrühte Wirklichkeit.

**Braunkohlefund in Niederbayern.** Bayern ist im großen und ganzen arm an Kohlen. Steinkohlen finden sich nur in unbedeutenden Vorkommen in rechtsrheinischen Bayern, im nördlichen Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz. Wichtig ist die bayerische Bockshole, die vor allen Dingen zwischen Lech und Inn in Oberbayern abgebaut wird. Diese Bockshole besitzt einen Heizwert von 5800 bis 6000 Kalorien. Sie ist reich an Gas und eignet sich aus diesem Grunde für Hausbrand und Industrie. Man gewinnt aber nur so viel von dieser Bockshole, daß ein Drittel des Bedarfs in den Eisenbahndirektionsbezirken München und Augsburg gedeckt wird. Die Bockshole steht zwischen der Steinkohle und der Braunkohle.

Braunkohlen werden in Bayern erst seit jüngster Zeit gewonnen. Es ist das Verdienst der Bayerischen Braunkohlen-Industrie A. G. in Schwandorf, der bayerischen Braunkohle die Bedeutung zu erringen, die sie in Bayern besitzen muß. Die bayerische Braunkohle

wird sowohl für den Hausbrand als für die Industrie mit gutem Erfolg verwendet. Man ging nun daran, neue Braunkohlengruben in Bayern zu erbauen. Mit diesen Bohrungen hätte man bis jetzt nur in Niederbayern Erfolg. Die von der Niederbayerischen Braunkohlen-Industrie A. G. in Deggendorf gegründete Tochtergesellschaft, die Bergbau A. G. in München, hat in letzter Zeit in der Nähe von Straubing in Niederbayern Bohrungen auf Braunkohle angelegt.

Hier bei Straubing hatte schon im Jahre 1909 die „Hadwiga“ zwei Bohrungen ausgeführt, die ohne Erfolg waren. Die neue Gesellschaft hat bis jetzt 9 Bohrungen ausgeführt. Dadurch hat man folgendes erfahren können: In 80 bis 100 Meter Tiefe finden sich Kohlen in einer Mächtigkeit, die man durchschnittlich auf 4 Meter annimmt. Damit hat man zwar Kohlen nachgewiesen, aber über die Ausdehnung der Kohlenflöze über das 2700 Hektar umfassende Feld noch keinen Anhalt. Deshalb plant man in der Zukunft, das ganze Gebiet mit mehreren Bohrapparaten abzufragen. Die Straubinger Kohlenvorkommen sind für Bayern von allergrößter Bedeutung, denn die Kohlen liegen in unmittelbarer Nähe der Donau.

## Die berühmtesten Bergeroberungen.

Der Versuch, den höchsten Gipfel der Erde, den Mount Coereff, zu bezwingen, der in den letzten Jahren dreimal, aber noch ohne völliges Gelingen, unternommen wurde, bildet das letzte Glied einer langen Kette von Bergeroberungen, in denen der Mensch allmählich die höchsten Erhebungen der Erde unterworfen hat. Der planmäßige Angriff auf die Hochgipfel hat erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts begonnen, und Jahrtausende hat es gedauert, bevor der Mensch die Bergbesteigung als Sport aufnahm. Nur wenige einsame Vorläufer gibt es in der Geschichte, die ohne besonderen Zweck auf hohe Berge stiegen; so Hadrian, der 126 n. Chr. den Aetna bestieg, so Petrarca und Leonardo da Vinci. Selbst Goethe, der auf seinen Schweizer Reisen als einer der ersten die Wunder des Hochgebirges genoss und beschrieb, war noch kein Alpinist im modernen Sinne.

Die Eroberungen der Alpen wird durch Saussure eingeleitet, der 1787 den Montblanc bezwang. Die damit beginnende Entwicklung des Hochgebirgssports hat Alfred Steiniger in seinem bei R. Piper u. Co. erschienenen Werk „Der Alpinismus in Bildern“ dargestellt, dessen reiches Illustrationsmaterial durch einen ausführlichen Text ergänzt wird. Saussures Bezwingung des Montblancs erregte die höchste Bewunderung der ganzen Menschheit: unter den folgenden Besteigungen des höchsten Berges Europas ist keine mehr bewundert worden, als die der 44-jährigen Mademoiselle d'Angeville, die vor der Besteigung ihr Testament machte und unterhalb des Gipfels wirklich zu sterben glaubte. „Tragt meine Leiche hinauf und laßt sie oben“, sagte sie zu den Führern. Aber dann erreichte sie doch glücklich den Gipfel.

Was die Eroberung des Montblanc für die Bestalpen, bedeutet die des Groß-Glockners für die Ostalpen. Nachdem eine große Expedition des Fürstbischofs von Gurk 1799 mißlungen und auch der spätere Bischof von Linz, Siegmund von Hohenwart, nur den Gipfel des Klein-Glockners erreicht hatte, bezwang 1800 der Pfarrer Horach von Dölsach als erster die Groß-Glockner Spitze.

Am meisten gerungen worden ist um das Matterhorn, dessen Besteigung durch den englischen Bergsteiger Edward Whymper 1865 wohl die merkwürdigste Besteigung überhaupt ist. Whymper hatte den Aufstieg mit dem italienischen Führer Carrel beabsichtigt; aber dieser wollte den Berg aus Nationalstolz von der italienischen Seite erobern, während Whymper von der Schweizer Seite her aufstieg. Er war nun von der Angst gequält, die Italiener könnten den Gipfel vor ihm erreichen, und so fand ein Wettlauf statt, wie er in der Geschichte des Alpinismus einzig dasteht. Am 14. Juli 1865, um 1/2 Uhr nachmittags, betrat Whymper und die Seimen als erste den Gipfel; sie sahen auf der anderen Seite die Italiener noch jämlich weit entfernt. Sie schrien und rohten Felsblöcke herunter; da flohen die Italiener und erzählten später, böse Geister hätten sie bedrängt. Unten herrschte große Begeisterung über den Sieg, als man mit Fernrohren die von Whymper aufgesetzte Fahne bemerkte. Aber auf dem Abstieg rückte sich das Matterhorn graufam; das Seil riss, und die vier vorderen Teilnehmer stürzten in den Abgrund; nur Whymper und die beiden Führer Taugwalder, die sich mit aller Gewalt festgeklammert hatten, blieben am Leben. Zwei Tage später kam Carrel von der italienischen Seite hinan.

Die Bergfahrten der Brüder Stigmondy zusammen mit Ludwig Purtscheller bilden den Höhepunkt in der Eroberung der Alpenwelt; denn sie dehnten zuerst das sührerlose Behen auf das vergebliche Hochgebirge aus und erlangten 1879 mit der Erstbesteigung des schier unbezwinglichen Feldkops in den Zillertaler Alpen einen besonderen Triumph. In den außereuropäischen Hochalpen war Alexander von Humboldt der Bahnbrecher, der bei seinen Besteigungsversuchen des Chimborasso und Cotopaxi 1802 die größte bis dahin von Menschen erreichte Höhe von 5810 Meter bezwang.

## Flurnachbarn.

Von Jean Rochon.

Die Wohnungen der Kartonnagenarbeiterin und des Kofferarbeiters — Miete 160 Franc, Kammer und Küche — grenzen aneinander, und ihr stets freundliches Einvernehmen ihrer Nachbarschaft hatte seit den vier Jahren nie eine Trübung erfahren. Sie war mager, aufgeschossen wie eine Hopfenlange, ihre Gesichtsfarbe durch viele Nacharbeit sehr gemordet; die von Sorgen verzehrten, der Schönheit und Anmut baren Züge wiesen einen einzigen Reiz auf: ein kaum merkliches, schwaches Lächeln auf blauen Lippen. Er war, im Gegenstoß zu ihr, brünett, muskulös, gedungen, von heiterem, dabei etwas schüchternem Wesen; man vermutete in ihm den in fester Stellung befindlichen Arbeiter, der sein genügendes Auskommen hatte.

Eines Morgens pochte das Mädchen verstoßen seinen Weggang ab. Sie hörte ihn den Schlüssel drehen und trat, hinter sich die Türe anschend, auf den Flur.

Morgen, Herr Maillefer ...

„Guten Morgen, Fräulein Martha ... Wie gehts der Mutter?“

Sie näherte sich und erwiderte kaum vernehmbar:

„Immer weniger gut ... gestern war noch der Arzt da ... er meinte, sie hat nur noch sechs Wochen zu leben.“

Sie unterbrach sich, stüsterte dann erötend:

„Wollen Sie mir einen großen Dienst erweisen, Herr Maillefer?“

„Wenn ich das kann ...“

„Das wohl ... es hat weiter nichts auf sich ... aber wie soll ich's Ihnen nur sagen?“

„O, ganz ohne Umschweife ... man kennt sich ja so lange!“

„Geben Sie“, fuhr sie leise fort, „Mutter quält sich so ... es ist wohl begreiflich, sie weiß nicht, was nach ihrem Tode mit mir werden soll ... wir sind dem Doktor schuldig, dem Apotheker, dem Bäcker ... mit der letzten Miete noch im Rückstand ... Mutter denkt, sie werfen mich auf die Straße ... Ihre Rede ist immer: Armes Kind, was fängt du bloß an? Was soll aus dir werden? Wähle ich dich verheiratet, würde ich mich nicht so ängstigen, könnte ruhig sterben. Aber der Gedanke dich allein zurückzulassen, macht mich ganz mir im Kopf ... Das wiederholt sie mir jeden Tag zwanzig, dreißigmal und dabei rennen ihr die heißen Tränen nieder. Ganz umsonst, daß ich sie zu beruhigen suche. Es nützt nichts. Sie jammert dann nur still vor sich hin, das ist alles ... wenn ich sie so sehe, laufe ich oft in die Küche, mich auszuweinen.“

„Jetzt ... nun da bin ich auf einen Einfall gekommen: Würden Sie nicht so gut sein, uns manchmal zu besuchen? ... so daß man

sich an Mutters Lager ein paar Minuten recht nett unterhielte ... Sie verstehen mich? ... Ihnen Sie, welchen Glauben ich in ihr erwecken möchte, damit sie in Frieden scheiden kann? ... Mutter schämt sie hoch, Ihren Fleiß, Ihre Rechtschaffenheit, Gott, wie glücklich würde sie sein! ... Und für Sie bedeutet es nur eine geringe Störung Ihrer freien Abende, denn das Ende ist so nahe ...“

„Ich komme von heute ab“, sagte ernst der Arbeiter.

„Aber, Herr Maillefer, Sie denken nichts Falches von mir? ...“

„Ich danke.“

Am nämlichen Abend wurde die Klingel gezogen ... Martha stürzte herein: „Mutter, — Herr Maillefer, er will fragen, wie dir's geht.“

Der Kofferarbeiter trat ein und unterhielt sich vertraulich mit der Kranken, während Martha am Tisch zu ihrer Arbeit niederließ.

„Sie nehmen mir's nicht übel, wenn ich weiter arbeite?“

„O, warum nicht gar?“

Ihre schnellen, gelbten Finger fügten das zerschnittene, mit etwas Kleister angefeuchtete Kartonnagepapier zusammen und verordneten es in hübsche, farbige Kästchen, die sich nach und nach symmetrisch an den Tischenden aufstichteten ...

„Sie sehen, Herr Maillefer, die Kartonnagearbeit ist sehr einfach. Sie geben einem Pappstreifen in allen Färbungen, blaue, weiße, rote, schwarze, gelbe und grüne ... die nur zu sortieren und sauber zusammenzufügen sind ... auf den Deckel kommt eine grelle Etikette und fertig haben wir die kleine, elegante Parfümerieschachtel!“

... Die Hauptfache ist Geschwindigkeit.“

„Ja, darauf kommt es an“, warf Maillefer ein, der nicht umhin konnte, die berufsmäßige Geschwindigkeit der Arbeiterin zu bewundern.

Nach Verlauf einer Stunde empfahl er sich.

„Ein lieber Mensch, unser Nachbar“, meinte die Kranke.

„Wirklich, das ist er“, rief Martha.

Mit einem zärtlichsten Nicken auf den Lippen gelang es ihr, den Ton artesten Gefühlses zu treffen.

„Weißt du, Mutterchen, bis heute habe ich dir's verschwiegen, ... du wirst mir nicht böse sein ... ich merkte es schon lange ... ach, seit langer Zeit, daß ich ihm gefiel ... bloß, er ist so zaghaft, schüchtern als du hier überhaupt vorstellen kannst ... denk' nur, er hat sich beim Portier alle Tage nach deinem Befinden erkundigt, weil er nicht hereinzukommen wagte ...“

Der Kofferarbeiter wiederholte seinen Besuch an den folgenden Tagen. Der Kranken bereitete sein Eintritt stätliche Freude. Ihre Kräfte schwanden jäh, aber auf ihrem Anblick spiegelte sich hohe Freude, ihr Blick drückte die letzte Resonanz eines ruhigen Gewissens aus, einer Seele, die ohne eine Spur des Bedauerns abzu-

scheiden bereit ist. Nur zuweilen fragte sie: „Glaubst du sicher, Martha, daß er dich liebt?“

„O, ich weiß es so gewiß!“ versicherte das junge Mädchen.

Und sie konstruierte, sammelte, erfand Beweise, die über die vorgebliche Reizung, welche ihr der Kofferarbeiter entgegenbrachte, keinen Zweifel ließen. Die kindliche Liebe ihres Herzens entstellte einen wahrhaft überschwenglichen Reichtum der Erfindung. Ihre Vorpiegelung atmete jenen begeisterten Schwung, welcher dem gesprochenen Wort einen so machtvollen Klang der Wirklichkeit verleiht. Wenn sie Zeuge des moralischen Lebens war, der ihre trure Kranke überkommen, dann konnte sie wohl sogar für Augenblicke des Allerseins die Niedererschlagenheit und Trauer vergessen, in welche sie der drohende Verlust versetzen mußte. „Der Arzt“, flüsterte sie zuweilen, beim Abschied, auf dem Flur dem Arbeiter zu, „hat für Mutters Krankheit kein Mittel ausfindig machen können, ich aber habe durch Sie das Mittel gefunden, ihre letzten Augenblicke zu verschönern und sie in Frieden scheiden zu lassen.“ Sie trennten sich jedesmal Schlag zehn Uhr. Die stille Kameradschaft ihres gemeinsamen Liebesdienstes lag in einem kaum gehauchten: „Danke, Herr Maillefer.“ — worauf er: „Keine Ursache, Fräulein Martha,“ erwiderte ...

Als der Kofferarbeiter eines Abends eintrat, offenbarte ihm das vermeinte Gefühl des jungen Mädchens das traurige Ereignis.

„Es ist vorüber!“ hauchte sie schluchzend.

Er folgte ihr ins Sterbezimmer. Lange betrachtete er teilnehmend das Anlich der Toten, deren friedliche, verklärte Züge keine Spur des Schmerzes mehr verrieten. Dann wandte er sich dem jungen Mädchen zu und sagte mit erster, halb erstirter Stimme, welche eine starke Erregung durchdrängte:

„Ihre Mutter ist in der Ueberzeugung dahingegangen, Fräulein Martha, daß wir uns heiraten werden ... wollen Sie, daß wir Ihren letzten Wunsch erfüllen?“

Sprachlos, verblüht, errötend stand sie da: eine Betäubung, die sie fast taumeln machte, befiel sie. Die Freude dämpfte ihren Schmerz, und hielt jene zurück. Ihre Schläfen hämmerten. Ihr Schien, als wenn plötzlich eine neue Lebenskraft in ihr erwacht sei, um die Benommenheit ihrer Gedanken und das Lote aus ihrer Seele hinwegzuschleichen.

„Wollen Sie?“ ... wiederholte er.

Da legte sie in selbstschafflicher Aufwallung den Kopf auf die Schulter des jungen Mannes; ihre Hände falteten sich, ihre Augen umflogen sich, und andächtig still sanken sie vor dem Totentisch in die Knie.

(Ereignisliche Uebersetzung von Louis Klenck)

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Mittwoch, 20. Mai, mittags 12 Uhr,  
im Verbandsbureau, Clienstr. 63/65:

**Wahlkörperversammlung**  
für die  
**arbeitslosen Metallarbeiter!**  
Bis nur unter Vorzeigung des  
Mittelscheines.

**Zigarettenmaschinenfahrer!**  
Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags  
5 Uhr, im Zimmer 14 des Verbands-  
bureau, Clienstr. 63/65:

**Vertrauensmännerversammlung.**

**Monteur u. Hilfsmonteur**  
der Eisenkonstruktionsbetriebe!  
Mittwoch, den 20. Mai, abds. 7 Uhr,  
im großen Saal des Verbands-  
bureau, Clienstr. 63/65:

**Verammlung**  
Vorgesandung: 1. Bericht von  
den Verhandlungen mit dem B.V.M.  
2. Beschlußfassung über die  
Arbeit. Da in der Versammlung ernst-  
lich über die Beschäftigung werden muß, ist es  
Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Der gute Kapitän-  
Kaufabak**  
in 10 bis 12 maligen Zigaretten-  
packungen erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 72, Kgl. 3661

**Leiterwagen**  
Zeit längerer Zeit  
gebraucht ist für  
alle anderen Trans-  
portgeräte liefert

**Blut-**  
reinigungspulver  
"Saitarin"  
Wie ich sehe, ist der  
Erfolg verblüffend u.  
heißt alles u. mit An-  
gewandtheit in den Ver-  
sorgungsbereich. So viele  
Saitarin 20, 1.50, 3.00, 5.00,  
Schachtel 2, 4.25, in  
Drogenen u. Apoth.  
sowie bei  
**Otto Reichel, Berlin**  
50, Eisenbahnstr. 4

**Radio-Geräte**  
erhofft Gebrauchs, es  
Zahlungsverhältnisse  
liefert Tomte, Berlin  
39 9, Schönebergstr. 214.



**Fichtenbachs Zuchthausbuch**  
Im Haus der Freudlosen  
Ein erschütterndes  
Dokument der Anklage gegen die  
Trägheit des Herzens  
Mit 5 wirkungsvollen Zeichnungen  
Ganzleinen 3.30 M.  
Kartonierte 2.20 M.  
Zu beziehen durch  
**J. H. W. Dietz Nachf.**  
Lindenstr. 2, Laden

**Wöchentliche Teilzahlung**  
**Eleg. Herrenbekleidung**  
fertig und nach Maß  
zu soliden Preisen.  
**Garantie**  
für guten Sitz und gute  
Verarbeitung.  
Gummimäntel und Lodenmäntel.  
**Julius Fabian**  
Hahnschneider  
Gr. Frankfurter Str. 37  
zur 2. Etage

**Zähne 1 2 G.-M. auf Teilzahlung**  
gestattet b. 4. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von  
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. 1:rsatz-  
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.  
3 G.-M. an. Zahn mit Metall 1 G.-M., b. Bestellung  
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.  
3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20,000 Gebisse zur  
vollsten Zufriedenheit geliefert.  
**Natvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-  
hauser Allee.**  
Vorzeiger 10%, Rabatt.

# Praktische Sommerkleidung.

- Washjoppen** hochgeschloss. Form, verschied. Farben, je nach Art. . . . 13.-, 11.-, 9.-, 7.50, in kl. Größen 6.-, 4.35
- Washjoppen** in Sportform, je nach Qual. . . . 16.50, 12.50, 11.-, 7.50
- Jagdjoppen** aus Schillstoff, verschiedene Formen, je nach Qualität . . . . . 20.-, 12.50, 11.-
- Lüster-Jackets** in versch. Qualit. u. Farb., je nach Art, grau 18.-, 15.-, 11.-
- Lüster-Jackets** blau 24.-, 19.-, 12.50, schwarz 29.-, 22.-, 15.-, 12.-
- Tuffor-Imitation, Sakko** je nach Qualität . . . . . 15.-, 13.-
- Rohseidene Jackets** imit., elegante Ausführung . . . . . 35.-, 13.-
- Khaki-Anzüge** mit lang. Hose, je nach Art . . . . . 17.-, 16.-, 12.-
- Washanzüge für Herren** mit Breeches oder lang. Hose, je nach Qual. u. Art . . . . . 22.-, 20.-, 18.-, 16.-
- Strandanzüge** Tussor-Imit., je nach Qual. . . . . 40.-, 36.-, 33.-, 28.-
- Lüster-Jacket-Anzüge** in verschied. Farben, je nach Art. . . . . 52.-, 42.-
- Jagdanzüge** Sportjoppe u. Breeches, je nach Qual. . . . . 30.-, 20.-, 18.-
- Sportanzug** für Herren, Washkord mit Breeches od. lang. Hose, von 30.- an
- Chauffeur-Anzüge** aus fest. Washkord, Sportform m. Breeches, von 44.- an
- Schulanzüge** in Washstoffen, Gr. 38/43 von 14.50 an, Gr. 7/10 von 8.- an
- Knaben-Washanzüge** blau-weiß gestreift . . . . . Gr. 4/6 8.-, Gr. 0/3 6.50
- Windjacken** aus wasserdicht. Stoffen, für Damen 13.50, für Herren 12.-, 10.- an für Junglinge 11.-, für Knaben . . . . . von

**BAER SOHN A. G.**  
nur Chausseestraße 29-30.

# Küchen

**Qualitäts-Möbel**  
Geeignete Auswahl zu einem billigen  
Preis bis zu den feinsten Möbeln.  
**Küche Margarete**, roh mit Str.  
Innenteil 65 M., emailliert 100 M.  
**Küche Maria**, roh mit Innenteil,  
Innenteil 70 M., emailliert 120 M.  
**Küche Gertrud**, roh mit Innenteil,  
Innenteil 95 M., emailliert 160 M.  
**Küche Berlin**, mit Seitenspenden  
195 cm breit, Innenteil 180 M.  
**Bauernküche Brika**, roh, 35 M.  
emailliert 58 M.  
**Kleiderschränke**, roh 90 cm  
breit, 33 M., emailliert 50 M.

**Küchenmöbel-Fabrik**  
**Laserstein, Luckauer Straße 1**  
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

# Verkäufe

**Kaufmann-Maschinen** für Hausge-  
brauch und Gewerbe. Teilzahlung.  
Reparatur-Bericht für alle Systeme  
Carl Walther & M. H. & S. Friedrich-  
straße 66, Berlin 10.

**Wäscheapparate**, Verkauf, Anlauf,  
Wäsche, Antriebskräfte, etc.

**Keppich-Schäpke** verkauft Keppichs an  
unvergleichlich billigen Preisen. Kleider-  
str. 16, 1. Etage.

**Keppichs**, Divanbetten, Kleiderbetten,  
Bettvorleger, Bettdecken, praktische  
Kuschel, extra billige Geflügelbetten,  
Kücher, Bettdeckenstr. 109.

**Neu eintrafene große Voller Teppiche**, Tisch- und Oberflächenbedeckungen auf  
beurteilt An- und Abzahlung. Möbel-  
Reparatur, Brunnenstraße 7, Röhre Rosen-  
thaler Platz.

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**

**Monatsanzüge**, Frackanzüge, Smoking-  
anzüge, Gehrockanzüge, Jacketanzüge,  
Sommeranzüge, Gummianzüge, Teil-  
zahlung, für jede Figur passend.  
Spezialität: Hausanzüge, Sportkleidung,  
Salvora, Rosenhaldenstr. 4, erste  
Etage.

**Verleih von Gesellschafts-Anzügen**,  
Rosenhaldenstr. 4.

**Kaufmanns-Garderobe**, Kastrimmer Str. 56,  
eine Leinwand, Festhalten, etc. Von  
Millionen, etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
für jede Figur passend. etc. etc. etc.  
mit jeder Leinwand. etc. etc. etc.  
Kaufmanns-Garderobe, Kastrimmer Str. 56,  
eine Leinwand, Festhalten, etc. Von  
Millionen, etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
für jede Figur passend. etc. etc. etc.

# Musikinstrumente

**Flugh-Engel!** Stellen Sie eine  
erhoffliche erprobte Sprechapparat in  
niebiger Tischarbeit und beher  
Berechnung direkt vom Hersteller  
kaufen, so kommen Sie zu uns. Beschäftigen  
Sie unser ausgezeichnetes Fabrikat.  
Sprechapparat Kaufpreis 20 M., 15.  
Lernapparat Kaufpreis 10 M., 15.  
Auf  
leben Apparat drei Jahre Garantie.  
Anzahlungen von 10 M. an. Kundenfreis-  
tellen aus. Jeder Käufer erhält bis  
20. Mai ein Flugheftchen im Wert  
von 10 M., 15.-. Besondere Teilzahlung  
ohne Zinsen. Große Auswahl in  
Schallplatten, Freier u. Co., Tiefen-  
straße 3, Ecke Chausseestraße, Hof part.  
Klasse preiswert. Kleidermacher  
Einf. Brunnenstraße 15.

**Pianos**, Qualitätsware aus eigener  
Fabrik. Klavier, Harmonium, große  
Auswahl in jeder Preisklasse. Reparatur-  
einrichtung. Max Adam, Anhalter  
Otto Hofmannstr. Rüststraße 14, nahe  
Alexanderplatz.

**Klaviers 50 Mark monatlich**. Kleine  
Auswahl. Neu und gebraucht. Große  
Auswahl. Gesamtverkauf. Pianohaus,  
Rüchardstr. 11.

# Fahrräder

**Riesinger** Fahrradwerke, Fahrrad  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Garten- u. Laube- u. Balkon

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Kaufgesuche

**Rahmengeräte**, Silberwaren, etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Unterricht

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Geldverkehr

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Arbeitsmarkt

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Die Stelle des Oberbürgermeisters

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Hamburg

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Zylindermacher

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Klempner

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

# Automaten- Einrichtungen

**Wasserpumpe**, Hochdruck, Sandpumpe,  
Krautpumpe, etc. etc. etc. etc. etc. etc.  
35.-, 30.-, 25.-, 20.-, 15.-, 10.-, 5.-.

**Die  
altberühmte  
Eckstein's  
No. 1**

**Dick rund  
ohne Mist.**

**Immian  
großes Formel!**

**Für 3 Pf. überall zu haben.**

**Knorr**

# Hahn-Makkaroni Hahn-Spaghetti

aus bestem Hartgrieß hergestellt.  
Die Fabrikation geschieht nach modernstem Verfahren  
und unter Wahrung hygienischer Grundsätze, deshalb  
der ausländischen Ware vorzuziehen.  
Hoher Eiweißgehalt, deshalb nahrhaft u. wohlschmeckend.  
Außerordentlich ergiebig im Kochen, dadurch billig im  
Verbrauch.